



ANTIDEMOKRATISCHE WELLE GEGEN AUSLÄNDER UND DIE BUNDESTAGSWAHLEN AM 6. MÄRZ

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ein erheblicher Teil der rund zwei Millionen in der BRD lebenden Türken muß in ihre Heimat zurückkehren. (FR vom 27.1.83)

- Einheit der Familie nicht für Ausländer
- Zwang zur Rückkehr durch Sanktionen
- Ausländervereinen droht Repression

Die Auswirkungen der deutschen Wirtschaftskrise bekommen neben den Arbeitslosen, Rentnern, Sozialhilfeempfängern, Studenten und Jugendlichen am meisten die ausländischen Arbeiter zu spüren. Die herrschenden Kreise haben die verschiedensten Maßnahmen getroffen, um die sozialen Rechte der arbeitenden Klasse zu beschneiden. Die großen Demonstrationen der Gewerkschaften und fortschrittlichen Kräfte dieses Landes im letzten Herbst zeigen den Protest gegen die zahlreichen Bestrebungen, die Last der Krise auf die werktätige Klasse abzuwälzen. Die immer mehr ausgeweitete Dis-

kriminierungspolitik gegen Ausländer, die den Ausländern die Schuld an der Krise aufredet, ist ein Versuch, die arbeitende Bevölkerung in die Irre zu führen und sie zu spalten. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, ungenügende Schulausbildung, Lehrstellenmangel - alles wird uns angelastet. Es waren die Politiker, die angefangen haben, "Arbeitslosigkeit" und "Ausländerproblem" in einem Atemzug zu nennen, sodaß es kein weiter Schritt mehr ist zu der Milchmädchenrechnung: Ausländer raus - und unsere Probleme sind gelöst. Und die damit hergestellte Spaltung kann wiederum für Weiteres genutzt werden. Zu guter Letzt sollen wir

nun auch noch für den Wahlkampf herhalten: Die Bundesregierung beabsichtigt, die Vorschläge ihrer Kommission zur Änderung der Ausländerpolitik - die mit Sicherheit einschneidende Verschärfungen beinhalten werden - ca. am 1. März, also eine Woche vor den Bundestagswahlen vorzulegen, um so noch mit der Hetze Stimmen zu gewinnen und gleichzeitig Mehrheiten zu schaffen, um ihre geplanten Repressionen durchzusetzen. Was sie dabei im Hinterkopf haben, ist folgendes:

Fortsetzung auf Seite 2



Interview mit einem Vertreter der Vereinigten Widerstandsfront gegen den Faschismus

SEITE 6

Die Verteidigung der Angeklagten im Devrimci Yol Prozeß

SEITE 3

6 weitere Hinrichtungen

Seit dem Putsch wurden 36
Menschen hingerichtet

SEITE 5

Gehirnwäsche nach dem Umsturz

SEITE 10

Skandalentscheidungen gegen Asylbewerber aus der Türkei

SEITE 15

AUS DEM INHALT:

Folter während des Prozeß . . .	S.5
Das Parteiengesetz	S.7
Wirtschaftsrückblick 1982. . .	S.9
Die Türkei-Föderation und das Paps-Attentat	S.12
Asyl in Deutschland.	S.14
Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik	S.18
Flughafenausbau in Kurdistan	S.19



Die Selbstverwaltung Fatsa angeklagt 268 Todesurteilanträge

SEITE 20

Neutrale Untersuchung der Haftbedingungen in der Türkei unmöglich

SEITE 5



Solidarische Kritik in der Front

Solidarische Kritik in der Front

Ein Flugblatt der 'Vereinigten Widerstandsfront gegen den Faschismus' vom Ende letzten Jahres gibt einen guten Einblick in den auch im Interview erwähnten Umdenkungsprozess unter den Revolutionären. Aus diesem Grunde werden wir dieses wichtige Dokument in den wesentlichen Zügen hier wiedergeben.

Anlaß für das Flugblatt war die bewaffnete Auseinandersetzung in der Gruppe der 'Acilciler', bei der ein 'Abtrünniger' ermordet wurde. Der Vorfall wurde zunächst von der betroffenen Organisation selber als schädlich kritisiert. Die Reaktion der Front darauf (in der auch diese Organisation vertreten ist) ist in ihrem Ton einmalig. Das Flugblatt geht dabei über die Selbstkritik der Organisation hinaus und kommt zu dem Schluß, daß eine einfache Verurteilung von Gewaltanwendung unter Linken nicht ausreicht, um auch in Zukunft ähnliche Vorfälle zu vermeiden.

Die derzeitige Situation wird als besondere Lage bezeichnet, die von einer allumfassenden Krise gekennzeichnet ist. Diese Krise wirkt sich aufgrund des schweren Schlages gegen die Linke in der Türkei auf sie besonders scharf aus. Die Situation in der Linken ist von Trennungen einzelner Personen oder Gruppen aus den Organisationen geprägt, ja es zeigt sich vielerorts sogar eine gewisse 'Organisationsfeindlichkeit', die einen Neuaufbau wesentlich behindern kann. Gefordert wird hier ein grundsätzliches Infragestellen aller überkommener Wertvorstellungen in der Linken. Die Folge der Einbußen durch den Putsch vom 12. September könne nicht einfach ein Reagieren auf die Fehler der Zeit vor dem Putsch sein.

Selbst wenn die Auseinandersetzungen innerhalb der Linken sich heute nicht (oder nur in Ausnahmefällen) als direkte Gewaltanwendung und Mord an Andersdenkenden zeigt, so ist doch eine ähnliche Tendenz bei vielen der 'geschwächten' Gruppen zu verzeichnen, die durch einen gesteigerten Dogmatismus gegen die konkurrierenden Fraktionen ihre Kader 'bei der Stange halten' wollen. Die spalterischen, aggressiven und hetzerischen Töne in den Publikationen passen ebensowenig in die Landschaft des erschwerten Kampfes, wie jegliche Form der Gewaltanwendung untereinander, heißt es.

Das Flugblatt, in dem auch eine scharfe Verwarnung gegen die 'Acilciler' im Namen der Front ausgesprochen wird, hat bei den Lesern großen Anklang gefunden. Es wird allgemein als richtiger Ansatz zur Überwindung der Kämpfe unter den Organisationen betrachtet. Damit ist die Hoffnung verbunden, daß endlich die Bevölkerung Vertrauen in eine Linke fassen kann, die sich nicht mehr untereinander bekämpft. Die Aussage der Widerstandsfront bleibt hierbei aber nicht stehen. Sie geht auch auf die neue Form der innerorganisatorischen Beziehungen und das Verhältnis der Organisationen untereinander ein. Hier heißt es:

"Heute reproduzieren viele Organisationen die Beziehungslogik der Klassengesellschaften, die Herrschaftsbeziehungen in ihren eigenen Organisationen. Sowohl die Beziehungen in der Organisation, als auch zu anderen Organisationen werden aus dem gleichen Blickwinkel betrachtet. Dies ist so etwas wie eine Tradition und wird als natürlich empfunden. Dabei kann eine sozialistische Bewegung oder Organisation, die nicht alle Wertvorstellungen und Gewohnheiten, die den Klassengesellschaften, den Unterdrückungs- und Gewaltherrschaftsmethoden zu eigen sind, in Frage stellt und sich davon nicht befreien kann, niemals ein freies, gleichberechtigtes und gemeinschaftliches Leben versprechen und auch nicht für eine Zukunft diesen Inhaltes kämpfen. Solche Organisationen können nur eines tun: die Herrschaftsbeziehungen und das Unterdrückungssystem in einer anderen Form erneut zu produzieren."

Die Revolutionäre, die gegen das Unterdrückungs- und Terrorsystem in unserem Lande, gegen die faschistische Herrschaft des 12. September für eine positive Zukunft kämpfen, müssen auf allen Ebenen dieser verfaulten Gesellschaft gegenüber ein alternatives gesellschaftliches Leben propagieren und organisieren. Die Organisation eines solchen gesellschaftlichen Lebens wiederum bedingt zunächst, daß wir in unseren eigenen Organisationen die ersten Keime, die ersten Samen davon, die Demokratie aufblühen und leben lassen."

Gegen alle Formen der Widerspiegelung der Logik, die Probleme mit Druck und Gewaltanwendung zu lösen, die Logik von Gewaltherrschaft auf die Beziehungen in und zwischen den Organisationen anzuwenden, muß ein intensiver Kampf geführt werden. Die Organisationen, die gegen das Unterdrückungssystem für eine freie Zukunft kämpfen, müssen dies zunächst in ihren eigenen Organisationen durchsetzen und eine neue Organisationstradition schaffen, die die Zukunft aufzeigt. Es muß möglich sein, die Art der sozialistischen Beziehungen in einer revolutionären Organisation und die Konkretisierung unter den heutigen faschistischen Bedingungen klar und eindeutig zu diskutieren. Wir glauben, daß die Lösung des Problems hier liegt."

Unterstützt die Stimme des Volkes von El Salvador!

RADIO FARABUNDO MARTI

M. Radio Farabundo Marti
c/o Internationalismus Buchladen
Postfach 3013
3000 Hannover 1

In El Salvador werden die Medien vollständig von der Militärdiktatur kontrolliert. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen müssen die offiziellen Versionen über die Geschehnisse im Land verbreiten und ausländische Journalisten unterliegen einer strikten Überwachung. Wie genau es die Diktatur hiermit nimmt, bewies nicht zuletzt die Ermordung eines holländischen Fernsehseamans.

Im Land wird diese Nachrichtenensperre nur von den beiden Guerillasendern der FMLN, Radio Farabundo Marti und Radio Venceremos durchbrochen. Während Radio Venceremos, aus der Provinz Morazan, schon länger arbeitet, nahm Radio Farabundo Marti am 50. Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes von 1932, am 22. Januar 1982 sein Programm auf.

Radio Farabundo Marti sendet im 40m und 49m-Band dreimal täglich aus der Provinz Chalatenango, einer von der FMLN kontrollierten Zone des Landes. Mit den jeweils einstündigen Sendungen erreicht es über El Salvador hinaus auch die anderen Länder Mittelamerikas. Für den größten Teil der salvadoreanischen Flüchtlinge stellt es die einzige Nachrichtenverbindung zur Heimat dar.

Auf Grund der unterschiedlichen Sendezeiten von Radio

Farabundo Marti und Radio Venceremos kann die FMLN täglich 6 Stunden aktuelle Informationen aus verschiedenen Landesteilen senden, was beim jetzigen Stand des Krieges von großer Bedeutung ist. Zudem wird durch zwei Radiostationen die Kontinuität der Berichterstattung auch beim Ausfall eines Senders sichergestellt.



Radio Farabundo Marti sendet dreimal täglich.

Notwendigerweise müssen zum Schutz der Companeros und der technischen Anlagen die Programme bei Artillerie- oder Luftangriffen unterbrochen werden. So wurden die Übertragungen Ende Juni während der Offensive der Regierung gegen Chalatenango für 10 Tage eingestellt. Die Station muß jederzeit in der Lage sein, bei Gefahr schnell den Standort zu wechseln und unterzutauchen, für ihren Betrieb wurde ein ausgeklügeltes

Transport- und Versorgungssystem entwickelt. Ebenso mußten Kommandos der FMLN zur Verteidigung aufgestellt werden. Ein weiteres Problem ergibt sich aus den Versuchen der Nordamerikaner und der Diktatur, die Sendungen mit Störsendern zu unterdrücken.

Trotz aller Schwierigkeiten, die sich aus dem besonderen Charakter Radio Farabundo Martis als Guerillarundfunk unter den Kriegsbedingungen ergeben, stellen die Companeros ein regelmäßiges und breites Programm zusammen. Über das ganze Land verteilt sorgen Berichterstatte und Kurier für Informationen, Berichte, Interviews und Tonbandaufnahmen und deren Transport zum Sender. Im Dokumentationszentrum von Radio Farabundo Marti werden die Daten für die Sendungen ausgearbeitet, archiviert und zusätzlich in Analysen und Hintergrundberichten veröffentlicht.

Radio Farabundo Marti bringt ...

... täglich Nachrichten über militärische Aktionen der FMLN und Angriffe des Feindes.

... 14tägige Zusammenfassungen der militärischen Lage mit Zahlen über eingenommene Städte oder erbeutete Waffen.

... Berichte über die wirtschaftliche Situation des Landes, Preissteigerungen, Streiks; über die Forderungen der Gewerkschaften u.a.

... Reportagen über den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung in den von der FMLN kontrollierten Gebieten.

... die Sendung „Fenster zur Welt“ mit Nachrichten aus dem Ausland und Berichten über die internationale Solidarität mit El Salvador.

... die Sendung „Mittelamerika im Kampf“, in der es um die revolutionäre Bewegung in Zentralamerika gegen die US-Intervention geht.

... Volksmusik aus Lateinamerika und El Salvador. Zur Zeit läuft ein Wettbewerb mit neuen Volksliedern aus El Salvador.



Redaktionssitzung des Senders in einem Unterstand im kontrollierten Gebiet Chalatenango.

Spendet für den Aufbau von Radio Farabundo Marti! Sonderkonto: Joachim Hyner, 446 766-302, PSchA Hannover, Stichwort Radio

Fortsetzung von Titelseite

Antidemokratische Welle gegen Ausländer

- Herabsetzung des Nachzugsalters auf 6 Jahre
- Kapitalisierung des Kindergeldanspruches für einen bestimmten Zeitraum, gekoppelt mit dem Zwang zur Rückkehr der Mutter
- Kapitalisierung eines Teils des Arbeitslosengeldanspruches
- Kapitalisierung eines Teils der Rentenversicherung
- Änderungen der Ausweisungsbestimmungen, z.B. Ausweisung, auch ohne richterlichen Beschluß bei:
 - Verletzung der Anmeldepflicht für Vereine (z.B. Verspätung bei der Meldung von Vorstandsänderungen)
 - Verletzung der Anmelde- und Vorlagepflicht bei Versammlungen
 - gewalttätigen Auseinandersetzungen, auch bei Veranstaltungen, auch wenn sie dort von Dritten verursacht werden.

Diese restriktiven Maßnahmen werden in ihrer Härte in erster Linie natürlich uns Ausländer treffen. Jedoch ist diese Politik insgesamt auf die Schaffung des 'sozialen Rechtsstaates' gerichtet und somit gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Es kann nicht oft genug betont werden, daß eine Verschärfung in der Ausländerpolitik, eine Beschneidung der Rechte der Ausländer nur der Anfang einer die gesamte Bevölkerung treffenden Verschärfung ist. Deshalb müssen wir uns mit ganzer Energie der Aufgabe widmen, eine Öffentlichkeit über die geplanten Restriktionen und Bewußtsein für die weitergehenden Absichten der Herrschenden zu schaffen. Wir müssen gemeinsam die Rechte der Ausländer in der BRD verteidigen, wie das natürliche Recht auf die Einheit der

Familie, das Recht auf freie Bestimmung des Wohnortes (Türkei oder BRD), das Recht auf Asyl etc. Wir müssen uns einsetzen für die Forderung nach Gleichberechtigung und zusammen gegen die weitere Beschneidung von Rechten kämpfen.

Schulter an Schulter gegen Sozialabbau und gegen die repressiven Maßnahmen gegen Ausländer!

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: S. Akhan
Ebertplatz 12, 5 Köln 1
Zahlung an:
Stadtparkasse Köln
Konto: L. Ulusal 144913217
BLZ: 37050198

Erscheinungsdatum: 3.2.1983
Auflage: 15.000

Die Verteidigung der Angeklagten im Devrimci Yol - Prozeß

Am 18. Oktober 1982 begann in Ankara der Prozeß gegen 576 angebliche Angehörige der 'Devrimci Yol', in dem gegen 186 die Todesstrafe gefordert wird. Inzwischen sind zwei Angeklagte, Turgay Erbay und Zafer Müctebaoglu, ermordet worden, sodaß sich die Zahlen auf 574 bzw. 184 reduziert haben. Erst Mitte Dezember konnte mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen werden. Kurz vor Beginn und auch während des Prozesses wurden zahlreiche Angeklagte wieder in die Folterkammern der 1. Abteilung des Polizeipräsidiums Ankara gebracht. Gleichzeitig nahm die Unterdrückung im Gefängnis wieder zu, 28 Frauen wurden wegen einer Widerstandsaktion gegen die unhaltbaren Zustände zu mehrwöchigen Einzelhaftstrafen verurteilt; eine Informationssperre wurde verhängt. Trotz alledem nutzten die Angeklagten diese einzige ihnen verbliebene Möglichkeit, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen und vertraten bei ihrer Verteidigung die Sache des Volkes.

In ihren Verteidigungsreden gehen die Angeklagten insbesondere auf die Entwicklung der Türkei zum 12. September ein und vermitteln eine politische Bewertung der Lage der Türkei. So führte der als Angeklagter Nummer eins geführte Oguzhan Müftüoğlu aus:

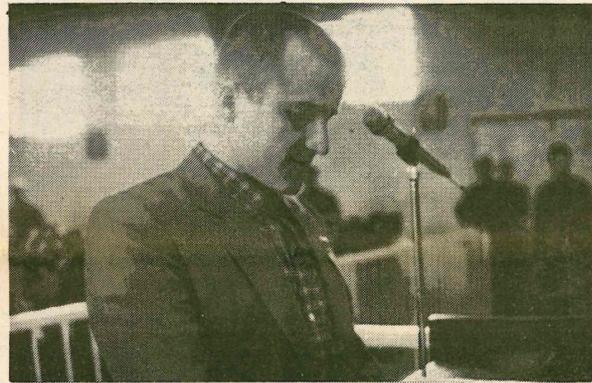
"Man weiß ganz genau, wer es tatsächlich war, der Aktionen durchführte, um einen Bürgerkrieg im Land zu provozieren. Dies taten nicht die Revolutionäre. In der Anklageschrift im MHP-Prozeß, die von der Militärstaatsanwaltschaft selbst vorbereitet wurde, wird aufgezeigt, daß der Faschismus, so wie ich schon sagte, als Ergebnis von Bestrebungen, die Herrschaft über die Türkei und über den Staat zum Ziel hatten, entstand. Die Ereignisse in Sivas, Kahramanmaraş und Corum waren die Proben dafür. (...) Es kann niemals behauptet werden, daß diese Vorfälle in einer solchen Situation weiterbreiteter Konflikte von Sympathisanten der

Putsch das Ergebnis einer jahrzehntelang durchgeführten Wirtschaftspolitik gewesen sei, daß es durch übereilte Veränderungen und Entwicklungen in Richtung auf eine vom Imperialismus abhängige planlose Industrialisierung zu Erschütterungen und Krisen kommen müsse. Größere Volksmassen und die bereits verarmten Teile der Bevölkerung verelendeten immer mehr. Hinzu kam die politische Krise des Landes:

"Nach 1975 wurde ein Programm angewendet, das die Faschisierung des ganzen Landes bezweckte. Nach dem 12. März herrschte um 1974 eine relative Ruhe. Nach der Regierung der 1. Nationalen Front schwand dieser Zustand verhältnismäßiger Ruhe, stattdessen begann eine Atmosphäre der Verhärtung. Menschen, die mit Drohungen und Überfällen konfrontiert waren, griffen zu verschiedenen Mitteln, um sich selbst zu schützen. Eine politische Polarisierung breitete sich in allen Teilen der Gesellschaft über das ganze Land aus. Infolgedessen wurden

"Die Widerstandskomitees entstanden aus dem Kampf des Volkes gegen den Faschismus." Außerdem habe die Entstehung der Komitees auch ökonomische Gründe.

Die Widerstandskomitees stellten auch schon vor dem Putsch eine tatsächliche Bedrohung für die Herrschenden dar, denn neben der Aufgabe der Selbstverteidigung gegen die faschistische Unterdrückung entwickelten sie sich zu Selbstverwaltungsorganen des Volkes (S.Fatsa). Sie waren ein Teil des Klassenkampfes, der es für die Oligarchie schließlich unumgänglich machte, diese Keimzellen des Widerstandes mit Gewalt zu zerstören zu versuchen. Daß der Putsch der Faschisten insofern erfolgreich war, als er der gesamten Linken einen harten Schlag versetzte, bringt Melih Pekdemir zu folgender Aussage: "Wenn uns die Geschichte für schuldig befinden wird, dann nicht, weil wir uns gegen den Faschismus organisiert haben, sondern weil es uns nicht gelungen ist, uns dagegen



Ali ALFATLI (31), Politologe

Schulen, Kaffeehäuser, Stadtviertel und zunehmend auch Dörfer und Städte gespalten..." Auch Melih Pekdemir erklärte in seiner Aussage, daß dieser Prozeß

zu organisieren. Unsere eigentliche Schuld ist es, nicht in der Lage gewesen zu sein, uns gegen den Faschismus zu organisieren."

Auf den Vorwurf des 'Terrorismus' sagt Oguzhan Müftüoğlu: "Ich war nie der Meinung, daß die Revolution mit solchen Mitteln (Mord und Bomben ...) gemacht wird. Eine Revolution, an die ich glaube, kann nur das Volk durchführen, das an sie glaubt, das entsprechende Bewußtsein hat. Die Revolution kann niemals realisiert werden, indem man das Volk durch Mord und Bombenanschläge in Angst versetzt, was wir angeblich getan haben sollen. Die Anklageschrift schreibt uns einen Weg und Methoden zu, die nur Faschismus und Putschisten gebrauchen würden."

Der gesamten Linken in der Türkei wird Terrorismus vorgeworfen. Insbesondere gegen die Bewegung Devrimci Yol wird in der Öffentlichkeit eine breite Diffamierungskampagne durchgeführt, die das Ziel hat, die Revolutionäre schlichtweg als Kriminelle darzustellen. Gleichzeitig versuchen die faschistischen Generäle dadurch eine Vorabrechtfertigung für harte Urteile zu schaffen.

Die Angeklagten, die sich dieser Taktik der Militärs bewußt sind, weisen die Terrorismus-Vorwürfe zurück und zeigen auf, daß die gesamte Linke und speziell Devrimci Yol es als ihre Aufgabe sahen, dem Terror der Herrschenden organisiert entgegenzuwirken. Nur durch eine organisierte politische Massenbewegung konnte sich die unterdrückte Bevölkerung verteidigen sogar behaupten.



Oguzhan MÜFTÜOĞLU (39), Rechtsanwalt

Devrimci Yol verursacht wurden, um durch einen Bürgerkrieg die verfassungsmäßige Ordnung umzustürzen.

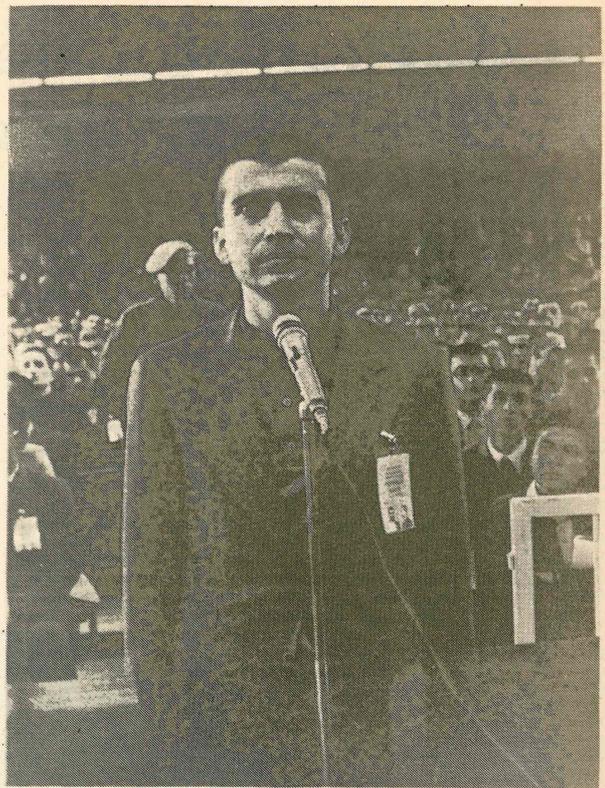
Wenn man die Entwicklung zum 12. September, die Gründe seiner Entstehung untersucht, kann man feststellen, daß diese als Ergebnis faschistischer Terrorbewegungen entstanden sind. Aus diesem Grunde können Bewegungen, die Reaktionen gegen die Angriffe waren, nicht als Aktionen zur Erlangung der Macht seitens der revolutionären Bewegung angesehen werden."

Müftüoğlu erklärte, daß die bürgerkriegsähnliche Situation vor dem



eine geschichtliche Bedeutung habe: "In unserer Person wird gegen einen ganzen Zeitraum prozessiert. Die Sühne für diese Phase will man uns aufbürden."

So wird den Genossen z.B. vorgeworfen, sie hätten Widerstandskomitees gegründet, mit dem Ziel, den Staat gewaltsam umzustürzen. Ali Alfati sagt dazu unter anderem:



Melih PEKDEMIR (30), Student der Middle East Technical University

Im Ausland stehen wir nach wie vor, klagten, die sich für die Völker der heute sogar noch zwingender, vor der Türkei einsetzen, zu unterstützen und Aufgabe, den Widerstand dieser Ange- uns zu solidarisieren!

In der Zeit zwischen 1975 und 1980 erlebte die Türkei eine allumfassende Krise, die zu einer weitgehenden Politisierung in allen Schichten der Bevölkerung führte. Die Herrschenden provozierten zusammen mit ihren faschistischen Helfershelfern (MIT, Konterguerilla, MHP, Graue Wölfe etc.) eine bürgerkriegsähnliche Situation, die die Bevölkerung zu Verteidigungsmaßnahmen zwang, sodaß sich auch der Widerstand mit der Zeit zu formieren begann. Die Klassenausensetzungen in der Türkei verschärften sich immer mehr, sodaß die Herrschenden schließlich keine andere Möglichkeit mehr sahen, ihre Macht zu wahren, als zu putschen. Um ein besseres Verständnis dieser Phase zu ermöglichen, das auch Schlüsse auf zukünftige Aufgaben zuläßt, veröffentlichen wir im folgenden

Auszüge aus den Vernehmungsprotokollen von Oguzhan Müftüoğlu

Oguzhan Müftüoğlu wird in der Anklageschrift als erster Angeklagter aufgeführt. Im ersten Teil seiner Vernehmung schildert er Folterungen und andere Repressalien bei der Polizei und im Gefängnis und wies in seiner Rede auf die Abschaffung der Verteidigerrechte hin. Danach fuhr er wie folgt fort:

"Es ist wahr, daß ich bei der Vorbereitung und Herausgabe der Zeitschrift 'Devrimci Yol' mitgearbeitet habe. In den Jahren nach 1977 habe ich mich mit einigen anderen Freunden um die Publikation der 'Devrimci Yol' gekümmert. In dieser Zeitschrift habe ich bezüglich der damaligen Vorfälle theoretische und politische Schriften veröffentlicht, meine Meinungen geäußert. Selbstverständlich unterließ ich dabei Beziehungen und Kontakte zu verschiedenen Kollegen, die im allgemeinen meine Gedanken teilten, mit denen ich gelegentlich auch Diskussionen, Beratungen durchgeführt und gemeinsam gearbeitet habe. All diese Aktivitäten, die ich niemals zu verschweigen oder zu leugnen gedacht habe, werden jedoch sowohl in der Anklageschrift, als auch in den Polizeiprotokollen inhaltlich gänzlich verfälscht und in einer Art und Weise dargestellt, als ob sie Straftaten wären. Andererseits wird ein Teil der Ereignisse vor dem 12. September

als Beweis dafür angeführt, daß wir die Verfassung gewaltsam abzuschaffen versucht und uns damit strafbar gemacht hätten. Während man sich in der Anklageschrift mit einigen Ereignissen vor dem 12. September beschäftigt, verliert man kein Wort über ihre tatsächlichen Ursachen und die ihnen innewohnenden Tatsachen. Wenn man bei dieser Frage nur ein bißchen verweilt und sich die Mühe gegeben hätte, die Fakten zu sehen, hätte man zugeben müssen, daß diese Vorfälle, anhand derer man versucht, uns einen Verfassungsverstoß nachzuweisen, durch Terror und Angriffe der MHP verursacht wurden, deren erklärtes Ziel es war, den Staat und das Land mit Gewalt an sich zu reißen.

Die Ursache dieser Ereignisse, die unserem Volk große Leiden brachten, sind nicht, wie behauptet wird, revolutionäre Aktivitäten, die die gewaltsame Veränderung der bestehenden Ordnung zum Ziel hatten. Ihre Ursachen sind der Terror und die Angriffe die auf die Faschisierung unseres ganzen Landes zielten. Aus demselben Grund nahmen auch diese Ereignisse das Ausmaß eines Bürgerkrieges an. Die Anklage stützt sich auf Aussagen, die der MHP angehörende

Fortsetzung nächste Seite

Oguzhan Müftüoğlu bei der Vernehmung

Polizisten eigenhändig vorbereitet haben und uns unter Folter unterzeichnen ließen. Sämtliche Beschuldigungen in der Anklageschrift sind auf diese Weise zustande gekommen.

In der ersten Ausgabe der 'Devrimci Yol' haben wir unsere Beweggründe, Gedanken und Absichten offengelegt: In unserem Land erlebte man große Ereignisse, wichtige Entwicklungen. Dagegen fehlte eine revolutionäre Partei, die diese Entwicklungen richtig aufgreifen und den richtigen Ausweg aus der gesellschaftlichen Krise zeigen konnte. Obwohl wir die Bildung einer solchen Partei als Mindestbedingung für den revolutionären Kampf einschätzten, mußten wir feststellen, daß dies unter den damaligen konkreten Bedingungen unseres Landes nicht möglich war. In dieser Situation hielten wir es für angebracht, unsere Gedanken mittels einer Publikation zu veröffentlichen. (...) Die Zeitschrift sollte u.a. zur Schaffung einer für die Parteibildung notwendigen ideologischen Grundlage beitragen. 'Devrimci Yol' muß in erster Linie als eine Bemühung begriffen werden, die an die Notwendigkeit einer solchen Partei glaubt. Aber wegen Schwierigkeiten, deren Ausmaß über die Grenzen unserer Kräfte hinausgingen, ist es uns nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Hingegen trat eine andere Entwicklung ein: (...) Unser Land erlebte eine Krise, die unsere Gesellschaft in allen Bereichen erschütterte. Die Bewegungen, die als Reaktion auf den faschistischen Terror entstanden waren, vereinigten sich mit denen, die aus der Krise entstanden waren und erreichten sehr weite Dimensionen. Als Ergebnis dieser Entwicklungen entstand eine starke und weitverbreitete Politisierung im Land. Die Reaktionen der Volksmassen lösten sich in zunehmendem Maße von den politischen Institutionen des Systems. Die auf diese Art und Weise entstandene Opposition sammelte sich dann allmählich um gewisse Publikationen, Berufsorganisationen und Gewerkschaften, da es keine Partei oder Organisation gab, die diese Opposition auf einen gemeinsamen Nenner bringen und führen konnte.

Unter dem Einfluß dieser Entwicklungen erklärten sich viele Publikationen zu politischen Parteien (...) während andere auf diesen Weg verzichteten. 'Devrimci Yol' ist eine dieser Publikationen. (...) Nach dem Erscheinen der 'Devrimci Yol' konzentrierte sich der antifaschistische Widerstand in zunehmendem Maße um diese Publikation. In sehr kurzer Zeit sympathisierten breite Massen —beschleunigt durch die verbreitete Politisierung im Land— mit den Gedanken der 'Devrimci Yol'. Damit erhielt sie von außen her den Anschein einer politischen Massenorganisation. Es war und ist aber offensichtlich, daß sie im eigentlichen Sinne keine Organisation war, und schon gar keine bewaffnete Bande, wie es die Anklage behauptet. (...)

'Devrimci Yol' ist eine Publikation, die im Vorfeld des Kampfes für die politische Macht die Bildung einer revolutionären Partei zum Ziele hat. (...)

In der Anklageschrift heißt es unter anderem, daß wir vor dem 12. September Vorfälle organisiert hätten, mit der Absicht, die Bevölkerung in Panik und Unsicherheit zu treiben, um einen blutigen Bürgerkrieg zu provozieren und dadurch an die Macht zu gelangen. (...) Ich bin ein Mensch, der an die Revolution und die revolutionäre Idee glaubt; niemals habe ich angenommen, daß man die Revolution auf solch unsinnige Weise machen könne. Die Revolution ist vor allem eine Sache, um die Gesellschaft, in der wir leben, von der wir ein Teil sind, zu einer besseren, schöneren Lebensordnung zu bringen.

ren das Ergebnis der Versuche des Faschismus, die ganze Türkei zu beherrschen, die Straßen, die Stadtviertel, den Staat in ihre Gewalt zu bringen, wie es in der Anklageschrift im MHP-Prozeß, die ja von den Militärstaatsanwälten selbst vorbereitet wurde, aufgezeigt ist.

Eine Revolution, an die ich glaube, kann nur ein Volk realisieren, das daran glaubt und das zu diesem Bewußtsein gelangt ist. Die Revolution kann niemals realisiert werden, indem man das Volk durch Mord- und Bombendrohungen in Angst versetzt, noch kann man dadurch das Volk dazu bringen, an die Revolution zu glauben.

Die Anklageschrift schreibt uns einen Weg und Methoden zu, die nur Faschisten und Putschisten benutzen würden. Eine solche Beschuldigung, die Dinge beinhaltet, die nicht unsere Meinung darstellen und deren Unrichtigkeit wir immer zu erklären uns bemüht haben, können wir niemals akzeptieren. Außerdem ist es sehr gut bekannt, wer in Wahrheit Aktionen durchgeführt hat, mit dem Ziel, einen Bürgerkrieg zu provozieren. Diejenigen, die in der Zeit vor dem 12. September einen Bürgerkrieg, einen blutigen Krieg provozieren wollten, waren nicht die Revolutionäre. Die Entwicklungen in Richtung auf einen Bürgerkrieg wa-

Die auf Seite 430, Absatz 2 genannten Dinge sind die eigene Überzeugung der militärischen Staatsanwälte. Ich stimme ihnen nicht zu. Ich würde sehr viel Zeit brauchen, um hier die juristischen und politischen Aspekte der marxistisch-leninistischen Philosophie zu erklären. Hier wird behauptet, ich wäre der Meinung, daß alle Wege zum Ziel legitim seien. Dem stimme ich nicht zu. Meiner Meinung nach entspricht dies dem bürgerlichen Politik-Verständnis. Ich glaube, daß zwischen dem Ziel und den Wegen zum Ziel eine gewisse Übereinstimmung besteht. Wenn man z.B. danach strebt, daß das Volk eine bessere gesellschaftliche Ordnung bekommt, dann muß der verfolgte Weg mit diesem Ziel übereinstimmen.

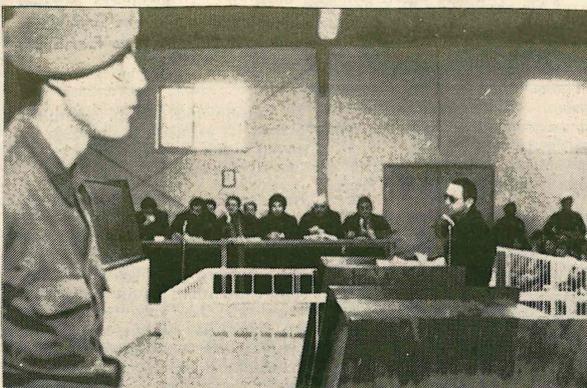
Durch Methoden, die für das Volk schädlich sind, kann man keine guten und für das Volk nützlichen Entwicklungen erreichen. Es ist undenkbar, daß durch Methoden, die der Menschenwürde widersprechen, eine bessere oder schönere Gesellschaft gebildet werden könnte. Durch Methoden, die den Menschenrechten widersprechen und die Menschenwürde vernichten, kann man keine der Menschenwürde entsprechenden Ergebnisse erzielen.

Ich habe vorher erklärt, daß wir in der Zeitschrift 'Devrimci Yol' die Massen zu einem Widerstand gegen die politischen und wirtschaftlichen

Aktivitäten der MC-Regierung aufrufen hatten. Jetzt will ich die Gründe dieses Aufrufes zusammenfassen. Wir sind der Meinung, daß die Wirtschaftspolitik dieser Regierung, die sich Nationale Front nannte, in Frieden nicht durchgeführt werden kann. In keinem relativ demokratischen Land auf der Welt sind bis jetzt ähnliche, vom IWF diktierte Maßnahmen in einem friedlichen Klima durchgeführt worden. Überall, wo sie durchgeführt wurden, haben sie zu politischen und sozialen Unruhen mit dem Ergebnis militärischer Interventionen geführt. So hat die MC-Regierung mit ihrem Vorgehen die gespannte Lage und die Widersprüche im Land gesteigert. Der Politik der Regierung zufolge sind Widerstände und Reaktionen aufgetreten. Um die Opposition zu unterdrücken, hat die Regierung die faschistischen Angriffe unterstützt. So eine Entwicklung erforderte schließlich eine militärische Intervention. So haben die

verschiedenen Regierungen in der folgenden Zeit dieselbe Politik durchgeführt. Diese Politik hat mit den 24. Januar-Maßnahmen ihren Höhepunkt erreicht, konnte aber erst nach dem 12. September in vollem Umfang durchgeführt werden. Diese Möglichkeit haben wir in der Zeitschrift 'Devrimci Yol' schon damals geschrieben. Wir waren gegen diese Politik. Viele revolutionäre Kräfte haben unseren Aufruf unterstützt, und wir haben zusammen viele Aktionen unternommen.

Nach 1976 konnte man beobachten, daß sich die Zwischenfälle in der Türkei verbreiteten. Die MHP-Anhänger hatten die Absicht, Schulen, Stadtviertel und Betriebe unter ihre Kontrolle zu bekommen. Sie starteten eine Aggressions- und Angriffswelle. Je mehr sich diese Angriffe verbreiteten, desto unruhiger wurde das Volk. Als die Menschen von Angriffen dieser Art erfuhren, fanden verschiedene reaktionäre Entwicklungen statt. Die MHP-Anhänger haben in den Betrieben - aber auch in verschiedenen Wohnvierteln - Erpressungsgelder gesammelt. Diejenigen, die sich weigerten, wurden bedroht, ihre Betriebe wurden zerstört, auf sie selber wurde geschossen. In diesem Zusammenhang wurden viele Menschen getötet.



Verteidiger und Oguzhan Müftüoğlu



Die Angeklagten werden auf Video aufgezeichnet, um anschließend von der Gefängnisleitung beobachtet und gegenfalls gefoltert zu werden

Diese Ereignisse hatten zweierlei Folgen. Einerseits gab es eine gewisse Resignation. Einige Journalisten, die bedroht wurden, hörten auf, Artikel gegen die Angreifer zu schreiben. Die Einzelpersonen in den Schulen und Wohnvierteln waren nicht imstande, etwas gegen diese organisierten Angriffe zu unternehmen. (...) Andererseits lösten diese Angriffe Widerstand, Solidarität und Ablehnung aus. Die Menschen, die angegriffen wurden, erhielten keinerlei Unterstützung oder Schutz vom Staat. Demzufolge entwickelten sie selbst einige Schutzmaßnahmen. Die Studenten z.B., die nicht mehr allein den Weg zur Universität wagten, gingen an, gemeinsam zur Universität zu gehen. Diese Maßnahmen wurden in vielen Orten zur Regel. Als die Studenten der Universität Istanbul in dieser Weise zusammen, unter Polizeiüberwachung zur Universität gingen, wurden sie überfallen. Man hat schwere Bomben auf sie geworfen. 8 Studenten starben. Solche Vorfälle fanden zu jener Zeit oft statt. Die Massen, die sich von solchen Angriffen bedroht fühlten, gingen dazu über, sich gegen diese Angriffe zu organisieren und zusammen Widerstand zu leisten.

Diese Entwicklung wurde von 'Devrimci Yol' im Rahmen von 'Widerstandskomitees' völlig unterstützt. Jeglicher Widerstand der Massen wurde von uns als legale Verteidigung betrachtet. Noch ein Vorfall der zu jener Zeit stattfand: In Divrigi (ein Landkreis in der Provinz Sivas) wurden Bomben auf eine Moschee geworfen. Dann wurden die Massen mit dem Geräusch aufgehetzt, die Bombe sei von Kommunisten und Aleviten (eine religiöse Minderheit) geworfen worden. Dies verursachte große Zwischenfälle in der Stadt. Erst später wurde festgestellt, daß die Bombe von MHP-Anhängern geworfen worden war. Gegen diese Leute wurde Anklage erhoben, und sie wurden verurteilt. Die Wichtigkeit der Ereignisse in Divrigi liegt darin, daß sie die ersten Beispiele zu einer Reihe Auseinandersetzungen dieser Art sind. Die Menschen, die während der Ereignisse in Divrigi angegriffen worden waren, hatten ein Komitee gebildet, um sich verteidigen zu können. Davon wurde damals in den Zeitungen berichtet. Diesen Ereignissen und Entwicklungen entsprechend haben wir uns das Konzept 'Widerstandskomitees' angeeignet.

Ich war auch der Meinung, daß solche Verteidigungsmaßnahmen von Massen gegen faschistische Angriffe völlig richtig sind. In diesem Rahmen habe ich es unterstützt. Ich meine auch, daß Widerstandsbewegungen gegen solche Angriffe auf keinen Fall bestraft werden können. Ich denke, hätte es zu der Zeit solche Widerstände gegen den Faschismus nicht gegeben, wäre alles viel schlimmer geworden.

Ich unterstütze die Idee, durch die Komitees Wachen aufzustellen, Barrakaden zu bauen und die Angriffe aufzuhalten. Ich bin der Meinung, daß Verteidigung mit allen Mitteln legal ist. Ich glaube auch nicht, daß das gegen die Gesetze verstößt. In der Klageschrift wird behauptet, wir hätten danach gestrebt, bewaffnete Widerstandskomitees als Keim der Volksarmee zu entwickeln. Das stimmt nicht. Allerdings wurde die These, Widerstandskomitees nicht nur als Verteidigungsbewegungen bestehen zu lassen, sondern sie zu Organisationen zu entwickeln, die auch die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Menschen in der Gegend durch Solidarität zu lösen versuchen, von 'Devrimci Yol' akzeptiert und in der Zeitschrift veröffentlicht.

FOLTER während des Prozesses

Der Beginn des Hauptprozesses gegen 572 angebliche Angeklagte der Bewegung Devrimci Yol in Ankara ist nur ein Beispiel für die derzeit laufenden Massenprozesse gegen die Linke in der Türkei. In diesem Prozeß werden 184 Todesurteile gefordert. Die faschistischen Generäle werden aber außerdem noch andere Mittel und Wege finden, politische Gefangene zu liquidieren. Ein Beispiel dafür ist die Ermordung von Turgay Erbay und Zafer Müctebaoglu kurz nach dem Beginn des Prozesses, die "auf der Flucht" erschossen, bzw. durch Folter getötet wurden (s. türkei information Nr. 15).

Auch Nasuh MITAP soll offensichtlich in ähnlicher Form beseitigt werden. Er wird beschuldigt, Mitglied des ZK der Organisation Devrimci Yol zu sein. Schon direkt nach seiner Festnahme im Januar 1981 in Istanbul wurde er im Polizeipräsidium Ankara so schwer gefoltert, daß er querschnittgelähmt war, beide Trommelfelle wurden durchlöchert, er hat noch heute Ausfluß aus den Ohren. Aufgrund dieser Mißhandlungen mußte er für zwei Monate ins Militärkrankenhaus eingeliefert werden. Nach einer Anfrage von amnesty international an die Junta wurde Nasuh Mitap im Februar 1982 zusammen mit mehreren anderen Gefangenen im Hof des Militärgefängnisses Mamak der türkischen Presse vorgeführt.

Auch hier erklärte er, daß er schwer gefoltert worden sei. Der türkische Dienst von BBC, der als einziger Vertreter der ausländischen Presse an dieser "Vorführung" teilnehmen konnte, berichtete über diese Tatsachen, die natürlich in der türkischen Presse nicht erwähnt wurden. Sein Leben wurde nicht zuletzt durch den Einsatz von Bundestagsabgeordneten, Prominenten und Institutionen gerettet. Jetzt aber, während seiner Verneh-

mung, wurde Nasuh Mitap erneut in die Folterkammern der DAL-Gruppe gebracht, wie schon vor ihm mehrere Angeklagte, von denen uns bisher 16 namentlich bekannt sind: Bülent Forta, Cahit Akcam, Ibrahim Salap, Vedat Erol, Erdogan Genc, Abdullah Sengörenoglu, Hacı Badem, Abdullah Evcil, Süha Akin, Alaadin Temiz, Ibrahim Aslan, Selahettin Karatas, Leyla Köseoglu, Nusret Sefa Akyürek, und Mehmet Ali Yilmaz. Nasuh Mitap war eine Zeitlang nicht in der Lage, während seiner Vernehmung an seiner Verhandlung teilzunehmen, da er wieder in das Krankenhaus Mevki in Ankara eingeliefert werden mußte.



Nasuh Mitap in Mamak bei der Pressevorführung

Der Prozeßablauf macht deutlich, daß sich die Anklage auf die erfolgten Aussagen bei der Polizei stützt. Die Angeklagten hatten keine Möglichkeit, sich auf ihre Verteidigung vorzubereiten, da sie meist einer Sonderbehandlung in den Isolierzellen unterworfen waren. Die Angeklagten in Ankara haben jedoch in ihren Vernehmungen gezeigt, daß sie eine wirkungsvolle politische Verteidigungsstrategie haben. Gerade

deshalb sieht es die Justiz als notwendig an, bestimmte Gefangene auch noch während der Verhandlungen in die Folterkammern der Polizei zu schicken.

Es ist vollkommen unmöglich, daß diese Vernichtungsmaßnahmen ohne Kenntnis des Militärgerichts bzw. dessen Zustimmung durchgeführt werden, denn das Militärgefängnis Mamak liegt 500 Meter entfernt von dem Gerichtsgebäude, in dem der Prozeß stattfindet, auf demselben Militärgelände. Ebenso befindet sich auch die Militärkommandantur Ankara in diesem Gelände.

Um das Leben der Gefangenen zu bewahren, ist besondere Aufmerksamkeit und internationaler Protest geboten, denn die faschistische Junta wird, wie schon einmal in Diyarbakir, vor der physischen Vernichtung der Gefangenen nicht zurückschrecken, wenn es ihr durch andere Mittel nicht gelingt, die Angeklagten zum Schweigen zu bringen.

Neutrale Untersuchung der Haftbedingungen in der Türkei unmöglich

Vom 17.11. bis zum 28.11.1982 hielt sich eine schweizer Delegation der Internationalen Liga für Menschenrechte in der Türkei auf. Rechtswissenschaftler Peter Aebersold und der Arzt Jean Alain Dubois waren angereist, um sich über die Haftbedingungen in den Militärgefängnissen zu erkundigen. Doch an den entscheidenden Stellen wurden sie zurückgewiesen, obwohl der Spezialist für Strafrecht, Aebersold, schon in zehn Ländern der Welt Einblick in Gefängnisse gewonnen hatte (u.a. auch in der Volksrepublik China). Die türkischen Herrscher haben wohl allen Grund, ihre Praktiken in den Knästen vor der Öffentlichkeit geheim zu halten.

In den gut anderthalb Wochen des Besuchs war nicht einmal eine zuverlässige Angabe über die Zahl der Häftlinge zu bekommen. Erst recht war keine Aufschlüsselung nach "gewöhnlichen Kriminellen" und politischen Tätern aus offiziellen Quellen zu erhalten. Dabei lagen schon die minimalsten Schätzungen von 80.000 Gefangenen in den Zivilgefängnissen und 40.000 Gefangenen in den Militärgefängnissen weit über der eigentlichen Kapazität aller Gefängnisse in der Türkei (mit ca. 55.000). Ein oft gehörtes Argument war deshalb auch, daß die Türken aus den ländlichen Gegenden ja auch zu zweit oder mehr in einem Bett schlafen und deshalb die Situation in den Gefängnissen gar nicht so außergewöhnlich anzusehen ist. Mit dieser Ansicht versuchten auch die Vertreter des Auslandes (u.a. der Schweizer Botschafter) die Lage in der Türkei zu beschönigen.

Die Taktiken, mit denen sich die Delegation in der Türkei konfrontiert sah, reichten dabei von Hintertürenversuchen (Außenministerium: wir können kein Programm zusammenstellen) über das Vorschieben von Formalien (Botschaft: bei rechtzeitiger Anmeldung wäre auch ein Gefängnisbesuch möglich gewesen) bis hin zu direkter Ablehnung (General Ergun in Ankara: wir brauchen uns nicht in die Karten blicken zu lassen.). Am Schluß war jedenfalls klar, daß auch jede zukünftige Delegation besondere Schwierigkeiten bei dem Versuch, einen Einblick in die Haftbedingungen zu erhalten, haben würde.

Die Militärs haben eine ganze Menge zu verbergen. Aus diesem Grunde ließen sie auch einen sogenannten Militärarzt aus dem berüchtigten Mamak das Blaue vom Himmel lügen, wobei natürlich die Frage offen blieb, warum denn die Delegation keinen Einblick in die medizinische Station in Mamak erhielt, wenn alles so herrlich ist. Bei einer offiziell mit 1.960 angegebenen Zahl von Häftlingen sollen in Mamak zehn Ärzte und ein Zahnarzt tätig sein. Wartezeiten für Behandlung soll es nicht geben. Die Medikamente sollen kostenfrei verteilt werden und bei Bedarf sogar von außerhalb besorgt werden. Demgegenüber steht die offizielle Zahl von 65 Ärzten auf 80.000 Häftlinge (stimmt die Zahlen aus Mamak, dann hätten 78.000 Häftlinge nur noch 54 Ärzte). Aus Mamak ist außerdem bekannt, daß kranke Gefangene mindestens zehn Tage auf eine Untersuchung warten müssen, daß sie die Medikamente von den kargen Geldern der Angehörigen bezahlen müssen und daß sie wiederum mehr als eine Woche warten müssen, bis die Arznei von außerhalb besorgt wird. Außerdem ist es allgemein in der Türkei bekannt, daß bestimmte Medikamente gar nicht auf dem Markt vorhanden sind.

Auch der juristische Einwand gegen ein Erziehungsprogramm für Untersuchungshäftlinge wurde mit einem Schulterzucken abgetan. Wer in einem Militärgefängnis sitzt, zählt als Soldat und hat sich sowohl der Formalausbildung (Märsche) als auch der theoretischen Schulung (Auswendiglernen von Atatürk-Sprüchen) zu unterziehen. Schon im Harschnitt kommt die militärische Disziplin zum Tragen, die sich außerdem auch deswegen anbietet, weil diese "aufmüpfigen Terroristen" anders ja nicht zu bändigen seien.

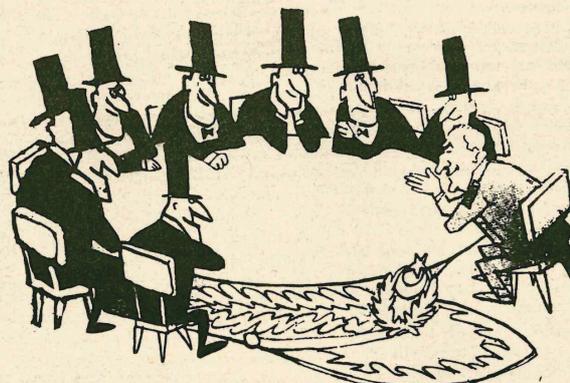
Zu den Sondergefängnissen schließlich wollte er konnte niemand etwas Genaueres sagen. Denn diese Hochsicherheitsstrakte mit Gehirnwäscheprogrammen werden unter starker Geheimhaltung errichtet und wenn die Öffentlichkeit einmal unterrichtet werden sollte, dann nur, um zu zeigen, wie sicher man denn nun die "gefährlichen Anarchisten" untergebracht hat. Daß es von den sogenannten "Individualterroristen" in der Türkei Tausende geben soll, stört dabei niemanden.

Festnahme im Urlaub

Seit dem 19. Dezember 1982 sitzt Sahabeddin Buz, Erzieher in einem städtischen Jugendzentrum in Hannover, in der Türkei im Gefängnis. Er war Anfang September in der Türkei gefahren, um eine Militärdenkstangelegenheit zu klären. In Antakya wurde er dann in der Nacht vom 18. auf den 19. September verhaftet, nachdem man sein Elternhaus durchsucht hatte. 45 Tage lang wurde ihm jeder Kontakt, auch mit einem Anwalt, verweigert. Gründe für die Verhaftung wurden nicht angegeben. Auch ein Anwalt aus Hannover, der selbst in die Türkei fuhr, konnte nichts in Erfahrung bringen. Nach 45 Tagen wurde Sahabeddin Buz dem Haftrichter vorgeführt, der Haftbefehl erließ. Sahabeddin widerrief alle bis dahin gemachten Aussagen. Es ist sicher, daß er gefoltert wurde.

Erst jetzt wurde seinem Anwalt eine Anklageschrift vorgelegt, in der Sahabeddin des Beitritts der Organisation TKP/ML-PARTIZAN und Teilnahme an den Aktivitäten dieser Organisation im Ausland gegen die Türkei vorgeworfen wird. Ihn

erwartet eine Verurteilung von zwischen 5 und 15 Jahren Gefängnis. Der Prozeß findet am 1. Februar 1983 im Militärgefängnis von Adana statt; er selbst soll aber an der Verhandlung nicht teilnehmen, sondern vorher im Militärgefängnis Iskenderun verhört werden. Die Anklageschrift läßt darauf schließen, daß Sahabeddin durch Spitzel aus Hannover bei den türkischen Behörden denunziert wurde. Immerhin hat die Militärjunta nach eigenen Angaben allein in Niedersachsen mehr als 200 Spitzel eingesetzt! Die Stadt Hannover, die ÖTV Niedersachsen und Hannover und andere haben sich bereits mit Unterschriftenaktionen, Resolutionen und Anfragen an deutsche und türkische Behörden gewandt. Im Dezember 1982 forderte auch das Europaparlament die türkischen Behörden zur Aufklärung des Falles auf. In Hannover wird außerdem ein Unterstützerkreis gegründet: Dieter Berg, Heike Wahlen, Annenstr. 4, 3000 Hannover 1; Spendenkonto: Dieter Berg, Sonderkonto, Stadtparkasse Hannover, Kto. Nr. 26234289, 'Rechtshilfe für Sahab'.



6 weitere Hinrichtungen in der Türkei

Ende Januar wurden in der Türkei erneut 6 Personen hingerichtet. Es handelt sich um:

den Armenier ...EMEKCİYAN, ein Angehöriger der armenischen Organisation ASALA, der den Bombenanschlag auf den Flughafen Esenboga in Akara verübt haben soll;

Ramazan YUKARIGÖZ; Ömer YAZGAN, Erdogan YAZGAN und Mehmet KAMBUR, die alle linksgerichtet sind und einen Überfall auf ein Juweliergeschäft verübt haben sollen.

3. Ahmet Kese, (Graue Wölfe). Nach der Machtübernahme der faschistischen Generäle wurden zu-

nächst in erster Linie Linke hingerichtet. Später ging man dazu über, auch einige Rechte hinzurichten, um so die Behauptung, man ginge gleichermaßen gegen links und rechts vor, glaubhafter zu machen. Die neuesten Hinrichtungen wurden vollstreckt, nachdem die Junta in der letzten Woche wieder einmal eine "Chance" bekommen hat, 'ihre Demokratie-Versprechen einzulösen'. Bis heute wurden 162 Todesurteile verhängt. Die türkische Presse berichtet in den meisten Fällen nicht über die Entscheidung des Revisionsgerichtes oder der Beratern Versammlung. Erst wenn die Bestätigung des Urteils durch die Junta erfolgt, reagiert die Presse, und dann ist es oft zu spät, Aktionen dagegen zu unternehmen. Daß die Bundesrepublik ihre Beziehungen mit den faschistischen Generälen weiterhin aufrecht erhält und die Henker auch noch mit einer Türkei-'Hilfe' in Höhe von 530 Mio. und der Lieferung von Leopard-Panzern belohnt, zeigt einmal mehr, welches Menschenrechts-Verständnis die Bundesregierung hat.

Schluß mit den Hinrichtungen in der Türkei!
Einstellung der Türkei-'Hilfe'!

Interview mit einem Vertreter der Vereinigten Widerstandsfront gegen den Faschismus

t.i.: Arkadas, Du bist als Vertreter von Devrimci Yol an den Gesprächen zur Frontbildung beteiligt gewesen und nimmst nun auch aktiv an der Aufbauarbeit teil. Wir haben in der letzten "Türkei-Information" den übersetzten Text der Plattform abgedruckt. Gleichzeitig haben wir aber den Eindruck, daß allein diese Erklärung der westdeutschen Öffentlichkeit nicht sehr viel über die Bedeutung des Ereignisses sagt. Deswegen wäre es gut, wenn Du uns einige Fragen dazu beantworten könntest.

Wie kam es zum Beispiel zur Bildung der 'Vereinigten Widerstandsfront'?

A.: Es gab schon vor dem 12. September in der Türkei eine Reihe Gespräche unter den verschiedenen Gruppen und Organisationen in Richtung auf Vereinheitlichung der Aktivitäten. Sie sind damals aber nicht wesentlich über einfache Aktionseinheiten zum 1. Mai, Protest gegen das Massaker von Kahramanmaraş oder die repressiven Gesetze der Demirel-Regierung hinausgegangen. In gewisser Weise kann man sagen, daß der schwere Schlag gegen die Linke der Türkei mit dem Putsch vom 12. September und dem Vernichtungskrieg gegen die oppositionellen Gruppierungen diesen Prozeß der Vereinheitlichung beschleunigt hat.

Ein weiteres wichtiges Element ist die Entwicklung im Verhältnis der revolutionären Gruppen zu den Massen. Überall dort, wo das Volk an der rasanten Auseinandersetzung gegen Zivillisten und Staatsterror aktiv beteiligt war, tritt man nun den militanten Kämpfern mit der Forderung gegenüber, daß sie unter den verschiedenen Lagern eine Einigung erzielen sollen, um dann eine echte Kraft gegen die Herrschenden darzustellen. Um also das Vertrauen der Bevölkerung in die Kraft der Revolutionäre wiederzuerlangen, ist die Vereinheitlichung der Anstrengungen unaußweichlich.

Drittens deutet die Erkenntnis, daß in der Türkei eine demokratische Revolution auf der Tagesordnung steht, darauf hin, daß wir nicht unmittelbar als Vorhut des Proletariats für die Errichtung des sozialistischen Systems kämpfen müssen, sondern, daß es wichtig ist, die Unterstützung der breitesten Volksmassen zu sichern, um die Gewaltherrschaft der Oligarchie zu brechen. Hierbei schöpfen wir natürlich aus den Erfahrungen der Befreiungsbewegungen in Ländern wie Nicaragua oder El Salvador.

t.i.: Welche Bedeutung hat die Frontbildung für die oppositionellen Kräfte in der Türkei?

A.: Mit dem Aufbau einer Front versuchen wir langfristig, die Machfrage zugunsten der revolutionären Kräfte zu lösen. Wir haben dabei kein fortwährendes Programm an den Anfang gestellt, sondern sind praktisch gleich mit dem 12. September in eine ernste Diskussion mit den verschiedenen Gruppierungen der Linken getreten, um gemeinsam ein solches Programm zu entwickeln. Die vorliegende Plattform ist dabei das Ergebnis von langen Gesprächen, bedeutet aber nicht, daß der Diskussionsprozeß damit abgeschlossen ist. Im Laufe der Entwicklung werden weiter Kräfte zu der Front stoßen und sich dadurch natürlich auch die Inhalte dieses Gebildes in gewisser Weise verändern.

Wir haben vorläufig nur eine Einheit in prinzipiellen Fragen hergestellt und werden auch die organisatorische Eigenständigkeit aller Gruppen respektieren. Langfristig soll die Front als Erscheinungsform für sich zwar die Aktivitäten ausschließlich steuern, aber derzeit ist lediglich ein organisatorischer Zusammenhalt hergestellt worden, der es möglich macht, die vor-

uns (d.h. vor der Linken der Türkei) liegenden Aufgaben zu bewältigen.

Wir haben mit der Frontbildung nicht einfach eine Kopie der Entwicklungen in Ländern wie Nicaragua oder El Salvador vorgenommen, sondern nehmen die Entscheidung für eine Front schon zu einer Zeit vor, in der für die Türkei die Machfrage noch nicht auf der Tagesordnung steht. Wir müssen aber schon jetzt die Vorbereitungen treffen, damit wir später nicht überrascht werden und ein möglicher Sieg dann an mangelnder militärischer Koordination oder anderen Fehlern scheitert.

t.i.: Welches Spektrum von Kräften war an der Frontbildung beteiligt und welche Kräfte sollen den geplanten Widerstand tragen?

A.: Die Front wird von Gruppen gebildet, die sich alle als sozialistisch und marxistisch orientiert verstehen. Bei den Organisationen Dev-Yol und PKK kann man von Bewegungen mit Massencharakter sprechen. Das heißt, die PKK hat die kurdische Bauernschaft in hervorragender Weise organisiert, während Dev-Yol in der gesamten Türkei sowohl Kleinproduzenten der Landwirtschaft, aber auch Intellektuelle und andere Gesellschaftskreise organisieren konnte. Das Spektrum lag dabei nicht genau auf einer Linie von Arbeiterklasse und Kleinbürgertum, sondern mehr auf einem Querschnitt durch die Bevölkerung (man denke an Beispiele von Fatsa und Yeni Çeltik).

Die ihrem Charakter nach wohl stärksten Organisationen des Bündnisses hatten aber auch regionale Schwerpunkte, so wie man sie bei den anderen Beteiligten beobachten kann. Allerdings ist der Verbreitungsgrad doch eher beschränkt. Wenn man so will, hat TKFP (Kommunistische Partei der Werktätigen der Türkei) noch einen größeren Anteil an Bauern in südöstlichen Teilen der Türkei organisieren können. Die anderen Gruppierungen sind in dieser Weise nicht zu Massenorganisationen herangewachsen, obwohl sie natürlich auch den Anspruch haben, für die Arbeiter und Bauern zu sprechen.

Für alle Gruppen aber gilt, daß sie derzeit nicht von einer Massenverankerung reden können. Sie dürfen aber für die Zukunft mit einer großen Sympathie seitens der Bevölkerung rechnen.

Von einer ideologischen Warte aus kann man sagen, daß sich hier Gruppen zusammen getan haben, die entweder einen undemokratischen Ansatz verfolgen, oder aber sich auf die SU als Rollwerk des Sozialismus berufen, gleichzeitig aber die Politik der SU bezüglich der Türkei kritisieren.

t.i.: Welche Kräfte sind außerhalb der Front geblieben? Kann man von einer Vereinigung der Linken sprechen?

A.: Den Anspruch, den die Front hat, kann sie derzeit noch nicht erfüllen. Große Teile der Gesellschaft stehen derzeit außerhalb einer solchen Entwicklung. Im Laufe der Zeit werden sich aber zwischen den Formierungen der verschiedenen Gesellschaftskreise (Arbeiter, Intellektuelle, Ingenieure etc.) und den tragenden Kräften der Front Parallellinien entwickeln, die dann ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Erst wenn es gelingt, diese gesellschaftlichen Kräfte einzuschließen, wird die Front zu einer materiellen Kraft, die dann auch die Machfrage stellen kann.

Was die Linke in der Türkei betrifft, so ist das Spektrum der albanienorientierten Gruppen bislang nicht an der Front beteiligt. Einige von ihnen zeigen aber Annäherungstendenzen,

die es für die Zukunft wahrscheinlich macht, daß sich die Front auf dieser Ebene erweitern könnte. Der moskauorientierte Flügel um die TKP ist ebenfalls außerhalb dieses Bündnisses geblieben, da sie mit der revolutionären Perspektive nicht übereinstimmen und unserer Meinung nach einen reformistischen Kurs steuern.

Es war aber auch nicht unsere Absicht, eine Plattform zuzubereiten, mit der sich alle Teile der Linken in der Türkei identifizieren können. Unsere Absicht ist es, ein solches Programm zu verwirklichen, daß den Faschismus frontal anreißt. Dazu sind die verschiedenen Teile der Gewerkschaft als Mitstreiter wichtiger, als die Verwaschung der Gegensätze in der Linken durch ein Minimalprogramm.

t.i.: Auf welche Formen von Widerstand in der Türkei kann die Front aufbauen?

A.: Es klingt sehr demoralisierend, aber wenn man realistisch ist, muß man zugeben, daß derzeit in der Türkei nicht von einer organisierten linken Bewegung gesprochen werden kann. Das bedeutet gleichzeitig, daß es keinen ernstzunehmenden Widerstand mehr gibt.

In den Städten haben kleine Gruppen von Aktiven ein geschäftliches, nicht ins Gefängnis geworfen zu werden, aber sie können derzeit nur eine eng begrenzte Kommunikation untereinander aufrechterhalten. Sie sind aber für den Neuaufbau ebenso wichtig, wie die Kämpfer in den ländlichen Gegenden, von denen es nicht wenige geschafft haben, mit der Hilfe der dörflichen Bevölkerung in den Bergen zu überleben. Aber obwohl von Dev-Yol, PKK, Partizan und TKFP noch ca. 500 aktive Kämpfer in den Bergen und unzugänglichen Gebieten leben, können sie nicht direkt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen. Für sie geht es derzeit ums nackte Überleben. In der Zukunft werden ihnen aber große Aufgaben zufallen.

Des weiteren kommt uns die immer größer werdende Unzufriedenheit bei den Bauern und in der Arbeiterschaft zugute. Sobald es gelingt, Vertrauen in eine revolutionäre Alternative in diesen Kreisen zu wecken, wird der Kampf augenblicklich eine ungeheure Stärke erreichen.

t.i.: Ihr habt in eurem Programm nicht nur langfristige und grundsätzliche Ziele angegeben, sondern auch eine Reihe von aktuellen Aufgaben definiert, die sowohl auf der wirtschaftlichen, sozialen, als auch auf der innen- und außenpolitischen Ebene liegen. Wie stellt ihr euch mit den vorhandenen Kräften eine Vermischung in die gesellschaftlichen Prozesse vor?

A.: Unsere Möglichkeiten des Eingreifens sind natürlich derzeit noch außerordentlich beschränkt. Für die nächste Zeit wird es hauptsächlich darum gehen, auf propagandistischer Ebene der vorherrschenden Meinung von der Vernichtung der Linken in der Türkei entgegenzuarbeiten. Ein Teil der Kämpfer, die durch die Verfolgung auseinander gekommen sind, muß vor Demoralisierung bewahrt werden. Außerdem wird die Bevölkerung hören, daß es nicht nur eine Einheitsmeinung in der Türkei mit der gleichgeschalteten Presse gibt. Um unsere Kader nicht zu gefährden, werden wir aber bei dieser Propagandatätigkeit zunächst auf gewalttätige Aktionen verzichten, obwohl man sich damit besonders gut Gehör verschaffen kann.

Jede der beteiligten Organisationen ist momentan noch mit einer Sammelphase beschäftigt. Wir selber definieren die jetzige Zeit auch als Aufbau- oder Vorbereitungsphase. Dabei stehen konkrete Aktionen nicht im Vor-

dergrund. Es ist augenblicklich in der Türkei selber nicht möglich, diese Aufbauarbeit koordiniert anzuleiten. Deshalb arbeiten die Mitglieder der Widerstandsfront derzeit schwerpunktmäßig im Ausland, aber eben unter dem Gesichtspunkt, schon bald wieder in die gesellschaftlichen Prozesse der Türkei einzugreifen. Was Devrimci Yol anbetrifft, so ist mit der Vorbereitungsphase nicht einfach ein organisatorischer Neuaufbau gemeint, sondern auch eine grundsätzliche Fragestellung der bislang in der Linken der Türkei (und auch von Dev-Yol vertretenen Positionen). Die Entwicklungen an anderen Punkten der Erde (Gewerkschaftsbewegung in Chile, ebenso wie die Frontaktivitäten in El Salvador oder die Friedensbewegung in der Bundesrepublik) sind für uns dabei besonders wichtig.

Wir erhoffen uns von dieser Akkumulationsphase einen Aufschwung, der mit dem Wiederbeginn nach der Niederlage vom 12. März (1971) nicht zu vergleichen ist, denn dieses Mal brauchen wir nicht bei Null anzufangen. Die Kämpfe vor dem 12. September hatten weite Teile der Bevölkerung erfaßt und mit einer vereinten Linken zu dem damaligen Zeitpunkt ist es wohl nicht gewagt, zu behaupten, daß die Machtergreifung des Militärs hätte verhindert werden können.

t.i.: Euer Programm hat einen hohen Anspruch: die Erringung der Herrschaft. Wie läßt sich dieser Anspruch einlösen?

A.: Natürlich verfügt die Front derzeit nicht über die Kräfte, um einen Anspruch an die Macht in die Tat umzusetzen. Aber unsere Aktivitäten müssen auf dieses Ziel ausgerichtet sein. Ich selber vergleiche die Entwicklung mit einem Schneeball, der eines Tages zu einer Lawine anwächst und dann auch die faschistische Herrschaft wegwegen wird.

t.i.: In dem Programm fällt neben der etwas stark nach MI-Terminologie klingenden Sprache die Feststellung auf, daß die Umgestaltungsformen der künftigen Gesellschaft schon in den Beziehungen der Mitstreiter vorhanden sein soll. Wie schaut es denn da in der Praxis aus?

A.: Also, an der Sprache sollte man sich nicht zu sehr stoßen. Jede Gruppe hat ihre Kommunikationsstrukturen. Wenn in der BRD ein solcher Ton nicht angenehm klingt, so sollte man sich aber überlegen, daß er für andere Menschen viel mehr aussagen kann. Mit den veränderten Umgestaltungsformen nehmen wir es sehr ernst. Wir wollen die Organisationen nicht einfach mehr als Mittel zur Eroberung der Macht ansehen, sondern sind uns der Tatsache bewußt, daß mit der Machteroberung der gesellschaftliche Veränderungsprozeß nicht abgeschlossen sein wird. Ohne eine entsprechende demokratische Übung wird es uns später nicht gelingen, das von uns angestrebte Ziel der Volksherrschaft zu verwirklichen.

In der nächsten Zukunft ist es für uns besonders wichtig, der Bevölkerung zu erklären, welche Art von Demokratie wir uns vorstellen. Dies kann natürlich nicht nur in Worten geschehen, sondern muß auch vorgelebt werden. Unsere Nachbarschaft zur Sowjetunion (um es einmal etwas brutal auszudrücken) macht es notwendig, die Art von Sozialismus, den wir uns vorstellen, ganz deutlich zu machen. Erst mit dieser Erkenntnis werden wir auch das Vertrauen der verschiedenen Schichten erreichen können.

t.i.: Mir ist noch aufgefallen, daß ihr den Zionismus besonders in eurem Programm erwähnt habt. Warum?

A.: Die Lage im Nahen Osten ist für uns besonders wichtig. Das Schicksal der Völker hier ist eng miteinander verbunden. Die Türkei als Vorposten der USA und NATO bedroht praktisch alle Befreiungstendenzen und fortschrittlichen Regime in der Region. Deshalb bedeutet ein erfolgreicher Kampf unsererseits gleichzeitig eine Beruhigung der kämpfenden Nach-

barn. Auf der anderen Seite hilft uns die Solidarität der Völker im Nahen Osten mit ihrer Solidarität schon jetzt. Auch von uns sind etliche Kämpfer im Libanon-Krieg zusammen mit den PLO-Kämpfern gefallen. Man sollte in diesem Zusammenhang auch daran denken, daß es nicht nur in der Türkei Kurden gibt und auch die Kurden im Iran und Irak sich für ihre Rechte einsetzen.

t.i.: Du sagtest, daß die Frontbildung hauptsächlich im Ausland vorangeht. Aber sie ist doch nicht mit der Vereinigung der Linken aus der Türkei in einem Bündnis wie BIRKOM oder aber den Aktionseinheiten für die Demonstration zum 2. Jahrestag des Putsches identisch?

A.: Zwischen BIRKOM und der Widerstandsfront gibt es einen wesentlichen Unterschied. BIRKOM ist zwar ebenfalls im Verlauf der Gespräche zur Bildung einer Widerstandsfront entstanden (sozusagen ein Nebenprodukt), hat aber ganz andere Aufgaben. Hier werden Aktionen geplant, die aus dem Ausland geeignet sind, die Stellung der Junta zu schwächen. Man kann es auch als Solidaritätsarbeit bezeichnen. Außerdem werden hier aber auch Ziele verfolgt, die direkt mit der Türkei nichts zu tun haben, sondern die Situation der hier lebenden Menschen aus der Türkei betreffen.

Die Front betreibt im Ausland keinen Aktionismus, sondern steuert von hier aus den Neuaufbau. Augenblicklich entwickeln sich Solidaritäten unter der Landbevölkerung, die später für weitergehende Kämpfe nutzbar gemacht werden können. Der militärische Aufbau ist einer der vorrangigen Aufgaben der nächsten Zeit. Ereignisse, wie die Demonstration zum 2. Jahrestag des Putsches sind dazu verdammt, Fingertagsfliegen zu bleiben. Hiermit lassen sich nur punktuelle Aktionen vereinen, aber eine gemeinsame Perspektive existiert unter den Organisationen eben nicht. Die Kräfte in der Front werden auf der anderen Seite immer weiter zusammenwachsen, sodaß am Schluß keine Organisationsvielfalt mehr herrscht.

Etwas anderes ist es, wenn wir von der Front aus Entwicklungen beobachten, die an die Aktivitäten der Front heranreichen. So wurde z.B. von den Intellektuellen im Ausland (von den Künstlern im Exil) eine oppositionelle Zeitung ins Leben gerufen, die zwar nicht die Politik der Front vertritt, aber durchaus auf einer Parallele angesiedelt werden könnte. Dieser Prozeß der Parallelisierung kann damit enden, daß auf einer höheren Ebene dann die Organisationsformen vereinigt werden. Aber natürlich ist das augenblicklich alles noch nicht auf der Tagesordnung.

t.i.: Gibt es zum Schluß noch etwas, was Du als besonders wichtig der westdeutschen Linken mitteilen willst?

A.: Also zunächst einmal denke ich, daß ein Dialog allein aus internationalistischen Gründen unbedingt vorangetrieben werden muß. Außerdem ist die Öffentlichkeit im sogenannten 'freien' Westen sehr stark durch die herrschende Ideologie der evolutionären Veränderung der Gesellschaft beeinflusst. Man muß einfach wissen, daß die Kampf- und Organisationsformen unter verschiedenen Bedingungen verschieden ausfallen und wir sind der Überzeugung, daß in dieser Front der richtige Weg für die Türkei zum Ausdruck kommt. In unserem Kampf brauchen wir aber die Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte. Dabei möchten wir aber nicht so behandelt werden, wie die Regierungen dieser Länder unser Land behandeln. Denn wir sind längst aus der Phase eines Entwicklungslandes (Revolutionärs) heraus und möchten auch keine 'Almosen' in Empfang nehmen. Wenn es uns gelingt, mit den Genossen im Westen zu einem Verhältnis von Geschwistern zu kommen, dann wäre das wohl eine der wesentlichen Errungenschaften der Arbeitsemigration und der mit ihr verbundenen politischen Arbeit im Ausland.

Das Neue Parteiengesetz wird festgelegt

Nachdem mit der Verfassung von 1982 das Gerüst für die Militärherrschaft des nächsten Jahrzehntes aufgebaut worden ist, geht man nun daran, diesem Bau einen demokratischen Anstrich zu geben. Im für die europäischen Verbündeten so wichtigen Kalender für die 'Redemokratisierung' steht jetzt das Parteien-

Wie bei allen wichtigen Gesetzen hat wiederum die Verfassungskommission in der Beratenden Versammlung den Entwurf für das Parteiengesetz vorgelegt. Allerdings wollten sie sich bis Anfang Januar noch nicht über die wichtigen Übergangsbestimmungen äußern, da das letzte Wort in jedem Fall wieder der Nationale Sicherheitsrat (sprich: die 5-köpfige Militärjunta) haben wird. Die bislang bekannt gewordenen Tatsachen sind denn auch nicht besonders sensationell. Zunächst einmal wird festgestellt, daß außer den Beschränkungen für ehemalige Politiker, die schon in der Verfassung festgelegt worden sind (5 oder 10-jähriges Verbot der Betätigung) keine weiteren Einschränkungen erfolgen sollen. Hinzu kommt aber, daß es den zukünftigen Parteien unter Androhung hoher Strafen verboten ist, den Eingriff (Putsch) vom 12. September 1980 zu kritisieren.

Wörtlich heißt es hier: "den Eingriff der Streitkräfte nach Aufforderung durch die Nation."

Auch dürfen alte Parteibezeichnungen nicht mehr verwendet werden. Symbole und Embleme der Parteien wie CHP, AP, MSP, MNP, BP, CGP, TIP, TSIP, SDP, TIKP, VP und TEP dürfen nicht mehr auftauchen. Allerdings will man Worte wie 'Volk' oder 'Gerechtigkeit' in den Parteinamen nicht verbieten. Wie man Fortsetzungen alter Parteien feststellen will, wird nicht gesagt. Allerdings bekommt der Obere Staatsanwalt der Republik die Kompetenz, aus freien Stücken bestimmte Parteien durch das Verfassungsgericht aufzulösen. Bei diesen Verhandlungen ist nur der Obere Staatsanwalt selber anwesend, es gibt keine mündliche Verhandlung.

Des weiteren wird das Justizministerium unter Absprache mit dem Kabinett die Möglichkeit haben, ein Verbot von politischen Parteien zu beantragen. Die als Gruppe im Parlament vertretenen Parteien schließlich können einen solchen Antrag ebenfalls stellen.

In Bezug auf die Gründung ist man sich bisher nur über die Zahl der Gründungsmitglieder einig geworden. 15 sollen es sein. Des weiteren hatte es anfangs geheißt, daß die Gründungsmitglieder mindestens 30 Jahre alt sein müssen, die Volksschule abgeschlossen, ihren Wehrdienst abgeleistet und keine Vorstrafen von mehr als einem Jahr haben (und überhaupt keine politischen Delikte aufweisen, selbst wenn diese amnestiert worden sein sollten). Ob dies nicht doch eine Erweiterung der Einschränkungen in der Verfassung ist? Denn bei einer Menge noch laufender Prozesse werden Tausende von ehemaligen Politikern mit Strafen wegen politischer Vergehen dastehen.

Aber selbstverständlich paßt eine solche Bestimmung exakt in das Konzept der Militärs, die eine Demokratie ohne Demokraten anstreben. Weil man eben auch besondere Angst vor der Jugend hat, werden alle Personen unter 21 Jahren nicht für die Parteien zugelassen. Darüber hinaus dürfen alle Beamten, Hochschulangehörigen, Studenten, Bediensteten des Öffentlichen Dienstes und Angehörige der Streitkräfte nicht den Parteien beitre-



ten. Länger diskutiert wurde die Möglichkeit, die Parteienorganisation auch über die Kreisstädte hinaus in kleineren Gemeinden voranzutreiben. Zunächst hatte es geheißt, daß die kommunale Organisation der Parteien die Grundschule der Politik sei, später aber folgten die meisten Mitglieder der Verfassungskommission einer anderen Ansicht, die darauf hinauslief, die gemeindemäßige Organisation der Parteien zu verhindern, weil speziell in den Dörfern die 'Terroristen' diese Ortsgruppen unterwandern könnten und man dann den so verhassten 'Terrorismus' (sprich: Politisierung) auf die Dörfer getragen habe.

Auf den ersten Blick also ein ganz normales (bürgerliches) Parteiengesetz, möchte man meinen. Aber es fällt doch auf, daß die Interventionsmöglichkeiten für den Staat sehr hoch angesetzt sind. Diese im Geiste der Verfassung restriktive Ordnung der politischen Parteien wird natürlich keine Schwierigkeiten bereiten, denn die kritische Öffentlichkeit ist ausgeschaltet und das letzte Wort haben die Militärs sowieso selber. Wenn sie also die Kommission schon in ihrem Sinne arbeiten lassen, so nur deshalb, um auch bei der Erarbeitung des Gesetzes den Eindruck von Pluralismus zu erwecken.

DEMOKRATIE OHNE DEMOKRATEN

Genau hier aber wird auch in Zukunft die Schwierigkeit liegen. Wer soll nach all den Verboten und Einschränkungen noch die Aufgabe übernehmen, das Spielchen der Scheindemokratie zu machen? Die von der Junta selbst ernannten, 160 sogenannten Volksvertreter haben es bis heute nicht vermocht, sich ein entsprechendes Profil zu verschaffen. Lediglich der Vorsitzende der Verfassungskommission, Prof. Orhan Aldıkaktı, sorgte durch seine markanten Sprüche a la Demirel für ein paar Schlagzeilen. Nach den ersten Gerüchten über die Bildung einer Partei der 'liberalen Kemalisten' ist er aber wieder in der Versenkung verschwunden und zieht es derzeit vor, wieder von einem Lehr-

gesetz auf der Tagesordnung. Nach ersten Schaukämpfen um die Parteienführung hat das öffentliche Interesse an dieser Diskussion aber erheblich abgenommen, denn jedermann weiß, daß es in Zukunft sowieso nur armeetreue Parteien geben wird.

am an der Uni zu schwärmen. Nur der Ministerpräsident Bülent Ulusu wagte in einem Interview die Behauptung, daß für den Ministerpräsidenten vielleicht eine ähnliche Amtsfortsetzung wie für den Staatspräsidenten möglich sei (er will also Politik machen und sich von Evren ins Amt setzen lassen).

Nachdem die gesamte Führungsmannschaft der alten Parteien für zehn (und im Falle der Parlamentarier für fünf) Jahre aus dem politischen Leben verbannt worden ist, kann man aus diesen Kreisen nicht so schnell mit einer Wiederbelebung rechnen. Von den alten Parteien hat es sowieso nur die konservative Gerechtigkeitspartei (AP) von Süleyman Demirel vermocht, ihren Organisationsaufbau zu retten. Aber auch bei ihnen werden die entscheidenden Leute ausgeschaltet bleiben und ob ihre 'Schattenkabinett'-Treffen in Ankara den durchschlagenden Erfolg bringen werden, ist auch ungewiß.

Favorit von S. Demirel ist der als Senator rechtzeitig aus der Partei ausgetretene Sabri Çağlangıl. Aber dieser scheint derzeit noch Schwierigkeiten mit dem ehemaligen Finanzminister der Demirel-Regierung, Mesut Erez, zu haben. Dieser wiederum hat in der Öffentlichkeit kundgetan, daß er eine Partei gründen werde.

Für beide ist aber die größte Konkurrenz in dem 'Architekten des Monetarismus', Turgut Özal, zu sehen. Er hatte sich in seinem Ministerium schon mit einer eigenen Mannschaft breit gemacht. Nicht zuletzt seine Machtfülle war mit für seine Absetzung als stellvertretender Ministerpräsident verantwortlich. Obwohl Özal eigentlich als rechts von der AP eingestuft werden kann, hofft er nicht nur auf Stimmen aus konservativen Kreisen, sondern möchte sich auch 'links der Mitte' ausdehnen. Damit will er vermutlich die von den Militärs angestrebte Ein-Parteien-Regierung bilden.

Aussichten hierfür hat Özal sicherlich, denn die sozialdemokratischen Kräfte sind hoffnungslos zerstritten. Es gibt keinen Führungskandidaten mehr, denn auch Bülent Ecevit hat nicht den erwarteten Erfolg mit seiner Märtyrerrolle in verschiedenen Prozessen erzielen können. Zwei Namen aber

wurden in diesem Zusammenhang genannt. Einmal der Ex-Führer von Türk-İş und dann Senator Halil Tunç, der öffentlich bekannt gab, daß er gegen die Verfassung gestimmt habe, und der ehemalige Bürgermeister von Istanbul, Aytekin Kotil.

Gerade zu der Zeit, als über die Verfassung heftig diskutiert wurde, kamen die Namen von noch wesentlich mehr Kandidaten in die Öffentlichkeit. Aber die unqualifizierte Aufzählung aller möglichen Ex-Politiker zeigt, daß es noch keine ernsthafte Debatte gibt. Schließlich fühlte sich Juntachef Evren aber doch veranlaßt, die hohlen Diskussionen zu beenden, indem er angab, daß noch nicht die Zeit für Parteienbildung gekommen sei. Wenn nach Ende Februar die ersten Parteien bei dem Oberen Staatsanwalt der Türkei angemeldet werden, dann dürfte es zunächst sehr bunt zugehen. Aber bald danach wird man merken, wer von den Militärs favorisiert wird.

Durch das Verbot, sich von Vereinen, Stiftungen oder Gewerkschaften unterstützen zu lassen, keine religiösen Feste im Namen der Partei zu feiern und selbst an Beerdigungen nicht im Namen der Partei teilnehmen zu dürfen, ist der Rahmen für die Parteien schon einmal abgesteckt. Wenn man dann noch bedenkt, daß die Wahlhilfen aus dem Staatshaushalt erst noch festgelegt werden müssen, dann haben sowieso nur die allerwenigsten dieser Scheindemokraten eine Hoffnung auf das Überleben.

Dies sollte den verantwortlichen Kreisen im Westen eigentlich klar sein. Aber wie schon bei der Abstimmung über die Verfassung werden die NATO-Verbündeten wieder Loblieder auf den demokratischen Geist der türkischen Militärs singen, wenn erst einmal das Parteiengesetz verabschiedet sein wird. Dann geht es weiter mit dem Wahlgesetz und im Herbst 1983 (so die Überzeugung der Verfassungskommission) ist man dann wieder zivil, das heißt, es sollen 'freie Wahlen' abgehalten werden. Die Zeit danach kann man getrost als Demokratie ohne Demokraten oder Militärdiktatur in Zivil bezeichnen. Faschistisch aber bleiben die Zustände in jedem Fall.

Fortsetzung von Seite 11

orientierten Knastkolonien, mit denen hier aufgewartet wird, steht zu befürchten, daß demnächst Elektroschocks nach medizinisch-psychologischen Anweisungen in den Gefängnissen gegeben werden sollen, doch nicht nur das, in den Bereich des Möglichen ist damit auch die Psychochirurgie gekommen, d.h. ein direkter Eingriff in das Gehirn eines Menschen oder auch als Konsequenz sein sozialer Tod.

In der gleichen Nummer der 'Autonomie' wird ein Experiment beschrieben, mit dem mehrere Wissenschaftler/Ärzte in den USA Furore machten:

"... Es ging um stereotaktische Eingriffe zur Behandlung unkontrollierbarer Aggressivität und zwar um die Ausschaltung der Mandelkerne, einer Region, die für den Sitz der Aggression gehalten wird. Terroristen, Flugzeugentführern, Schwerverbrechern, renitenten Kindern und rabiaten Hausfrauen wurden probeweise Elektroden eingepflanzt und gereizt, wenn sich Aggression elektrisch auslösen ließ, wurde operiert. Im Verlauf der sich daraus entwickelnden Diskussion fanden sich einige Psychiater, die die These vertraten, daß für Leute, die ihre politischen Ziele mit Gewalt vertreten und also zweifellos einen Hirnschaden hätten, die psychochirurgische Zwangsbehandlung angemessen wäre.

Auch in Brasilien tauchten Psychiater als Berater der Folterer in den Gefängnissen auf." Bekannt ist der Fall eines Psychiaters, der als Berater bei Folterungen die Widerstandsfähigkeit der Opfer beurteilte und der Persönlichkeit des Opfers angepaßt waren. Andere arbeiteten an einem Programm mit, das die 'Heilung politischer Gefangener von ihren Abirrungen bezweckte.' (aus: Psyche 9/1980)

Die Gefahr, daß türkische Gefängnisse zum Experimentierfeld für derartige Schlarlatane werden könnten, ist vorhanden. Der angekündigte Einsatz von Psychiatern in den Sondergefängnissen, die fehlende demokratische Öffentlichkeit in der Türkei selbst böte zudem noch gute Voraussetzungen, diese Manipulationen hinter einem Mantel der Verschwiegenheit durchzuführen.

Die Härte und Konsequenz, mit der gegen die politischen Gefangenen in der Türkei vorgegangen wird, unterstreicht erneut die Bedeutung dieses Landes für das westliche Verteidigungsbündnis. Denn im Moment ist die Türkei eben durch nichts zu ersetzen. Mit anderen Worten, Opposition gegen die Machthaber in Ankara muß zum Schweigen gebracht werden. Dem Widerstand muß jede Perspektive genommen werden und die politischen Gefangenen sollen, wenn es schon sein muß, daß es aus einigen westlichen Ländern Proteste gegen Folter und Hinrichtungen hagelt, so kaltgestellt werden, daß das Weltgewissen sich keine Sorgen mehr um sie machen muß.

Die Solidaritätsbewegung zur Türkei muß diese Entwicklung aufmerksam verfolgen, um möglichst früh dieser Tendenz mit allen nur denkbaren Möglichkeiten etwas entgegenzusetzen zu können. Denn die Öffentlichkeit hier wird auf lange Sicht das einzige Forum abgeben, auf dem Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen in der Türkei geleistet werden kann.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN I

Widerstandsfront ruft zur Einheit und zum gemeinsamen Kampf auf

Die zweite Versammlung des Komitees der 'Vereinigten Widerstandsfront gegen den Faschismus' (FKBDC) fand im Dezember 1982 statt. An der Versammlung nahmen teil: die der FKBDC angehörenden Devrimci Yol, PKK, Emekli, SVP, TKEP, THKP-C Acililer, TKP-ISCININ SESI und Devrimci Savas; Kurtulus, Rizgari, Türkiye Devriminin Yolu (TDY-THKO) und der Vorsitzende von Tüm Saglik Emekciler Derneği (TÜS-DER) nahmen als Beobachter teil. TKP/ML (Partizan) und KAWA, die vorher angekündigt hatten, daß sie auch als Beobachter teilnehmen wollten, waren nicht anwesend. Die Versammlung wurde in zwei Teilen geführt. Im ersten Teil diskutierten das Komitee der FKBDC und die als Beobachter anwesenden Gruppen über die Organisation als Front und die Probleme der Revolution in der Türkei. Kurtulus und Rizgari, die als Beobachter teilnahmen, erklärten, daß sie zwar andere Meinungen über die Front hätten, aber in bestimmten Bereichen Zusammenarbeit mit der FKBDC leisten könnten. TDY (THKO) und der Vorsitzende von TÜS-DER andererseits gaben bekannt, daß sie

die Initiative der Bildung einer Front für sinnvoll halten und ab jetzt aktiver daran arbeiten wollen. Am zweiten Teil der Versammlung nahmen nur die Mitglieder des Komitees teil. Hier wurden die bisherigen Aktivitäten der Front in Grundzügen bewertet, voraussichtliche Entwicklungen der nahen Zukunft diskutiert und die Aufgaben festgelegt. Die zweite Versammlung war, im Hinblick auf die Anwesenheit der als Beobachter vertretenen Gruppen, aber auch im Hinblick auf die ausführliche Diskussion über die Probleme und die Aufgaben der Organisation als Front, ein positiver Schritt. Es wurden die notwendigen Ansätze bzgl. der Form und des Inhalts der Hauptziele der nahen Zukunft bestimmt, an denen man sich orientieren muß. In der Versammlung wurde deutlich, daß die Bemühungen zur Herstellung der Einheit und zum gemeinsamen Kampf unserer werktätigen Völker und revolutionär-demokratischen Kräfte, die sich heute in den Aktivitäten der Front konkretisieren, in noch erweiterter Form fortgesetzt werden müssen. Die während der Gründung und Entstehung der Front durchgeführten Akti-

vitäten wurden ausgewertet, und es Parallel zu der Zunahme der imperialistischen Aggression, mit den USA an der Spitze, existieren noch immer die Verschärfungen und die Spannungen auf internationaler Ebene. Eines der Gebiete, in denen sich die internationalen Konflikte häufen, ist der Nahe Osten. Die von der faschistischen Junta regierte Türkei übernimmt neue politische und wirtschaftliche Aufgaben für den Imperialismus in diesem Gebiet. Es wird geplant, die amerikanischen Schnellen Eingreiftruppen in Türkisch-Kurdistan einzusetzen, um das kurdische Volk zu vernichten. Gleichzeitig programmiert die Junta gemeinsame Aktivitäten mit den konservativen Kräften in diesem Gebiet. Die faschistische Junta wird eine von Tag zu Tag wachsende Gefahr und Bedrohung für die Völker in diesem Gebiet; sie hetzt zum Krieg auf. Es gehört auch zu den Plänen der Junta, die "Billigung und Mehrheit", die sie ja mit der "Verfassungsabstimmung" erhalten hat, als Mittel zur Aggressivität gegen das Volk zu benutzen. Die Verfassungsabstimmung fand in einer Situation statt, in der die revolutionären Kräfte einen erheblichen Rückschlag erlitten haben, die Arbeiterklasse, die gesamte Bevölkerung unter Unterdrückung und Terror zu leiden haben, in einer Situation der Ausweglosigkeit und Alternativlosigkeit. Es ist jedem klar, daß die Ergebnisse der Verfassungsabstimmung die vorhandene Opposition in der Gesellschaft verschweigen. Diese Abstimmung beweist einmal mehr, das Verbrauchte und die Leere der bürgerlichen Opposition und zeigt wie wenig sie den faschistischen Generälen entgegenzusetzen hat. Die volksfeindlichen Generäle wollen offensichtlich

den türkischen Staat Schritt für Schritt neu organisieren. Die Abstimmung vom 7. November 1982 hat noch eines gezeigt: daß die revolutionären Kräfte im vereinten Bemühen und Kampf die einzige ernsthafte und richtige Alternative sind, um unsere Völker zu befreien und eine freie und demokratische Ordnung für unsere Gesellschaft aufzubauen. Die Front stellt eine Kraft dar, die diese Alternative schaffen und entwickeln wird. Sogar auch eine begrenzte Aktivität in den vorhandenen Bereichen zeigt für die Zukunft der FKBDC, daß sie ein Zentrum der Anziehung, eine Alternative darstellen wird. Es ist allen klar, daß den Mitgliedern der Front äußerst wichtige Aufgaben zuteil werden, diese Zeit zu nutzen, eine gemeinsame politische Linie zu

wurde über die voraussichtlichen Entwicklungen auf internationaler Ebene und in der Türkei gesprochen. Zu den Auffassungen über die politischen Entwicklungen und unsere Aufgaben wurde folgendes festgestellt: finden und Methoden für interne Schulungen, für Diskussionen und gemeinsame praktische Aktivitäten zu entwickeln. Diese Phase muß und wird gleichzeitig eine Phase sein, in der eine ALTERNATIVE DEMOKRATIE sich entwickelt und heranwächst. Die Plattform der Wahlen, die im Herbst '83 oder im Frühjahr '84 stattfinden sollen, muß so betrachtet werden, daß sie der Verbreitung, Entwicklung und Stärkung dieses alternativen Demokratieverständnisses dient. Die Kräfte der Front stehen im Inland, im Ausland, kurz, überall, wo sie sich

Fortsetzung Seite 19



Antifaschisten protestieren vor der Stadthalle Bergen-Enkheim am 23.1.83

Die 'Ordner' der Grauen Wölfe greifen an



Eine weitere Chance für die Türkei. Der Europarat hat am 27.1.83 wieder einmal beschlossen, den faschistischen Generälen auch weiterhin zu vertrauen und ihnen empfohlen, sich freiwillig aus dem Ministerrat zurückzuziehen, was diese jedoch, eigenen Aussagen zufolge, nicht tun werden. Oppositionelle aus der Türkei verlassen während der Sitzung gegen den Widerstand der Christdemokraten und mit Unterstützung der Sozialisten eine Erklärung, wurden aber danach von Ordnern abgeführt.

Frankfurt: Graue Wölfe greifen Antiraschisten an

Am Sonntag, 23.1.83 hat die "Türk-Föderation" in Frankfurt eine "Kulturveranstaltung" durchgeführt und damit ihre "Veranstaltungstournee" nach Darmstadt und Nürnberg fortgesetzt. Öffentlich bekannt gemacht wurde allerdings nur der Tag, nicht aber der Ort. Auf diese Weise wollte man sich wohl lästige Proteste vom Hals schaffen. Durch Zufall ist aber noch 2 Tage vor dem Termin bekannt geworden, daß die Veranstaltung in Bergen-Enkheim durchgeführt werden sollte. Von deutschen, türkischen und kurdischen Antifaschisten wurde dann kurzfristig am Samstag zur Gegendemonstration am folgenden Sonntag aufgerufen. Es waren dann auch nur ca. 80 Leute, die sich vor der Stadthalle in Bergen-Enkheim einfanden. Um 12.30 Uhr stürmten 100 mit Schlagringen, Metallrohren und Holzknüppeln bewaffnete türkische Faschisten auf die wartende Menge und prägeln wahllos auf sie ein. Das Ergebnis waren zahllose Verletzte; 6 von ihnen mußten ärztlich behandelt werden. Nach 10 Minuten zogen sich die Faschisten dann wieder zurück. Kurz darauf traf dann eine Hundertschaft Polizei ein, die allerdings nichts unternahm. Bei diesem Vorfall ist es besonders das Verhalten der Polizei, das zu einigen kritischen Fragen Anlaß gibt. Bereits vor dem Überfall wurden zwei Polizeibeamte an der Stelle, wo sich

die Faschisten sammelten, gesehen, die sich aber kurz vor dem Überfall entfernten. Weiterhin hat ein Augenzeuge sogar den Einsatzleiter der Hundertschaft bei den Faschisten gesehen, der sich ebenfalls vor dem Überfall entfernte und erst nach ihm mit der Hundertschaft wieder eintraf. Hat hier die Polizei den Überfall stillschweigend geduldet, um "notorischen Dauerdemonstranten" endlich mal einen Denkzettel verpassen zu können? Auch der offizielle Polizeibericht läßt solche Überlegungen zu. Nach ihm sei die Hundertschaft um 12.31 Uhr vor der Stadthalle eingetroffen, real war sie aber erst um 12.45 Uhr da. Haben die Mannschaftswagen hinter der nächsten Ecke gestanden und gewartet? Auch die Tatsache, daß die städtische Saalbau GmbH Räume an die türkischen Faschisten vermietet, reiht sich in diese Überlegungen ein: Man habe nicht gewußt, daß die Türk-Föderation die Veranstaltung dort trage, da ein Privatmann sie angemeldet habe - obwohl die Saalbau GmbH von einem Vertreter der Initiative gegen diese Veranstaltung vorher darauf aufmerksam gemacht wurde. Dies trifft im übrigen auch auf die Polizei zu, die weder von der Veranstaltung der Türk-Föderation, noch von der Gegendemonstration etwas gewußt haben will - obwohl sie bei einer Kundgebung gegen die Grauen Wölfe und diese Veranstaltung 2 Tage vorher anwesend war und obwohl sie ebenfalls den Aufruf zur Gegendemonstration mitbekommen hat. Bei einer Pressekonferenz der Initiative in Zusammenarbeit mit dem Türkei-Komitee wurde zudem darauf hingewiesen, daß dies nicht der erste Vorfall dieser Art ist; bereits vor ca. 3 Jahren wurde bei einer spontanen Demonstration gegen die Türk-Föderation vor ihrer Zentrale in der Gutleitstraße von der Polizei ohne Anlaß auf die Gegendemonstranten eingeschlagen, wurden sie mit gezückter Pistole verfolgt und wahllose Verhaf-

tungen durchgeführt. Von den 16 Verhafteten wurde der größte Teil auf dem Polizeirevier körperlich mißhandelt. Die Frankfurter Behörden und die Polizei scheinen also auf dem rechten Auge besonders blind zu sein. Man stelle sich diesen Vorfall vor der Stadthalle in Frankfurt Bergen-Enkheim einmal umgekehrt vor: Antifaschisten aus der Türkei hätten eine Gruppe von Rechten überfallen. Sofort wäre die Polizei präsent, zahlreiche Verhaftungen würden vorgenommen werden, und die Presse hätte tagelang über "extremistische Exzesse" berichtet. So aber scheinen die Ereignisse von Bergen-Enkheim schon fast in Vergessenheit zu geraten. Und dies kurz vor dem 50. Jahrestag der Machtergreifung des Faschismus



yıkılır zulmün son kaleleri

.....FUAT SAKA.....

Musikkassette DM 10,- zu bestellen bei: Postfach 25 04 63, 5000 Köln 1

TÜRKEI INFORMATION

türkei information berichtet aus der Türkei und von türkischen und kurdischen Arbeitern in der Bundesrepublik. türkei information erscheint 2-monatlich.

Ich möchte Abonnent der türkei information werden
Preis für 1 Jahr: DM 15,-

Anschrift: _____

Stadtparkasse Köln
Konto: L.Ulusal 144 9132 17
BLZ: 370 501 98

türkei information
Ebertplatz 12
5000 KÖLN 1

Postcheckamt Köln
Konto:Türkei Information
L.Ulusal 322 919-509

TÜRKEI INFODIENST der alternativen türkeihilfe

V.i.S.d.P. u. Verleger: Michael Helweg, Postf. 180 180, 48 Bielefeld 18
Einzelpreis: 1,50 DM; Abonnement: 6 Mon./20,- DM, 1 Jahr/40,- DM
Konten: Michael Helweg, Postcheckamt Hannover, 3981 01-304
BLZ: 250 100 30
M. Helweg, Kreissparkasse Herford-Bünde, 1 000 008 613
BLZ: 494 501 20

Der 'türkei infodienst' erscheint 14-tägig.

DER BANKENKRACH

Im Jahresrückblick auf das Jahr 1981 konnten wir von dem grenzenlosen Optimismus des damaligen Wirtschaftsministers Turgut Üzal berichten. Das gehört der Vergangenheit an, denn im August 1982 wurde Üzal zum Rücktritt gezwungen. Der Anlaß für den Rücktritt war der Bankenkrach in den Monaten Juni und Juli. Zunächst hatten die zahlreichen Kleinbankiers pleite gemacht, und damit hatten rund eine Million Sparer ihre gesamten Ersparnisse verloren, dann krachte die Kastelli A.S., die größte türkische Privatbank, zusammen. Das Vertrauen der Bankkunden in das Banksystem war erschüttert und die Brauchbarkeit des monetaristischen Wirtschaftsprogramms der Militärjunta wurde erheblich erschüttert. Zur gleichen Zeit jedoch war die Junta mit der Ausarbeitung ihrer neuen Verfassung beschäftigt und konnte wegen des bevorstehenden Referendums derartige Erschütterungen ihrer Glaubwürdigkeit am allerwenigsten gebrauchen. Wie immer in solchen Fällen schufen die Militärs sich einen Sündenbock, der für die Misere verantwortlich gemacht wurde. In diesem Fall war es Turgut Üzal. Er mußte gehen, der neue Finanzminister Kafaoglu versprach, das Banksystem zu reformieren und das Referendum konnte mit beruhigten Gemütern über die Bühne gehen.

Dieser fliegende Pferdewechsel war taktisch klug inszeniert und die Rechnung der Junta ging auf, aber an den wirtschaftlichen Problemen war nicht Üzal schuld gewesen, sondern die vom Internationalen Währungsfond diktierte Wirtschaftspolitik. Da Kafaoglu gleich nach seinem Amtsantritt versprach, die Auflagen des IWF strikt einzuhalten, hat sich daran durch den personellen Wechsel auch nichts geändert.

DER SCHEIN TRÖGT

Die Zahlen über die türkische Wirtschaft, die Finanzminister Kafaoglu zu Ende des Jahres 1982 vorlegte, scheinen auf den ersten Blick Anzeichen einer wirtschaftlichen Gesundung aufzuweisen. Das Bruttosozialprodukt ist um 4,2% angestiegen, die Inflationsrate, die noch 1980 bei über 100% gelegen hatte, ist 1981 auf ca. 29% zurückgegangen und 1982 betrug sie ebenfalls rund 29% (nach den Zahlen der OECD). Für die Zahlungsbilanz liegen noch keine entgeltigen Werte vor, aber es steht fest, daß das Zahlungsbilanzdefizit im vergangenen Jahr geringer war als im Vorjahr. Bei diesen offiziellen Zahlen ist allein die Arbeitslosenrate beängstigend: Sie nahm seit Jahren unvermindert zu und liegt jetzt bei 18,2% der Erwerbsfähigen.

ARBEITSLOSENRATE

1978	1979	1980	1981	1982
13,2%	14,0%	15,4%	16,7%	18,2%

(Quelle: Raport, 28.10.1982)

In diesen offiziellen Zahlen taucht eine Rubrik nicht auf: Die Reallohne der Arbeiter und Angestellten wie der Beamten. Ein Beispiel von vielen soll die Situation bei den Reallohnen beleuchten: "Güner Turgut, 54 (Name von der Redaktion türgüt), Amtmann

in Diensten der türkischen Republik, hat an jedem Ultimo das gleiche Problem: Er muß 12 000 türkische Lira (umgerechnet 170 Mark) beschaffen, um die Wohnungsmiete von 36 000 Lira zu bezahlen. Denn der Gehaltsstreifen des Güner Turgut weist nur 24 000 Lira monatlich aus. Die Dreizimmerwohnung des Beamten in Ankaras Stadtteil Maltepe ist weder feudal noch ungewöhnlich teuer. Auch das Gehalt des Mannes ist nicht besonders niedrig. Dennoch muß seine Frau das Geld für Nahrungsmittel und Kleidung verdienen. Der Fall Güner Turgut ist durchaus alltäglich. Wie ihm, so ergeht es derzeit den meisten Türken im Millionenheer der Staatsbediensteten. Dabei haben die im östlichen

EXPORTE

1981	ZUWACHS	1982
4,7	+23,4 %	5,8
MRD.\$		MRD.\$

Im vergangenen Jahr sind also die Exporte der Türkei um 1.1 Mrd.\$ angestiegen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, zu untersuchen, welchen Beitrag damit die Exporte zur gesamten Volkswirtschaft geliefert haben. Der Zuwachs von 1.1 Mrd.\$ macht in Lira umgerechnet rund 160 Mrd.Lira aus. Der direkte Beitrag der Exporte zum Bruttosozialprodukt ist im vergangenen Jahr also um 160 Mrd. Lira gestiegen. Da die einzelnen Exportfirmen wiederum für Aufträge an Zuliefer-



Finanzminister Kafaoglu

nicht exportieren können, und das sind die allermeisten. Umsatz und Produktion dieser Betriebe ging oft drastisch zurück. "Die letzten Zahlen der türkischen Produktion zeigen deutlich an, daß mit größter Zurückhaltung disponiert und gehandelt wird, was sich automatisch auf den Umsatzrückgang auswirkt. Der ganze Montanektor ist notleidend geworden. Die Erzeugung von Phosphaten zeigt einen Rückgang zwischen 22 und 28 Prozent, bei Kupfer-Pyrit sogar 93 Prozent. Alle Alkoholika sind stark im Rückgang, zwischen 47 und 62 Prozent. Alles, was unmittelbar und mittelbar mit Düngemitteln zusammenhängt, zeigt Produktionsrückgänge zwischen 19 und 59 Prozent. Die Steigerungen bei Zement sind äußerst gering, ebenso bei Gütern der Petrochemie, einzig Eisen-, Stahl- und Transportwaren weisen positive Produktionszahlen auf. Dabei sind letztere bemerkenswert, denn sie stellen die wichtigsten Exportgüter gegenüber den Islam-Staaten dar." (Blick durch die Wirtschaft, 8.12.1982).

Der Rückgang bei den Düngemitteln zeigt, daß auch die Landwirtschaft durch die neue Wirtschaftspolitik vor schwere Probleme gestellt ist. Und der Rückgang bei der Produktion von Waren markiert nur die Spitze des Eisberges, denn die produzierten Waren müssen am Markt erst noch ihre Kunden finden. Das aber wird immer schwieriger: "Die Geldverknappung, die im Zusammenhang mit dem Bemühen um Inflationsbekämpfung weiter zunimmt, hat - wie die Istanbuler Industriekammer mitteilt - zu einer erhöhten Lagerhaltung in allen Branchen der Fertigungsindustrie geführt, die weit über das Normale hinausgeht. An unverkauften Gütern hat sich der Wert von 11 auf 16 Milliarden türkische Pfund in den letzten 3 Monaten erhöht." (Blick durch die Wirtschaft, 14.12.1982)

Aufgrund der niedrigeren Produktion und der vollen Läger ist ein weiteres Phänomen entstanden: Obwohl die türkische Wirtschaft extrem von Importen abhängig ist, ist im vergangenen Jahr das Importvolumen zurückgegangen:

IMPORTE

1981	ZUWACHS	1982
8,9	-3,5%	8,6
MRD.\$		MRD.\$

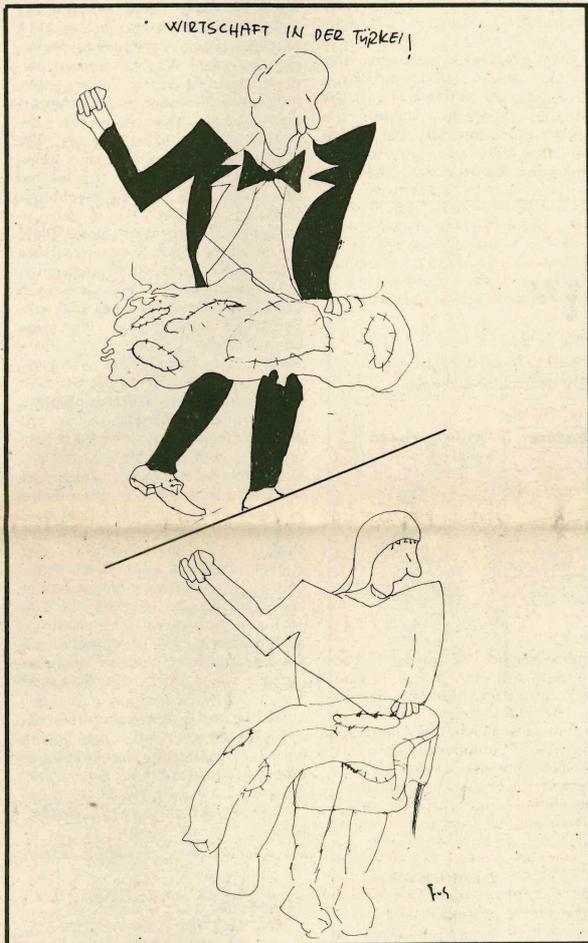
Wäre nicht der Aufschwung bei den Exporten, so wäre offenkundig, daß sich angesichts der Situation bei den am Binnenmarkt orientierten Betrieben die Türkei am Vorabend einer Wirtschaftskrise befindet. Einzig die

Exportserfolge verdecken das Desaster, in das die neue Wirtschaftspolitik die türkische Wirtschaft gebracht hat.

PERSPEKTIVEN

Doch die Exportserfolge stehen auf wackligen Füßen. Zum einen waren sie nur möglich, indem Exporte vom Staat subventioniert werden. Mit der Zuspitzung der Krise des Binnenmarktes werden aber auch die Steuereinnahmen des Staates sinken und damit die Möglichkeiten, die Exporte zu subventionieren schwinden. Weiterhin sind hohe Exporte natürlich nur möglich, wenn sich dafür in anderen Ländern Käufer finden. Angesichts der Lage der Weltwirtschaft sind die Aussichten dafür nicht gut. So kommt zum Beispiel das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin zu dem Schluß: "Die weltweite Wirtschaftslage hat sich seit Beginn der 80er Jahre krisenhaft zugespielt. Die Hoffnungen auf eine Belebung der Wirtschaftskonjunktur in den Industrieländern haben sich in den letzten zwei Jahren immer wieder zerschlagen. Die Entwicklungsländer sind von der Krise in den Industrieländern besonders betroffen: die Zinskosten sind enorm gestiegen, die Entwicklungshilfe nimmt real ab, vor allem aber bleibt die Nachfrage der Industrieländer nach den Exportprodukten der Entwicklungsländer aus." (Zitiert nach: 'Entwicklung und Zusammenarbeit', 1/1983, S.16)

Schon heute hat die vom IWF diktierte Wirtschaftspolitik zu drastisch gesunkenen Reallohnen und einer sehr großen Arbeitslosigkeit geführt. Der Binnenmarkt steht vor einer tiefen Wirtschaftskrise, und damit werden auch die Exporte in den Krisenstrudel gezogen werden. Das Jahr 1983 wird diese Entwicklung offen zu Tage treten lassen.



Nato-Land seit Herbst 1980 regierenden Generäle die Inflation von damals schwindelerregenden 130 Prozent auf 30 Prozent herunterdrücken können. Aber weil Löhne und Gehälter seither eingefroren sind, haben die meisten Türken jetzt real weniger als halb so viel in den Portemonnaies wie vor zwei Jahren." (Wirtschaftswoche, 26.11.1982)

Mit der gestiegenen Arbeitslosigkeit und dem drastisch gefallen Reallohnen sind es wieder einmal die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten, die die Lasten der Wirtschaftspolitik zu tragen haben. Und in dem vom IWF diktierten Wirtschaftsmodell ist das auch gerade so vorgesehen. Schönfärbend nennt sich das dann 'Nachfragedämpfung'. Denn mit der Senkung der Nachfrage sollen Gelder freigemacht werden für die heilige Kuh des IWF, für den Export. Mit der neuen Wirtschaftspolitik sind denn auch tatsächlich die Exporte angestiegen, allerdings hat sich inzwischen das Exportwachstum verlangsamt.

firmen etc. sorgen, kann man davon ausgehen, daß der gesamte Beitrag der Exporte zum Bruttosozialprodukt sicherlich zwischen 300 und 400 Mrd. Lira liegt.

Damit kommen wir zum Kernproblem der türkischen Wirtschaft. Denn das Bruttosozialprodukt ist im vergangenen Jahr um 4,2% gestiegen; oder in Zahlen ist dies ein Zuwachs von rund 350 Mrd. Lira. Das heißt, das Ansteigen des Bruttosozialproduktes läßt sich allein aus dem Exportzuwachs erklären, der ja zwischen 300 und 400 Mrd. Lira angestiegen ist, während andere Industriezweige folglich keinen Zuwachs zu verzeichnen hatten.

BANKROTTER BINNENMARKT

Tatsächlich hat die neue Wirtschaftspolitik zu verstärkten Exporten geführt und wegen der Exporte ist auch das Bruttosozialprodukt gestiegen. Aber die Drosselung der Nachfrage im Inland, um den Export zu finanzieren, schuf gleichzeitig eine Krisensituation für alle jene Betriebe, die



Kurzmeldung

UNZUREICHENDER MINDESTLOHN

Im Dezember 1982 wurde der neue gesetzliche Mindestlohn festgelegt. Hatte er bisher brutto 10 000 Lira betragen, so wurde er nun auf 16 200 Lira angehoben. Dies stellt zwar eine Verbesserung dar, aber gemessen an den realen Lebenshaltungskosten ist auch der neue Mindestlohn völlig unzureichend. Nach Abzug der Steuern verbleiben von den 16 200 Lira gerade noch 10 687,68 Lira. (nach: Hürriyet, 17. 12.1982). Nach einer Schätzung von Dr. Haluk Kasnaoglu von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Middle East Technical University in Ankara betragen die Verbrauchsausgaben eines verheirateten Arbeiters mit zwei Kindern allein rund 50 000 Lira (Cumhuriyet, 12.12.1982).

Gehirnwäsche nach dem Umsturz

In der letzten Nummer der Türkei-Information veröffentlichten wir eine Dokumentation zur Sonderbehandlung politischer Gefangener in der Türkei. Konzepte, so kann getrost vermutet werden, die nicht allein der Feder türkischer Folterspezialisten entsprungen sein dürften. Offensichtlich haben auch in dieser Angelegenheit 'amerikanische Freunde' engagiert mitgewirkt. Dies kann zunächst nicht weiter verwundern, erhalten doch türkische Folterer seit jeher Nachhilfeunterricht durch US-Behörden oder von Polizeispezialisten befreundeter lateinamerikanischer Staaten. Indes bietet dieser neuerliche Erfahrungsaustausch den Militärs qualitativ andere Möglichkeiten, den Widerstand, den politische Gefangene bis dato noch leisten, in den Griff zu bekommen. Neben den brutalen Folterern werden die Pädagogen in Oliv Sozialarbeiter und Psychologen, die es mit den Militärs halten, zum Zuge kommen, wenn es darum geht, Gefangene zu brechen, ihnen ihre Identität zu nehmen.

Eine spezifisch türkische Variante dieses Stils hielt gleich nach dem 80er Putsch in die Gefängnisse Einzug, allerdings noch ohne pädagogische Betreuung:

- die militärisch-disziplinarische 'Erziehung der Gefangenen' (Exerzieren, Absingen militärischer Lieder usw.)
- die Unterweisung der Gefangenen in den Prinzipien des Kemalismus (zwangsweises Auswendiglernen von Texten Atatürks, gemeinsame Rezitation dieser Passagen usw.)

Allein die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, daß das Repertoire der Militärs nicht ausreichte, den Widerstandswillen der politischen Gefangenen zu brechen. Schon aufgrund der restlosen Überbelegung war es nicht möglich, die Substruktur, die sich unter den Gefangenen bildete, zu kontrollieren, unzählige Hungerstreiks und andere Widerstandsaktionen beweisen das. Ein Stückchen Wahrheit über die unvorstellbare Repression, die den Alltag der Militärgefängnisse beherrscht, wurde damit auch der Öffentlichkeit, in der Türkei als auch in Europa, zugänglich. Diese Informationen schlugen sich in Protesten besorgter Angehöriger und (wenn auch kurzen) Pressemitteilungen nieder. Weitaus brisanter waren die Konsequenzen, die der Junta aus Europa drohten, nachdem dort offenbar wurde, welcher Mittel sich die neuen Herren in der Türkei bedienten, um die politische Opposition mundtot zu machen.

Mit dem Aufbau neuer Sondergefängnisse, in denen die unbeugsamsten aller Gefangenen verschwinden sollen, will die Junta einmal die bestehenden Knäste befrieden, zum anderen den Foltervorwürfen aus dem Ausland begegnen, denn werden diese Hochsicherheitsgefängnisse gebaut, wird es ein leichtes sein, der Weltöffentlichkeit eine reine Weste zu präsentieren, da weiße Folter keine Empörung hervorrufen wird, zudem wird sie ja auch hier bei uns an den politischen Gefangenen praktiziert, ohne daß sich nennenswerter Widerstand dagegen entwickelt hätte.

Wie aus der unten abgedruckten Dokumentation hervorgeht, reagieren die chilenischen Behörden ähnlich. Nachdem die Protest der Weltöffentlichkeit zu groß wurden, entschieden sich die Schergen Pinochets ebenfalls für Formen psychischer Folter, während die physisch brutale Folter drastisch zurückging.

Die westliche Moral zielt nicht auf die Integrität des Individuums, sondern auf den Fortschritt der Methoden. Am Beispiel von Chile in den

Jahren 1973 bis 76 ist dies deutlich zu erkennen: unter dem Druck der "Weltmeinung" wurden die brutalen körperlichen Foltermethoden verlassen (oder nur noch bei wenigen, bestimmten Fällen eingesetzt), ebenso wie die traditionelle psychische Folter: Scheinerschießungen, Quälen von Verwandten u.ä., während die verwissenschaftlichten, fortschrittlichen Methoden sich breiter durchsetzten.

"Die Technologie ist beruhigend, denn sie erlaubt es, auf Distanz zu arbeiten. Sie macht den unappetitlichen Hautkontakt mit dem Opfer überflüssig. So mancher, der es nicht fertigbrachte, einen anderen Menschen ins Gesicht zu schlagen, ist bereit, ihn zu quälen, wenn er wissenschaftliche Apparaturen dabei einsetzen kann. Es ist eine Sache, auf den Knopf zu drücken und jemandem, der fest auf einem Stuhl angechnallt ist, einen Elektroschock zu versetzen, und es ist eine andere

Sache, ihm eine brennende Zigarette auf der Brustwarze auszudrücken oder ihm den Kopf unter Wasser zu drücken, bis er erstickt. Die Technologie entschuldigt den Folterer, indem sie ihn in einen scheinbar wissenschaftlichen und objektiven 'Versuchsaufbau' integriert und er seine Verantwortung vermindert."

Wissenschaftliche Folter, das 24-Punkte-Programm des Dr. Schein demnächst also auch auf türkisch? Wir meinen, daß die uns vorliegende Dokumentation genügend Anhaltspunkte für derartige Befürchtungen zuläßt. Ein kurzer Exkurs zum Ursprung dieser Entwicklung ist aufschlußreich:

Soziale Isolation, sensorische Deprivation und Verhaltenstherapie sind seit ca. 20 Jahren in den USA nicht nur Programm, sondern die Realität, mit der dort die politischen und z.T. auch die sozialen Gefangenen konfrontiert sind. An-

fang der 60er Jahre wurden die Weichen für eine Gefängnisstrategie gestellt, die sich mit den drei Schlagworten 'Hochsicherheitstrakt, Isolationshaft und Verhaltensänderung' zusammenfassen läßt. In diversen Symposien über "neue Horizonte der Besserungsbehandlung in den US-Gefängnissen wurden Strategien entwickelt, die heute auch in der Türkei zum Zuge kommen sollen. Vertreter der Skinnerschen Schule der Verhaltenskonditionierung, Gefängnisdirektoren und CIA-Technokraten waren Träger der damaligen Diskussion.

Ein Ergebnis dieser Veranstaltungen war u.a. das 24-Punkte-Programm des Dr. Schein (siehe Dokumentation). Dieses Programm wurde später in vielen USA-Gefängnissen praktiziert. Beispielhaft hierfür ist das Hochsicherheitsgefängnis Marion im Bundesstaat Illinois, das zum Prototyp der neuen Gefängnisse wurde.

Das 24-Punkte-Programm des Dr. Schein

Wenn es bei der Dokumentation des Gehirnwäsche-Konzepts in den USA überhaupt eine Persönlichkeit gibt, die besondere Aufmerksamkeit verdient, dann ist es Dr. Edgar Schein. Wir haben ihn soeben als offenerhitzigen Zyniker beim berühmten Kongreß von 1961 kennengelernt. Wer ist Dr. Schein? Er begann seine Karriere in den 50-er Jahren bei der US-Navy, wo er als Psychologe Soldaten 'befragte', die in den koranischen Gefängnissen 'umgefallen' waren. Ende der fünfziger Jahre setzte Schein die dabei gemachten Erfahrungen in Forschungsprojekten der US-Air Force und des CIA um. Er schloß seine Studien über eine US-spezifische Variante von Gehirnwäsche zu Beginn der sechziger Jahre ab und hatte wesentlichen Anteil an der Knast'reformpolitik der Kennedy-Regierung, der er mit einem berühmten 24-Punkte-Programm zum Durchbruch verhalf. Die direkte Quelle des Textes ist uns unbekannt. Aber an ihrer Echtheit gibt es keinen Zweifel: es handelt sich tatsächlich um eine gestraffte Zusammenfassung der Bücher, Referate und Diskussionsbeiträge, die Schein in diesen Jahren zur Gehirnwäsche geliefert hat. Danach setzte Schein seine Karriere als Professor für Industriepsychologie am Massachusetts Institute of Technology (MIT) fort: mit Beiträgen zur Verhaltenskonditionierung der mittleren und Spitzenkader in Großbetrieben! Für Leute vom Schlag eines Schein ist die Verhaltenskonditionierung überall als Sozialethik anwendbar, für sie war der Hochsicherheitstrakt nur ein Experimentierfeld.

Die 24 Punkte des Dr. Edgar Schein:

1. Verlegung der Gefangenen in Bereiche, die ausreichend isoliert sind, damit enge emotionale Beziehungen erfolgreich abgebrochen oder ernsthaft abgeschwächt werden.
2. Absonderung aller "wirklichen" Führer ("Natural leaders")
3. Einsetzung kooperativer Gefangener als Führer
4. Verbot von Gruppenaktivitäten, die nicht im Einklang mit den Zielen der Gehirnwäsche stehen
5. Bespitzelung von Gefangenen und Weitergabe des persönlichen Datenmaterials
6. Namen von Gefangenen in gefälschte Erklärungen schreiben die dann anderen gezeigt werden
7. Opportunisten und Informanten benutzen
8. Gefangene überzeugen, daß sie niemandem vertrauen können
9. Diejenigen, die willens sind zu kollaborieren, nachsichtiger behandeln
10. Diejenigen, die sich unkooperativ verhalten, bestrafen
11. Systematisches Vorenthalten der Post
12. Den Kontakt zu all denen verhindern, die nicht mit den Behandlungsmethoden und der Kontrolle über den gefangenen Pöbel übereinstimmen
13. Auflösung aller Gruppennormen unter den Gefangenen

14. Schaffung eines Gruppenbewußtseins unter den Gefangenen, daß sie von ihrer sozialen Ordnung aufgeben und völlig isoliert sind
15. Zerstörung jeder emotionalen Unterstützung
16. Verhindern, daß die Gefangenen über ihre Haftbedingungen nach Hause oder zu Freunden schreiben
17. Zugang zu Publikationen und Büchern ermöglichen und erlauben, die ausschließlich solches Material beinhalten, das das gewünschte neue Verhalten unterstützt oder sich ihm gegenüber neutral verhält
18. Die Individuen in neue und zweideutige Situationen bringen, in denen die Normen bewußt unklar bleiben und dann Druck auf sie ausüben, damit sie, um dem Druck zu entgehen und eine Atempause/Vorteile zu erhalten, sich an das Gewünschte anpassen.
19. Die Individuen, deren Willenskraft mehrere Male geschwächt oder zerstört wurde, in eine Lebenssituation mit anderen bringen, die in ihrem Denken schon mehr angepaßt sind und deren Aufgabe es ist, weiterhin die emotionale Unterstützung des Individuums zu zerstören
20. Anwendung von Techniken zur Charakterschwächung wie: Erniedrigungen, Verunglimpfungen, Schreien, um Gefühle von Angst und Beeinflussbarkeit auszulösen - in Verbindung mit Schlafentzug, einem strengen Knastregime und regelmäßig wiederkehrenden Verhören
21. Allen unaufrichtigen Versuchen, dem Druck von Zellenkameraden nachzugeben, mit erneuter Feindseligkeit begegnen
22. Den Gefangenen durch Zellenkameraden wiederholt darauf hinweisen, wo er in der Vergangenheit oder in der Gegenwart nicht einmal seinen eigenen Grundsätzen und Werten gemäß gelebt hat
23. Durch Aufhebung des Drucks und Akzeptierung als menschliches Wesen gehorsames und unterwürfiges Verhalten belohnen, das dem Gehirnwäscheziel entspricht
24. Schaffung von sozialer und emotionaler Unterstützung, die das neue Verhalten verstärkt.

Das Schein'sche Gehirnwäscheprogramm, Skinners operantes Konditionieren (Bekräftigungslernen) und Chemo- bzw. Drogentherapie waren die Eckpfeiler, auf denen die Ordnung dieses Gefängnisses ruhte. Die Kontrollblocks für die besonders renitenten Gefangenen waren nach den Vorstellungen eines Dr. Levinson gebaut, der hierin Erkenntnisse der sensorischen Deprivationsforschung anwandte.

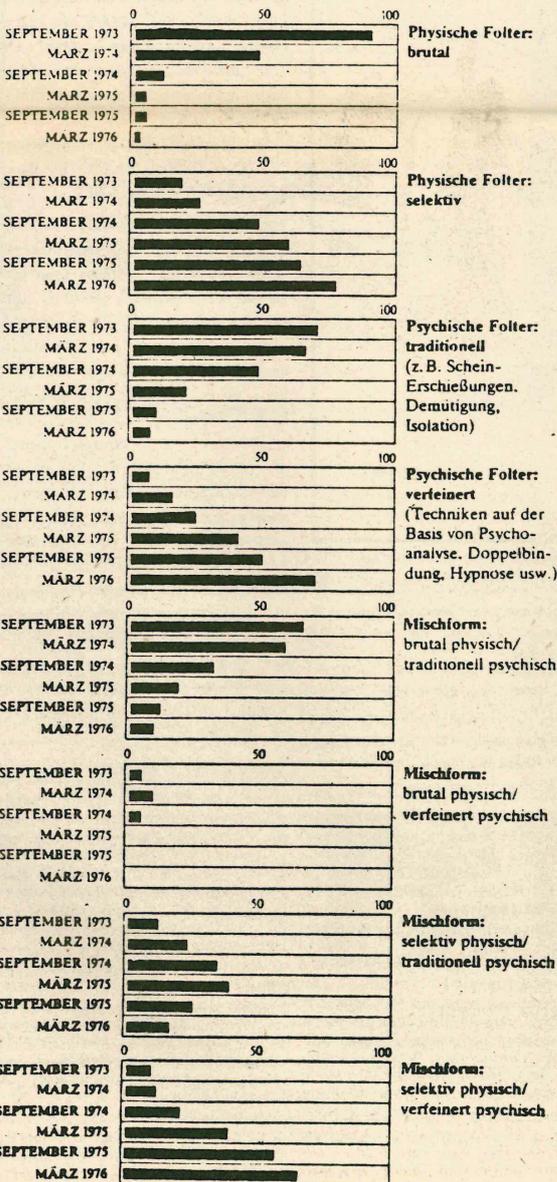
Das Gefängnis selbst ist in unendlich viele kleine Teilbereiche aufgliedert, die wiederum mit entsprechend vielen elektronisch gesteuerten Metalltüren voneinander getrennt sind. Die Gefangenen dürfen sich nur zu genau festgelegten Tageszeiten in ihren Zellen bewegen, mit Video-Kameras und Mikrofonen werden all ihre Äußerungen und Bewegungen aufgezeichnet, abgehört und von besonders geschultem Personal ausgewertet. Mit auch hierzulande bewährtem Verfahren wird täglich viermal Chemotherapie verabreicht, nämlich Librium, Valium usw. In der Verhaltenspsychologie wird dieser Prozeß mit dem Begriff 'erlernte Hilflosigkeit' umrissen, eine abgeleitete Form von Skinners operantem Konditionieren. Die Gehirnwäsche ist eine Kombination verschiedener Therapien, die den Gefangenen hilflos machen und seine Persönlichkeit zerstören sollen. Die Erziehung basiert auf Verunsicherung und Strafandrohung. Gefangene, die sich diesem System unterwerfen, werden dann in eine Art privilegierte Elite-Gruppe verlegt, wo sie in den Genuß dürftigen Luxus'es und einiger Vergünstigungen kommen.

Diejenigen, die sich diesem Programm widersetzen, werden in einem Langzeitkontrollblock zusammengefaßt, wo sie nach den Prinzipien der

Fortsetzung nächste Seite

FOLTER- „Fortschritt“

Die Entwicklung der Foltertechniken in Chile in der Zeit von September 1973 (Putsch der Militärs) bis März 1976 auf der Basis von 248 Fällen. Der Trend zur „Verfeinerung“ ist deutlich zu erkennen.



Fortsetzung von Seite 10

sensorischen Deprivation in die Gefängnisdisziplin gezwungen werden sollen. Das heißt: leben in einer Zelle, die 2,5 x 3 m groß ist, ein Aufenthalt von je 23,5 Stdn. pro Tag in diesem Loch, keine Beschäftigung, Arbeit wird als Anreiz für die, die sich 'bessern' angeboten, keinerlei Gemeinschaftsveranstaltungen.

Gefangene, die sich trotz dieser enormen Belastungen dem "Programm" widersetzen, werden in sog. Box-Car-Zellen gesteckt. Diese Zellen sind 2 x 2,5 m groß, sind geräusch- und schallisoliert, ein Fenster läßt nur 75 % des Sonnenlichts in die Zelle, sie bleibt 24 Stunden erleuchtet. Eine dicke Stahlplatte, die mit 2,5 cm dickem Kunststoff belegt ist, stellt das Bett dar. Die jeweiligen äußeren Temperatur- und Klimabedingungen verschärfen sich drastisch. In den Duschräumen wird mit warmem und kaltem Wasser herummanipuliert, Mißhandlungen mit Schlagstock und Chemischer Keule sind an der Tagesordnung.

In den Langzeitkontrollblocks werden Besuche stark eingeschränkt, sie finden nur mit Trennscheibe und Telefon oder Video-Kamera und Telefon statt. Doch auch dieses System hat seine Schwachstellen, an denen Widerstand möglich ist.

Interview mit Herman Bell, Marion-Zuchthaus, 31.8.1977

Herman Bell, 30 Jahre alt, Mitglied der Black Liberation Army (BLA) ist Afro-Amerikaner. Er war bis März 1978 im Marion-Zuchthaus, Illinois, USA, wurde aber nach einem Hungerstreik als einer der angeführten "Führer" herausgegriffen und nach Atlanta, Georgia, verlegt. In dem folgenden Interview beschreibt er die Bedingungen in 'Marion'.

(...) Herman: ... sie (die Zelle, Anm.) ist wirklich so groß wie eine Hundehütte, es ist nur sehr wenig Platz, weißt du, wirklich, sie ist unbewohnbar. Der Bruder Earl X.G., der jetzt wieder draußen ist, beschrieb die Zellen und die allgemeine Umgebung des H-Blocks so, als würden Leute, die in ihr Badezimmer gehen, das Licht ausmachen und sich in die Badewanne legen, erst dann so ungefähr eine Vorstellung davon kriegen, was die allgemeinen Bedingungen für Menschen in den Zellen der Verhaltensänderungs-Trakt in 'Marion' sind. Leider gibt es nicht viele Leute, die wirklich an ihrer Welt, ihrer sozialen Umgebung und der Notwendigkeit zu anderen Menschen menschliche Beziehungen zu haben, interessiert sind. Bevor sie z.B. nicht selber in einem Kontrollblock oder in einem Verhaltensänderungs-Trakt wie hier in 'Marion' oder überhaupt mal eine Zeitlang im Knast sind, fühlen und verstehen sie die Wirkung, die das auf den Kopf, auf die ganze Persönlichkeit hat, nicht deutlich genug. Und leider wird es wieder etwas spät, wenn sie plötzlich betroffen sind und sich engagieren, aber schon selber in diesem Spinnennetz gefangen sind. Sieh mal, die Leute draußen auf der Straße, ich glaube wirklich nicht, daß sie die Wirkung verstehen, das was mit den verschiedenen Gefangenen passiert, die getrennt und in die Verhaltensänderungs-Zellen gesteckt werden: also du kannst die Wirkung auf Gedanken und Gefühle echt nicht beschreiben. Und was uns passiert, passiert den Leuten dann auch.

Ich verbrachte 14 Monate im Verhaltensänderungs-Trakt und ich sage dir, das beeinflusst und arbeitet an deinen Sinnen, z.B. als ich rauskam, war ich völlig durchgedreht. Ich denke, die benutzen den Begriff 'Sensorische Deprivation'. Als ich es das erste Mal hörte, hatte ich die Wirkung nicht richtig begriffen... und dann bin ich da selber reingeraten, und puh, ich kann dir sagen...! Meine Erfahrung damit ist, daß du grundsätzlich, wenn du um Kontrollblock bist, völlig isoliert bist. Die Art, wie er strukturiert ist also, es

mag einen Gefangenen in der Zelle neben dir geben, aber du siehst ihn nie, wenn er nicht gerade an deiner Zellentür vorbeigeht. Am Anfang bist du für praktisch 24 Stunden in deinem Käfig. Du kannst 10 Minuten duschen und bekommst eine halbe Stunde Bewegung, aber auch das klappt nicht immer. Also, wer auch immer mit dir in dem Verhaltensänderungs-Trakt ist, du weißt es nicht eher, bis daß er an dem kleinen Glas vorbeikommt, das vermutlich als Fenster und als Klappe dienen soll. So wirst du wirklich einsam, du willst einfach nur mit jemandem reden.

Soweit ich es verstanden habe, gehen die geplanten Versuche aber darüber hinaus, einen Gefangenen zu isolieren, ihn daran zu hindern, andere Menschen zu sehen, ihm seine Sinne wie Tasten, Fühlen, Riechen zu rauben, die ganze Sensorische Deprivation. Es gibt auch die geplante Verhaltensänderung. Bruder Keith Johnson hat beschrieben, wie Drogen und eine bestimmte Art von Agitation und Provokationen benutzt werden, um deinen Widerstand zu messen, zu sehen, welche Reaktion kommt. Alles ist so aufgebaut, die Person zu brechen.

Völlig richtig, ja, so ist es: genauso wie die Umgebung, falls jemand sich die Umgebung überhaupt vorstellen kann. Sieh mal, du brauchst immer einen Hintergrund, z.B. im Kino oder Fernsehen, wenn du eine Horror-story hast, ja? Okay, du brauchst einen Hintergrund, eine merkwürdige Musik, eine merkwürdige Landschaft, alles, das Schloß, diese ganzen Sachen. Nun, in dem Kontrollblock, jedesmal wenn du z.B. aus deiner Zelle kommst, sogar bevor du raus bist, hast du Handschellen an. Ich habe da eine besondere Erfahrung gemacht, ich bin immer hin- und hergegangen, zu Anwaltsbesuchen und zu sogenannten 'Prüfungen' alle 30 Tage. Alle 30 Tage mußt du zu diesem Affentheater, das die Kommission nennen und sie sagen dir, ob sie dich rausschicken oder ob sie dich drinlassen. Gewöhnlich sagen sie dir nur, wenn du reinkommst: Kommen Sie in 30 Tagen wieder, und weil du in dieser Umgebung bist und nicht weißt, wann du verlegt wirst, bedeutet das eine Frustration, die dich einfach seelisch aus der Fassung bringt. Du bist also in dieser besonderen Umgebung und, in der Zeit, als ich hin- und herwanderte - so ungefähr 5-6 Monate lang - öffnete sich einmal plötzlich meine Zellentür, na, und ich gehe direkt raus. Ich komme raus, stehe im Gang und sehe mich um, ich bin der Einzige auf dem Gang. Ich sehe den Gang hinunter und das Haupttor ist offen. Also gehe ich hinunter durch das Tor und plötzlich wird mir klar - ich sage es dir, sie hatten meine Gedanken schon im Griff - es wird mir plötzlich klar, daß ich keine Handschellen an habe. Und ich merke, daß diese Leute mir eingeredet haben, daß ich irgendeine gefährliche Person bin, eine, die, nur um einige Schritte in irgendeine Richtung zu tun, schwer bewacht und von den Armen bis runter zu den Füßen in Ketten gelegt werden muß. Sieh, und ich stand da und hatte keine Ketten um mich und ich dachte, oh, sie haben mir keine Handschellen angelegt.

Also ich will sagen, das ist der konditionierende Prozeß.

Und dann gibt es noch die Gefängniswärter. Wahrscheinlich werden sie geschult, kriegen eine besondere Ausbildung. (...) Sie schüchtern ein, na ja im ganzen Knast, aber es ist intensiver in den Kontrollblocks, z.B. wenn du dir etwa wünschst, sagen wir mal, normale Zeitungen oder irgendwas von deinem Eigentum. Dann kann sein, daß sie zurückkommen und dir sagen, daß es nicht da ist, daß du es nicht hast. Weißt du, sie provozieren dich, das macht dich sauer, du fühlst, daß sie es auf dich abgesehen haben, überflüssigerweise, weil du in diesen Zellen sowieso völlig lahmgelegt bist und wenn dir praktisch außer deinem

Leben alles weggenommen wird, bedeuten so kleine Dinge eine ganze Menge. Z.B. wenn du ein Buch aus deinem Besitz haben willst oder Bilder oder dein liebstes Bild oder, sagen wir mal, einen Brief deiner Mutter, deiner Frau oder deiner Kinder, also wenn du diese Sachen nicht kriegen kannst, zumutbare Sachen, wenn dir alles andere weggenommen wird, werden sie zu Luxus.

(...) Wenn sie z. B. aus irgendwelchen Gründen beschließen Gas in eine bestimmte Zelle zu leiten, dann machen sie's meist so, daß der ganze Block voll Gas ist. Sie tun es in den Ventilator, normalerweise Pfeffergas. Dann kommt es rein und ist überall. Es ist so nebelig, daß du kaum was sehen kannst. Und dann kommen sie mit Baseballschlägern rein - ich meine nicht diese normalen kleinen Polizeiknüppel, ich rede von Baseballschlägern - mit der ganzen Panzerung und allem, dem Brustschutz, dem Helm und allem, und fangen an, den Gefangenen zu schlagen. Normalerweise haben die Gefangenen dabei Handschellen an. Sieben, acht oder neun Bullen springen auf einen Gefangenen. Der Bruder LeCount Bly, es ist jetzt eine Weile her, ein Jahr, da stand es in den Zeitungen, daß er gestorben war, ich hatte es nicht gewußt. Schließlich kam durch die Reportagen heraus, daß er sein Haar angezündet hatte, und daß das ihn letztlich getötet hat, aber in Wirklichkeit brachte nicht diese Sache ihn um, sondern die Bullen töteten ihn schon viel früher. Es ist etwas schwierig, das zu erklären, aber wenn du ein menschliches Wesen siehst, das nicht länger menschlich ist, dann ist es genau das, wohin sie diesen Bruder brachten. Während meiner Zeit in dem Verhaltensänderungs-Trakt sprangen die Bullen



- allein was ich mitgekriegt habe - 6-7 mal auf ihn und er war noch immer drin, als ich den Trakt schon wieder verlassen hatte. Und dann seine Frustrationen, weil sie ihm immer zeigten, daß es keine Hoffnung für ihn gab, da niemals wieder rauszukommen. Wenn du also mit dem Rücken zur Wand stehst, welche Wahl hast du, wofür lebst du? Aber es gibt auch eine Menge Gefangene im H-Block, die sehen, daß Frustrationen in dieser Art von Umgebung den Bullen helfen. Sie haben viele Drogen, die sie Gefangenen in diesen Verhaltensänderungs-Trakten geben und sie dürfen dir auch Drogen geben - ich glaube, sie nennen sie Thorazin, ebenso Prolixin und andere Drogen. In "Springfield", das mehr oder weniger die gleiche Sache ist wie "Marion", geben sie die Drogen wie Wasser. Ich will damit sagen, daß, wenn ein Mann mit diesem Zeug bespritzt wird, er auf seinem Bett liegt und 4-5 Tage weggetreten ist und daß sie, wenn er wieder aufwacht, kommen und ihm den nächsten Schuß geben und er total nicht weiß was passiert. Dann nehmen sie den Mann, ziehen ihn nackt aus und ketten ihn an das Bett, mit einem Laken aus Stahl, und lassen ihn so für Wochen liegen. Vielleicht füttern sie ihn intravenös. Der Mann kann sich nicht bewegen, er kann nur so da liegen und auf sich selbst scheißen.

Das, was da mit den Gefangenen gemacht wird, wird mit dem Geld des Volkes bezahlt. Wie lange bist du in "Marion" und überhaupt im Knast?

Ich bin am 2. September '77 seit 5 Jahren gefangen. Es verändert dich, ja, es verändert dich. Es macht dich kalt und sehr verbittert. Es ist wie eine andere Welt. Ich glaube, ich kann das nicht genug betonen.

Sieh mal, oft sagen wir Dinge mit Wörtern, die nichts mehr aussagen, weil die so oft benutzt werden. Wir sagen also oft Dinge und verstehen wirklich nicht die tiefe Bedeutung von ihnen. Wenn ich also sage, es ist eine andere Welt im Knast zu sein, meine ich es wörtlich: es ist eine andere Welt.

Ich glaube, "Marion" ist das Modell für den Rest der Gefängnisse in diesem Land. Und natürlich ist alles politisch. Sieh mal, während die Leute gegen das Programm hier in "Marion" protestieren, bauen jetzt - ganz nebenbei - die meisten Landes- und Bundesgefängnisse Verhaltensänderungs-Trakte dazu. Hauptsächlich dient es als Knast im Knast. Die Leute haben von den Tigerkäfigen in Vietnam usw. gehört, die Verhaltensänderungs-Zellen hier sind mehr oder weniger wie Tigerkäfige. Ich glaube, daß sie hauptsächlich deshalb eingeführt werden, um die progressiven Gefangenen abzusondern.

(...) Ich wurde absichtlich wegen meiner politischen Überzeugung hierhin gebracht, weil ich glaube, daß wir eine Veränderung brauchen...

Eine drastische Veränderung...

Eine drastische Veränderung, eine katastrophale Veränderung. Ich war in der Community sehr aktiv, praktisch

15 Jahre lang. Und ich glaube, daß ich wegen meiner politischen Überzeugung hierhin gebracht wurde. Wie ich eben schon gesagt habe, diese H-Blocks, ob sie in "Marion" oder woanders sind, wurden entworfen, um mehr oder weniger das Bewußtsein zu vernichten.

... und wenn du dann in die Halle (im Knast, Anm.) gehst und dir die Leute ansiehst... das ist so programmiert, der ganze Laden ist programmiert.

Es ist so, daß sie die völlige Freiheit haben, mit den Gefangenen zu machen was sie wollen. Der Gefangene hat keine Kontrolle über seinen Körper, seinen Willen, was auch immer, oder doch, natürlich über seinen Willen. In der Hinsicht ist es nicht völlig richtig, weil du doch immer die Wahl hast, zu akzeptieren oder anders zu sein. Natürlich sind in dieser Umgebung die Konsequenzen extrem, du bezahlst wirklich den höchsten Preis.

(Alle Information über "Marion" sind der Autonomie Nr. 2 -Neue Folgebroschüren. Wer mehr und Genaueres über "die neuen Gefängnisse" erfahren will, der kaufe sich dieses Heft.)

In dem von uns abgedruckten Bericht über die Sonderbehandlung politischer Gefangener sind derartige Details natürlich noch nicht zu finden: in der Tat gibt es aber eine An-

zahl von Anhaltspunkten, die den Leser erahnen läßt, wie hier die türkische Variante des Marion-Konzepts aufgebaut werden soll:

- systematische Auslese der Gefangenen für die herkömmlichen und die Sondergefängnisse.
- detaillierte Verhaltensbeobachtung durch Pädagogen, Psychologen und Psychiater, insbesondere bei der Einweisung, um die Kooperations- bzw. Widerstandsbereitschaft auszuwerten.
- Autokontrollprinzip, d.h. linke und rechte Gefängnisse werden auf eine Zelle gelegt.
- besonders exponierte Gefangene sollen in Einzelhaft, bei Sicherungsverwahrung, gelegt werden.
- für die Gefangenen wird ein Lehr-, Sport- und Bildungsprogramm entwickelt, dem sie sich bedingungslos zu unterwerfen haben, andernfalls drohen drakonische Strafen.
- die Gefangenen werden in den ersten sechs Monaten genau beobachtet, klassifiziert und je nach 'Besserungsprognose' in andere Gefängnisse verlegt. (Bis hierhin sind die Gefängnisse, die in Malatya (Kurdistan) und in Bartin gebaut werden, zuständig. Die Gefangenen, die weiterhin Widerstand leisten, sollen zentral in Gaziantep, in Canakkale zum Teil und in Istanbul zusammengelegt werden.)
- diese Gefängnisse sind nach dem Einzelzellenprinzip gebaut und bieten die Möglichkeit, die Gefangenen total voneinander zu isolieren.
- alle sechs Monate müssen von diesen Gefangenen Beurteilungsbögen erstellt werden.
- Beschäftigungsangebote bestehen aus Büchern über den Kernalismus und aus Basteln.
- mit Hilfe von Erziehern, Psychologen und Psychiatern wird versucht werden, die Gefangenen durch verschiedene Therapien positiv zu beeinflussen.
- Gefangene, bei denen die Behandlung anschlägt, werden in Dreiergruppen zusammengefaßt, die keinen Kontakt zu den Übrigen haben dürfen.

Es ist also mehr als offensichtlich, daß hier nach US-Strickmuster vorgegangen werden soll. Allein der ungewöhnlich häufige Gebrauch des Begriffes 'Erziehung' sowie der angekündigte Einsatz von Psychologen lassen aufhorchen, denn diese Arrangement ist für türkische Verhältnisse bislang recht ungewöhnlich gewesen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die dafür zuständige Behörde sich noch nicht einmal die Mühe machte, die ganze Angelegenheit mit einem eigenen Etikett zu versehen, heißt dieser Plan doch wie im Englischen ganz einfach: Plan zum Treatment von...

Anregungen für ihre Pläne besorgten sich diese 'Architekten' der neuen Gefängnisse auch von den Erfahrungen der Nazi-Schergen, die in den Konzentrationslagern das Geschäft der organisierten Menschenvernichtung besorgten.

Einlieferungsschock, Depersonalisierung und der Schritt zur Anpassung an die KZ-Struktur waren Orientierungspunkte für die neuen Konzepte.

Ende der 60er Jahre untersuchten kanadische Forscher Ähnlichkeiten zwischen dem Anpassungsprozeß im KZ und psychiatrischen Kliniken. Ein Münchner Wissenschaftler, P. Matussek, überwand den summarischen Begriff KZ-Neurose und bezog die Folgen der Lagerhaft individuell auf verschiedene Persönlichkeitstypen, damit wurde die KZ-Situation wieder zur experimentiellen Situation. Im Jahre 1967 reiste Matussek mit einem Vortrag über die 'Ideologie als Faktor der Persönlichkeit' um die Welt und beschrieb, auf welche Weise sich 'ideologische Personen' im Unterschied zu anderen in extremen Situation verhalten. Diese Frage, wie wirken die Stressoren einer extremen Situation auf die unterschiedliche Persönlichkeit, kann auch umgekehrt werden, nämlich: mit welchen Stressoren kann ich ein Individuum am besten beeinflussen? (aus: Autonomie Neue Folge, Nr. 2)

Neben den verhaltenstherapeutischen

Die Türk-Föderation und das Papst-Attentat

Das Attentat auf den Papst am 13. Mai 1981 erschütterte die Weltöffentlichkeit und warf sehr bald die Frage auf, wer für diesen perfekt geplanten Anschlag verantwortlich zu machen sei. Daß der Attentäter, Mehmet Ali Agca, nicht allein diesen Anschlag geplant hatte, lag auf der Hand. Genauso war es ihm nicht allein gelungen, aus dem Gefängnis Kall-Maltepe, in dem er nach seiner Verurteilung als Mörder des türkischen Verlegers Abdi Ipekci gesessen hatte, im November 1979 zu fliehen. In beiden Fällen hatte er Helfer, die eindeutig im Lager der türkischen faschistischen MHP zu suchen sind. Neu an den Ermittlungen zum Papst-Attentat ist, daß die Verbindungen der MHP über viele Länder hinweg bis in die BRD reichen. Oder, um genauer zu sein: Daß die MHP in der BRD eine Tarnorganisation mit Namen 'Türk-Föderation' unterhält, der schätzungsweise 30.000 Türken angehören, war auch schon vor dem Attentat bekannt. Offensichtlich war es jedoch nicht im Interesse der deutschen Behörden, dieser Gruppe das Handwerk zu legen, denn sowohl Landesinnenminister als auch der Verfassungsschutz nahmen die Sache auf die leichte Schulter.

Zwar hatten zahlreiche Parlamentarier und Gewerkschaften immer wieder auf die Gefährlichkeit der sog. 'Grauen Wölfe' aufmerksam gemacht, hatten aber selten mehr als eine Abfuhr zu erwarten. So antwortete z.B. der hessische Innenminister Gries am 25.11.81 auf die Anfrage des Abgeordneten Gert Lütgert (SPD) in der Fragestunde bei der Plenarsitzung des Hessischen Landtags, wo sich Musa Serdar Celebi, Vorsitzender der Türk-Föderation und Verdächtiger für die Vorbereitung des Papst-Attentats, zur Zeit aufhielt, Celebi habe gegen aufenthaltsrechtliche und melderechtliche Bestimmungen verstoßen, und sein momentaner Aufenthaltsort sei unbekannt. Peinlich für die deutschen Sicherheitsbehörden, daß die römischen Behörden den Aufenthalt des Herrn Celebi ermitteln mußten und fanden. Für die italienische Polizei gab es genügend Gründe, Celebis Aufenthaltsort zu ermitteln: sie bezichtigt ihn, zusammen mit 5 anderen Personen den Anschlag auf den Papst geplant und vorbereitet zu haben. Er soll Geld und Waffen besorgt und das Verbrechen bei konspirativen Treffs in Zürich und Mallorca vorbereitet haben. Aufgrund des Haftbefehls, den römische Richter erlassen hatten, wurde Serdar Celebi am 1.11.82 in der Nähe von Frankfurt verhaftet. Die italienischen Behörden forderten Celebis Auslieferung, der auch stattgegeben wurde. Seit dem 14.1.83 sitzt Celebi in römischer Untersuchungshaft.

Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß mit Serdar Celebi der Kopf der Türk-Föderation verhaftet und somit die Gruppe unschädlich gemacht worden sei. Der 2. Vorsitzende der Föderation, Ali Batman, wird sicher dafür sorgen, daß die MHP-Auslands-Tarnorganisation weiterbesteht. Er bezeichnet sich, ebenso wie Serdar Celebi, durch seine kriminelle politische Karriere aus: Am 10.9.82 aus der Türkei ausgebürgert, sucht er in der BRD um politisches Asyl nach. Er war 1976 ein Jahr lang Vorsitzender der ÜLKÜ-OCAGI, der Jugendorganisation der Grauen Wölfe und als solcher ist er für zahlreiche politische Morde an Linken verantwortlich zu machen. Seitdem Batman in der BRD lebt, reist er ständig nach Holland, Libanon, Ägypten und Belgien. Er gibt an, von seinen Verwandten finanziert

zu werden, jedoch muß man sich die Frage stellen, woher er das Geld für die vielen Auslandsreisen nimmt bzw. was er dort macht. Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, daß die Türk-Föderation ihre 'Arbeit' durch Rauschgiftsmuggel und Waffengeschäfte finanziert. Weitverzweigte Kontakte zu Gesinnungsfreunden in ganz Europa lassen diese Möglichkeit sehr plausibel erscheinen. Doch auch in dieser Frage sind deutsche Behörden nicht gerade eifrig um Klärung bemüht.

Solange der Verfassungsschutz in Niedersachsen behaupten kann, es gäbe keine Grauen Wölfe in der BRD, und führende Vertreter der CDU/FDP-Regierung glauben, tür-

Diese und noch 93 weitere Fragen stellen die Grauen Wölfe bei ihren 'Kulturveranstaltungen'. Als am 23.1.83 in Frankfurt Antifaschisten versuchten, eine solche Veranstaltung zu verhindern, wurden sie von den faschistischen 'Ordnern' brutal zusammengeschlagen. Die Polizei sah zu - obwohl sie wußte, wer hinter der Veranstaltung steckte. Auch die städtische Saalbau-GmbH, die den Faschisten Räume zur Verfügung gestellt hatte, ließ sich nicht davon überzeugen, daß die Nicht-Vergabe von städtischen Räumen schon ein Schritt im Kampf gegen den schleichenden Faschismus ist.

Sozialdemokratische Fraktion SPD
in der Stadtverordnetenversammlung
Frankfurt am Main

Rathaus, Hans-Silberberg
Zimmer 317
6000 Frankfurt am Main I
Telefon: (069) 29 34 16 und 28 15 41
innerhalb des Rathauses 62 66, 62 76
Kin. St. 3172
Stadtparkstraße 17a (BLZ 500 50 02)

10. November 1982
Fr./So.

531

Antrag der SPD-Fraktion

Betr.: Verbot der Türk-Föderation mit Hauptsitz in Frankfurt a.M.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, geeignete Initiativen zu ergreifen, die zu einem Verbot der Türk-Föderation führen.

Begründung:
Der Ortsratrat 1 hat in der Vergangenheit wiederholt die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, den Magistrat zu beauftragen, geeignete Initiativen zu ergreifen, die zum Verbot der Türk-Föderation, deren Hauptsitz in Frankfurt a.M., Guttenstraße 173, liegt, führen.

Diese Initiativen wurden in der Vergangenheit von der OJ-Mehrheit niedergestimmt, obwohl zweifelsfrei feststeht, daß die Türk-Föderation eine Tarn-Organisation darstellt, deren Vertreter zum Teil wegen rechtsradikaler terroristischer Aktivitäten in der Türkei gesucht werden.

Nachdem nunmehr der Vorsitzende der Türk-Föderation Musa Serdar Celebi wegen des Vorwurfs der Beteiligung am Papst-Attentat in Auslieferungshaft sitzt - nach Presseberichten ist derselbe im Mai zum vierten Mal an die Spitze dieser Organisation gewählt worden - erheben wir erneut die Forderung an den Frankfurter Magistrat, Schritte gegen diese offensichtlich terroristische Vereinigung zu unternehmen.

SPD-Fraktion
Hans Georg Michel
Hans Georg Michel
Vorsitzender

Antragsteller:
Stadtv. Hans Georg Michel

kische Rechtsextremisten seien "harmlose Nationalisten, die von den Kommunisten verleugnet werden", wird es der Türk-Föderation ein Leichtes sein, ihren faschistischen Terror unter Landsleuten zu verbreiten. Gerade in den letzten Wochen tritt Ali Batman und seine Türk-Föderation mit sogenannten 'Kulturveranstaltungen' an die Öffentlichkeit. Teilnehmern dieser Propaganda-Veranstaltungen werden u.a. folgende Fragen gestellt:

1. Was ist Nationalismus? Welche fundamentalen Werte vertritt er?
2. Warum ist der Kolonialstaat gegen die Nationalisten?
3. Was ist ideologischer Kampf und welche Kräfte führen ihn durch?
4. Als Türke vor Gericht stand, sagte er dem Richter: "Wenn Sie mir geduldig zuhören würden, könnten Sie von dieser Person (mir) viel lernen." Welche Bedeutung hat diese Aussage?
5. Obwohl Türkes und seine Freunde unschuldig sind, müssen sie noch immer im Gefängnis bleiben. Welche Meinung vertreten Sie dazu?
6. Wann wurde der große Staatsmann Gün Sazak umgebracht? (Gün Sazak war MHP-Mitglied)
7. Was ist die 9-Strahlen-Doktrin?

Protest gegen türkische Faschisten

Am 8. Januar 1983 wollte der Türkisch-Islamische Kulturverein, eine Tarnorganisation der Grauen Wölfe in der BRD, eine 'Folklore-Veranstaltung' im Justus-Liebig-Haus in Darmstadt durchführen. Eine breite Aktionseinheit verschiedener Gruppen aus der BRD und der Tür-

Eine Abschiebung, die nicht gelang

Am Donnerstag, den 25.11.1982 wurde das Büro des Amtleiters der Ausländerbehörde Hannover von etwa 50 deutschen und ausländischen Antifaschisten für ca. 2 Stunden besetzt gehalten.

Die Aktion wandte sich gegen die negative Praxis der Ausländerbehörde gegenüber ausländischen Mitbürgern, besonders der aus der Türkei Stammenden. Dies kam extrem im Fall von Baki Coskun zum Vorschein. Baki lebt seit sechs Jahren in Hannover und war bis vor kurzem mit einer deutschen Frau verheiratet. Seit einem Jahr arbeitet er im unabhängigen Jugendzentrum Glocksee, das von der Stadt Hannover finanziert und unterstützt wird.

Als Grund für die vorgesehene Abschiebung wurde die Scheidung von seiner Frau genannt. Obwohl die Ausländerbehörde unter anderem vom Fall Sahabettin Buz, der beim Heimaturlaub in der Türkei verhaftet wurde, über die herrschenden Verhältnisse dort genauestens informiert sein dürfte, und es Baki Coskun als erklärtem Gegner der faschistischen Junta wahrscheinlich ebenso ergehen dürfte, wurde der

Abschiebungsbeschluss gefaßt, ohne den Verlauf der Gerichtsverhandlungen abzuwarten.

'Er könne zwar gegen den Beschluß Widerspruch erheben, jedoch berechtige dieses nicht das Hierbleiben Herrn Coskuns.'

Nach einem sachlich und diszipliniert geführten Gespräch mit dem Amtsleiter des Hauses, konnte der Beschluß für die Zeit bis zum Gerichts Urteil aufgehoben werden. Nach diesem Ergebnis löste sich der Aktionskreis wieder auf und verließ die Behörde. In diesem Fall konnten wir nur erfolgreich werden, weil eine breite Öffentlichkeit erreicht werden konnte. Es gibt aber offensichtlich andere Fälle, wo ähnliche Verfahren angewendet werden, die jedoch nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Das Einzige, das an diesem guten Beispiel von Solidarität und Zusammenarbeit zu bemängeln wäre, ist das Nichterscheinen der Presse bei dieser Aktion, trotz mehrerer Aufforderungen.

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Hannover

"Fremde und Allzufremde"

Unter dieser Überschrift erschien am 2.12.82 ein Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der eine Welle von Protesten nach sich zog. Tenor dieses neuen Meisterwerks in Sachen Fremdenhetze war: europäische Ausländer seien relativ leicht

integrierbar, zwischen ihnen und den Deutschen sei ein "Stillschweigendes WIR-Gefühl" entstanden. Dadurch ließen sich "sogar ein paar italienische Mafiosi ... verkräften". Problematisch sei es allerdings mit den "Turk-Völkern" geblieben und mit



Protest gegen FAZ in Frankfurt

kei, versuchte zuerst die SPD-Stadtverwaltung dazu zu bewegen, die Benutzungserlaubnis zurückzuziehen, was aber leider ohne Erfolg blieb. Daraufhin wurde eine Protestkundgebung und Demonstration organisiert, an denen etwa 500 Antifaschisten teilnahmen.

anderen aus 'ganz und gar fremden Kulturkreisen Gekommenen'. "Sie und nur sie", so die FAZ, seien das "Ausländerproblem" der BRD. Deshalb müsse man der Situation mit einem radikalen Zugangsstopp begegnen.

Soweit die FAZ am 2.12.82. Wir haben ein bißchen in alten FAZ-Nummern geblättert und entdeckten unter dem 13.2.62 einen Artikel von G.Gillesen mit der Überschrift: "Die italienischen Gastarbeiter und der Kommunismus". Der Autor spricht hier von denjenigen italienischen Gastarbeitern, die in Arbeiterwohnheimen ohne Frau und Kind eingepfercht, ein ideales Feld für konspirative Tätigkeit darstellten. Diese Arbeiter, so Gillesen, seien eine "leicht entflammare Masse" und daher gefährlich. Es sei deshalb auch nicht zu bedauern, wenn sie wieder nach Italien zurückkehrten. Der Autor schlägt vor, aufgrund der Gefahr, die von den Italienern ausgehen könnte, doch lieber Arbeitskräfte aus der Türkei anzuwerben. -Wie sich die Meinung doch innerhalb von 20 Jahren so ändern kann! - Seinerzeit erfolgten kaum Reaktionen auf diesen Hetzartikel. 1982 war das anders. Zahlreiche Abonnenten

Selbstverwaltung in einem Schwellenland

FATSA

Ein Modell wird angeklagt

Diese Broschüre wurde unter Zuhilfenahme zweier Serien aus der nach dem Putsch vom 12. September 1980 verbotenen Tageszeitung **Demokrat** vom Mai und Juli 1980 und einer Serie aus der liberalen Tageszeitung **Cumhuriyet** vom August 1980, sowie verschiedener Artikel in der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift **türkei-information** zusammengestellt.

Preis DM 3.-

ALTERNATIVE TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P.: Helweg, Postfach 180 180, 4800 Bielefeld 18

Leserbrief zu 'Thesen zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit'

Wir haben mehrere Leserbriefe zu diesem Thema bekommen, können jedoch nicht sofort alle Beiträge veröffentlichen. Dafür bitten wir um Verständnis.

Die These von der 'moralischen Korruption' der westdeutschen Bevölkerung dadurch, daß die Arbeiter hier von der Existenz der ausländischen Arbeiter profitieren, finde ich so nicht stichhaltig. Zur Begründung einige Gedanken:

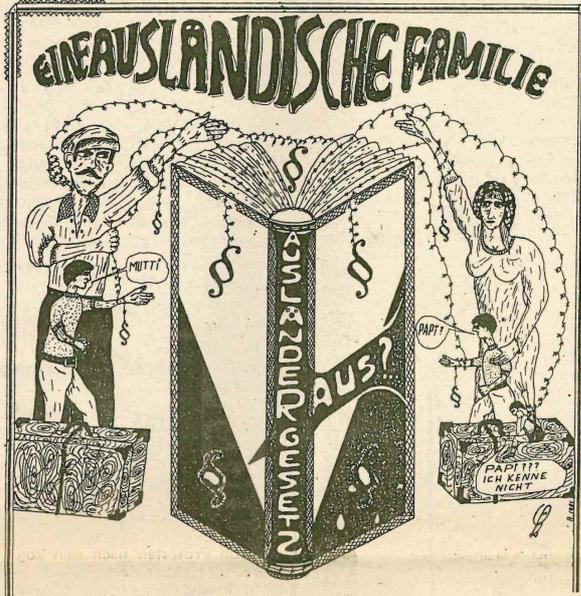
In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die Arbeitslosigkeit in der BRD recht hoch, der Lohn und die Arbeitsbedingungen waren äußerst schlecht. Häufig gab es Arbeitstage von 12 und mehr Stunden. Im Verlauf der 50er Jahre saugte die schnell expandierende neue deutsche Kapitalistenwirtschaft in großem Umfang immer mehr Arbeitskräfte ein, gespeist aus den Quellen der Arbeitslosen, der Frauen und der Flüchtlinge aus der DDR. 1961 war so schließlich die Arbeitslosenquote auf unter 1 % gesunken; der Arbeitsmarkt war leer. Die Position der Arbeiter gegenüber dem Kapital wurde in dieser Phase natürlich immer stärker, sodaß sie relativ leicht Reallohnsteigerungen durchsetzen konnte. Die zunächst vergleichsweise geringe Anwerbung von ausländischen Arbeitern ab Mitte der 50er Jahre sollte vor allem den Zweck erfüllen, den Arbeitsmarkt mit mehr Ware zu versehen und die gestärkte Position der Arbeiterbewegung zu schwächen. Denn mit der Schaffung einer Abteilung in der Arbeiterbevölkerung, die unerfahren, der deutschen Sprache kaum mächtig und vor allem rechtlos war, versprach sich das Kapital bessere Bedingungen für Einbrüche in das Lohnniveau und z.B. bei der Ausdehnung der Schichtarbeit oder der Verschärfung der Akkordsätze.

Diese Absichten wurden zwar nicht im erstrebten Maße für die Kapitalisten verwirklicht, weil sehr schnell die ausländischen Arbeiter engagiert und nicht selten sogar führend an den Kämpfen der westdeutschen Arbeiterbewegung teilnahmen. Dennoch gelang es unter Ausnutzung der Rechtlosigkeit der Ausländer, Einbrüche zu erzielen, z.B. daß an Arbeitsplätzen

gearbeitet werden mußte, die in hohem Maße unfallträchtig oder gesundheitsgefährdend sind (Drecksarbeit) - dazu noch zu niedrigem Lohn. Solche Breschen hatten natürlich Wirkung auf die Lage der ganzen Arbeiterschaft. War die Schichtarbeit erst einmal in einem Bereich neu eingeführt, so war ihre Verhinderung woanders ungleich schwieriger; wurde unter dem üblichen Lohnstandard gearbeitet, konnten sich andere Kapitalisten sofort darauf berufen. Von einem Nutzen für die westdeutschen Arbeiter durch die be-

den die Kapitalisten durch Beschäftigung von Ausländern neben der Ausdehnung des Arbeitsmarktes haben, ist dagegen unübersehbar und setzt sich bis auf die Ebene der Abteilung fort. In welcher Fabrik gab und gibt es nicht Auseinandersetzungen darüber, daß 'arbeitswütige' ausländische Arbeiter - zu äußerster Kraftverausgabung gezwungen - Schuld an den neuen, frisch abgestopften Akkordsätzen seien, anstatt die ständig wachsende Leistungsforderung des betreffenden Unternehmens.

Aus dem Interesse des Kapitals an der Spaltung der Beschäftigten ergibt sich das Interesse an der Aufrechterhaltung der rechtlosen und hilflosen Stellung der Ausländer in der BRD, ihrer gesellschaftlichen Isolierung, an der Förderung der Ausländerfeindlichkeit.



sondere Ausbeutung der ausländischen Kollegen kann da wirklich nicht gesprochen werden, genauso wenig wie ein Nutzen für die männlichen Arbeiter durch die Niedriglohngruppen für Frauen behauptet werden kann. Der Nutzen,

Die öffentliche Propaganda der Parteien, Regierungen und Medien hat von Beginn der Arbeit von Ausländern in der BRD an großen Wert darauf gelegt, diese als unterlegen und charakterlich schlecht darzustellen. Durch gezielte und systematische 'Berichterstattung' machten sie aus den Italienern z.B. ein Heer von Kriminellen, die stehlen wie die Raben, und hitzige Messerstecher, die sich aus geringem Anlaß vergessen, also Leute, von denen Anständige sich fernhalten. Mit derselben Methode beharrlicher Verbreitung von Halbwahrheiten, Verdrehungen und offenen Lügen ging die öffentliche Meinungsbildung auch an die Herstellung eines Türken-Bildes, mit dem wir gegenwärtig zu tun haben. In Zeiten sinkender Reproduktionsmöglichkeiten für die Arbeiterbevölkerung erweist sich dieses Ausländerbild als Möglichkeit, die betroffenen Lohnabhängigen die Schuldigen für die Ergebnisse des kapitalistischen Wirtschaftens untereinander suchen zu lassen, somit Forderungen zum Erhalt der Lebenskraft und Arbeitsmöglichkeit gegenüber den tatsächlichen Verursachern ihrer Not zurückhaltender stellen zu lassen ('Wenn die Ausländer weg sind, wird alles besser').

Die gesürchte Ausländerfeindlichkeit ist für die Arbeiterbewegung von Schaden, da sie ihre Spaltung fördert. Es gibt daher nicht nur moralische Gründe (da keine 'moralische Korruption'), sondern ganz handfeste Motive, sich der Ausländerfeindlichkeit zu widersetzen. In dieser Richtung die Gegenpropaganda zu betreiben, sehe ich als unsere Aufgabe. Deshalb unterstütze ich auch die 5 Thesen, die konkrete Aufgaben festlegen.

Mit solidarischem Gruß J.K., Hamburg



AGFA München

Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will

Fast alle großen Metallfirmen und Betriebe in München kündigen massenweise Entlassungen an, oder wollen, wie z.B. die AGFA, ihr Werk gleich ganz schließen. Die Fa. SIEMENS hat im gleichen Zeitraum etwa an die 3000 Arbeitsplätze vernichtet, und ein Ende ist dabei noch nicht abzusehen. MAN hat 450 Arbeiter entlassen. Jetzt ist es beschlossene Sache, daß das AGFA-Werk geschlossen wird.

Das alles bedeutet, daß noch weitere 3.200 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden. Dadurch, daß massenweise Arbeiter entlassen werden, die Arbeitsetze und der Lohnabbau verschärft werden, wollen die Großkonzerne ihre hohen Profite sichern. Auf diese Weise werden auch viele soziale und politische Rechte von deutschen und ausländischen Arbeitern ebenso abgebaut.

Und dabei werden deutsche und ausländische Arbeiter gegeneinander aufgezett, um von den Ursachen der wirtschaftlichen Krise abzulenken und einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter zu verhindern. Um den Entlassungen und der

Schließung des AGFA-Werkes entgegenzutreten, hatte der DGB am 15. November zu einer Kundgebung im 60er-Stadion aufgerufen.

An dieser Kundgebung haben etwa 15.000 Arbeiter teilgenommen. Nach den Reden einiger Gewerkschafter, wollte auch OB Kiesel sprechen. Stilmäßig mit einem IG-Metall-Anstecker. Er wurde jedoch von fast allen Teilnehmern ausgepiffen. Laut hörte man die Parole "AGFA muß bleiben-Kiesel raus".

Einige Arbeiter hatten ein Transparent an das Dach der Tribüne gehängt. Einige Zivilpolizisten, ebenfalls mit IG-Metall-Ansteckern an der Jacke, wollten das Transparent entfernen und die Betroffenen verhaften bzw. die Personalien überprüfen. Als die Transparenten hänger das Stadion verließen, liefen die Zivilpolizisten hinterher. Nach einigen Minuten kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Zivilpolizisten und protestierenden Arbeitern, die die Verhaftung verhindern wollten.

Ein Mitglied des Türkei-Komitees München

Fortsetzung von Seite 12

Die Kundgebung der FAZ aufgrund des oben erwähnten Artikels. Ein Türke stellte Strafanzeige wegen Volksverhetzung. Es hagelte Leserbriefe von allen Seiten. Und es gab eine große Protestaktion vor den Redaktionsräumen der FAZ in Frankfurt. Es hatten sich etwa 50 Mitglieder verschiedener Initiativen, Komitees und Vereine getroffen, um öffentlich gegen die Ausländerhetze der FAZ zu protestieren (s. Foto). Es bleibt abzuwarten, was aus der Klage wegen Volksverhetzung wird. Vermutlich wird sie, wie schon viele vorher, abgeschmettert. Dies sollte uns jedoch nicht daran hindern, es immer wieder zu versuchen und lautstark das längst überfällige 'Anti-Diskriminierungsgesetz' zu fordern.

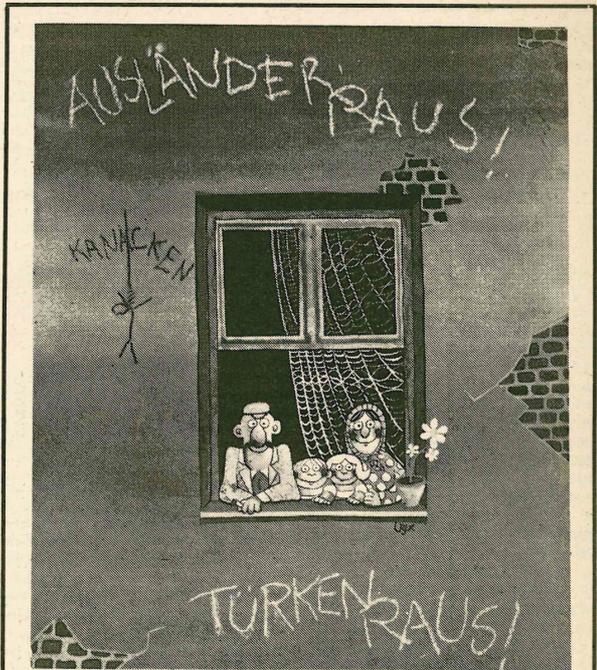
Ausländerpolitik a la IHK: Zwangsgermanisierung oder Rauschmiß In Frankfurt und gleichzeitig in 30 anderen Städten der BRD fanden am Mittwoch, dem 19.1.1983 Protestaktionen vor den Industrie- und Handelskammern statt. Anlaß war ein internes Schreiben, das der Verband der IHKs Nordrhein-Westfalen am 13.9.82 an die Ausländerkommission bei der Landesregierung NRW gerichtet hatte.

"Es ist das erste Mal, daß die Industrie sich offen zu dem bekennt, was sie sich eigentlich unter Ausländerpolitik in der BRD vorstellt: totale Assimilation oder aber Abschiebung" erklärte ein Sprecher des Frankfurter Aktionsbündnisses, dem zahlreiche Ausländergruppen und -initiativen angehören.

In der Tat beinhalten die Forderungen der NRW-IHKs unter anderem, daß nur Ausländer, die bereit sind, ihre nationale und kulturelle Identität völlig aufzugeben und "deutsche Verhaltensnormen" anzunehmen, in der BRD bleiben dürfen. Ansonsten stellen sich die IHKs voll hinter die Forderung, daß Ausländer nur noch bis zum 6. Lebensjahr im Rahmen der Familienzusammenführung einreisen dürfen, und Kindergeld nur noch dann zu gewähren ist, wenn auch die Mutter ins Ausland zurückkehrt. Von dieser Trennung der Familien versprechen sie sich "Anreize zur Rückwanderung". Wer nicht bereit ist, innerhalb einer gewissen Frist seine nationale und kulturelle Identität aufzugeben und auch nicht freiwillig zurückgeht, für den werden in dem Papier "aufenthaltsbeendende Maßnahmen" (z.B. Abschiebung) vorgeschlagen.

"Wir fordern die IHK Frankfurt auf, sich zu äußern, wie sie zu diesen Vorschlägen des Landesverbandes NRW steht" verlangt ein Sprecher, "und außerdem fordern wir den DGB und die gewerkschaftlichen Gremien auf, sich endlich mit Nachdruck gegen diese ausländerfeindliche Politik der Unternehmer und für die berechtigten Interessen der ausländischen Arbeitnehmer einzusetzen."

Das vollständige Papier der IHK kann angefordert werden bei: Redaktionskollektiv 'Schülercho', c/o K.Kommik, Sommerdellenstr. 55, 4630 Bochum 6



POSTER "Ausländerfeindlichkeit in der BRD"

Format: 60 cm x 85 cm Vier-Farben-Druck Stück Poster DM 8,- bei Bestellungen über 4 Stück: DM 6,- (inkl. Porto) Bestellungen bei: Karl Rudolf Kumpers, An der Ronne 9, 5000 Köln 40

Hiermit bestelle ich Stück Poster "Ausländerfeindlichkeit in Deutschland"

Den Betrag in Höhe von DM habe ich auf das Konto: PSChA Köln, Nr. 104223-506, Karl-Rudolf Kumpers, c/o Türkei-Komitee Köln überwiesen.

Der Betrag in Höhe von DM..... liegt als Scheck bei.

ASYL in Deutschland

Die bundesrepublikanischen Gesetzgeber können sich noch damit rühmen, daß im Jahre 1946 das Asylrecht im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert wurde:

Politisch Verfolgte genießen Asylrecht
Art. 16 Abs. 2 GG

Zweifellos hat dieses Recht, das in dieser Form als Grundgesetzartikel einzigartig auf der Welt ist, Hintergründe in der neueren deutschen Geschichte. Zwischen den Jahren 1933 und 1945 gab es mehr als 360.000 Juden, Demokraten, Antifaschisten und Kommunisten, unter ihnen 35.000 politisch Aktive, die vor den faschistischen Hitler-Schergen Asyl im Ausland suchten. Namhafte Flüchtlinge wie Bert Brecht oder Willy Brandt, sowie andere verfolgte Intellektuelle und Schriftsteller wurden aufgenommen und konnten ihre Existenz auch in der Fremde bewahren.

Auf der anderen Seite hatte die überwiegende Mehrheit der Emigranten große Schwierigkeiten. Die damals 'proletarische Emigranten' genannten Flüchtlinge wurden leicht zum Spielball, zumal die benachbarten Staaten diese nicht aufnehmen wollten, da sie die Konsequenzen, die damit verbunden wären, fürchteten. So wurde ihnen von den meisten Gastländern ein mehr oder weniger problematisches Asyl bei strengstem Verbot der Arbeitssuche und des Erwerbs gewährt.

Nach der Gründung der Bundesrepublik hat der Parlamentarische Rat aus dem Ergebnis des Dritten Reichs die Konsequenz gezogen, ein persönliches, subjektives Recht des politisch Verfolgten auf Asyl zu begründen und dem Recht als Grundrecht Verfassungsrang zu geben. So sollte dieses Gesetz einer Einschränkung durch einfaches Gesetz entzogen werden. (Richard Schmid in 'Asyl bei den Deutschen' H. Spaich-Hg.)

Eigentlich soll dieses Grundgesetz Art. 16 Abs. 2 auch heute noch gültig sein und bedingungslos angewendet werden. Aber die Praxis schaut anders aus: an den bundesdeutschen Grenzen erwartet die Asylsuchenden Visumzwang, Verteilung in verschiedene Gebiete, Sammellager... und Arbeitsverbot!

Wir fragen uns, inwieweit diese Praxis noch mit dem ursprünglichen Gesetz zu tun hat. Ohne Frage kann man aus der heutigen Situation schließen, daß versucht wird, das Recht auf Asyl aufs Schärfste auszuhöheln. Wie und wann hat diese Entwicklung begonnen?

Bis zum Jahr 1965 gab es ein Ausländergesetzbuch, das auch das Asylrecht beinhaltete. Ab diesem Zeitpunkt wurden sie voneinander getrennt, womit die BRD jetzt ein Ausländerrecht und ein Asylverfahrensrecht hat. Es ist kein Zufall, daß die neuen Entscheidungen im Asylrecht ab dem Jahre 1975 eingetreten sind. In diesem Jahr begann eine zunehmende politische Diskussion, in der bestimmte Kreise eine Ausländerbegrenzung forderten. Diese Diskussionen dauerten bis 1979, wo das 1. Beschleunigungsverfahren im Asylrecht verabschiedet wurde. Dies beinhaltete, daß das Widerspruchsverfahren bei der 2. Verwaltungsinstanz in Zirndorf (Bayern) aufgehoben wurde. 1980 entstand das 2. Beschleunigungsgesetz auf Drängen des Bundesverwaltungsgerichts, das die bisherige Anwendung ablehnte, wonach die Verfahren von dem jeweiligen Grenzschutz entschieden werden sollten. Das 2. Beschleunigungsgesetz beinhaltet die Weiterleitung des Antrags auf Asyl an die zuständige Behörde. Die Folge daraus sollte sein, daß theoretisch niemand von der Grenze abgewiesen werden durfte. 'Schutz vor Abschiebung und

vor Zurückweisung', genauer, das Recht, in die Bundesrepublik hineinzukommen, mußte rechtlich gewährleistet werden, da es sonst verfassungsrechtlich nicht akzeptabel war. Denn das Grundrecht auf Asyl beinhaltet auch: **Schutz derer, die behaupten, verfolgt zu werden.**

Seit dem 1. August 1982 gibt es eine neueste Fassung des Asylverfahrensgesetzes. Ein Punkt, der neu aufgenommen wurde ist, daß ein Wiederholungsantrag als 'unbeachtlich' ersehen werden darf, falls keine neuen Inhalte formuliert sind. In diesem Fall droht die Abschiebung. Einen anderen Aspekt berührt der Paragraph 2 Abs. 2: Wer anderweitigen Schutz hat, bekommt kein Asyl. Hierbei ist eine Anhörung des Asylbewerbers nicht erforderlich. Dagegen kann geklagt werden, wobei bei einer Ablehnung keine aufschiebende Wirkung eintritt, und der Bewerber nach einer schriftlichen Fristsetzung ausgewiesen wird. Nach dem Gesetz darf jedoch in solchen Fällen kein Asylbewerber direkt zurückgewiesen werden. Dies ist jedoch höchst problematisch, da viele Fälle der Willkür des

dessen Anwalt aber außerhalb des Bezirkes wohnt, benötigt eine 'Erlaubnis' der Ausländerbehörde, um zu seinem Anwalt gehen zu können. In den meisten Fällen wird ihm die Zusage nach 4-5 Tagen erteilt. Diese Handlungsweise, bei der der Asylbewerber nach der erkennungsdienstlichen Behandlung einer zentralen Verteilung unterliegt, widerspricht dem Grundrecht auf Freizügigkeit. Aber es bleibt nicht nur bei dieser einen Grundrechtsunterlaufung:

1. Grundrechtsunterlaufung: Visumzwang für jeden in die BRD einreisenden Ausländer. Das heißt: *Ohne Visum kann kein Flüchtling sein Land mehr mit einem Flugzeug in die BRD verlassen* - die Stewardess weist ihn bereits im Heimatland zurück.
2. Grundrechtsunterlaufung: Wem die Flucht gelingt, der muß entweder direkt an der Grenze oder unmittelbar danach beim lokalen Ausländeramt einen Asylantrag stellen. Sollte 'Rechtsmißbrauch' festgestellt werden oder, daß der Asylsuchende bereits anderweitig Schutz gefunden

Behörde in Zirndorf weitergeleitet. Die Asylbewerber werden danach in der BRD 'verteilt', wobei auf Wohnortwünsche keine Rücksicht genommen wird.

4. Grundrechtsunterlaufung: Einer Gemeinde zugeteilt, untersteht der Asylbewerber der jeweiligen Ausländerbehörde und dem Sozialamt. Somit beginnt die Abschreckung. Dem Asylbewerber wird ein Arbeitsverbot für 24 Monate erteilt, womit er auf Sozialhilfe angewiesen ist. Dieser Sozialhilfesatz wurde in allen Bundesländern einheitlich um 10 % gekürzt. Trotz des Arbeitsverbotes werden die Asylbewerber in manchen Bezirken zu 'gemeinschaftlichen und zusätzlichen' Arbeiten herangezogen. Das heißt, daß sie zur Pflege von Friedhöfen und Grünflächen, bei Kläranlagen u.s.w. eingesetzt werden, und zwar für einen Stundenlohn zwischen DM 1,- und 2,-.

Die Asylbewerber werden in Sammellager eingewiesen. (Sammellager heißt in Englisch 'concentration camps'; vielleicht nennt man sie heute deswegen Sammellagerkünfte.)

5. Grundrechtsunterlaufung: Bevor das Bundesamt zu einer Entscheidung über den Asylantrag kommt, ist ihm eine Prüfung des Sachverhalts gesetzlich vorgeschrieben. Das bedeutet, eine Analyse der politischen Situation im Herkunftsland und eine eingehende Beschäftigung mit dem Asylantrag des Asylbewerbers. Das erste fällt

ein Problem der Zahlen gewesen. Seit der Geburtsstunde des Artikels 16 bis zum 31. Dezember 1979 haben lediglich 238.219 Personen bei uns um politisches Asyl nachgesucht, nur 49.255 von ihnen wurden als Asylberechtigte anerkannt. Dagegen zählten die Vereinten Nationen z.B. im Weltflüchtlingsjahr 1960 60 Millionen Flüchtlinge. Über die Anzahl der heute auf der Flucht befindlichen Menschen gehen die Schätzungen auseinander. 17 Millionen werden teilweise geschätzt. Tatsächlich dürfte ihre Zahl weitaus höher sein. Die Zahlendiskussion in der Bundesrepublik geht also an den Realitäten vorbei. Ihr Zweck ist eindeutig: Abschaffung des Artikels 16.' (aus Reinhard Marx, a.i., in: Spaich, H.-Hgb.) Das Schema Nr. 2 macht deutlich, daß die Bundesrepublik bei weitem nicht von Asylbewerbern 'überflutet' ist. Die meisten Flüchtlinge wurden von den ärmsten Ländern der Welt aufgenommen. Ohne Zweifel ist das auch durch ihre geographische Lage bedingt.

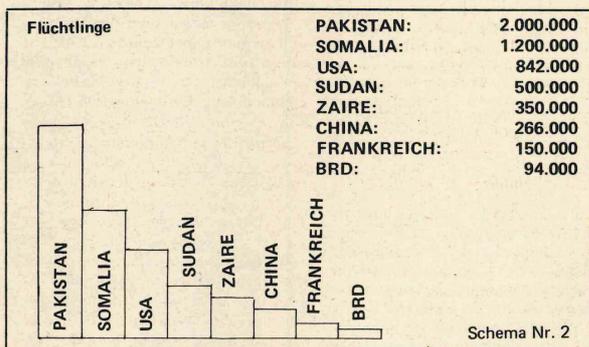
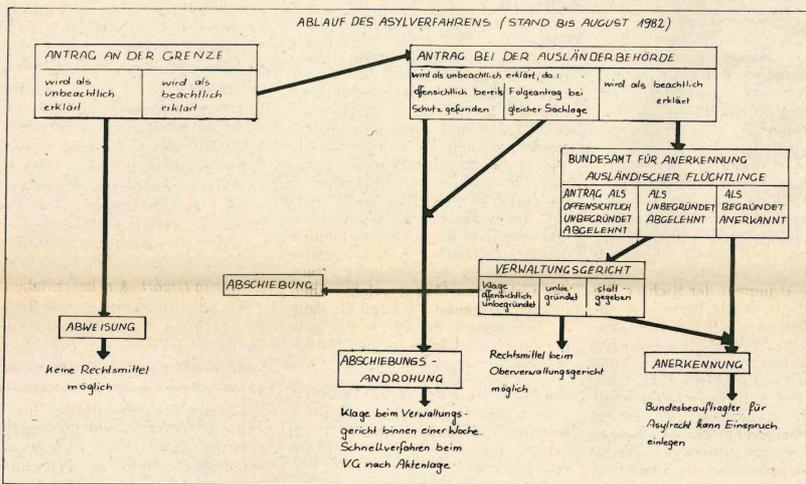
Viele Meinungen schon vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes deuteten darauf, daß dieses makabre Spiel um die Asylbewerber anlaufen würde. Doch alle Aussagen wurden von dem CSU-Abgeordneten und jetzigen Innenminister der BRD, Friedrich Zimmermann übertroffen: 'Ich möchte lieber von der Sorge unserer Bürger vor Überfremdung sprechen. Diese Sorge ist berechtigt. Wir müssen die Ursachen beseitigen. Das heißt: Wir müssen die Flut der Asylanträge eindämmen. 90 % von ihnen werden gar nicht politisch verfolgt, sondern kommen aus rein wirtschaftlichen Gründen. Es gibt weder eine politische noch eine moralische Rechtfertigung, sie aufzunehmen. Wir müssen die Asylverfahren beschleunigen und die Kontrollen verschärfen. Man könnte z.B. Sammellager an der Grenze errichten, wo das Asylverfahren sofort abgewickelt wird. Das würde viele abschrecken.' (Bild-Zeitung vom 27.3.1982)

Auch wenn man die Wortwahl des Herrn Zimmermann kritisieren kann, so hat er ein Talent: auch er hat mit beigetragen, daß diese Änderungen und 'Verbesserungen des Asylrechts' inkraftgetreten sind. Es ist kein Wunder, denn der 'Frei-Staat Bayern hat immer eine Vorreiterrolle in dieser Beziehung ausgeübt, da dort zum ersten Mal Sammellager aufgebaut wurden. Neben dem auf Drängen der Bayerischen Staatsregierung eingeleiteten 2. Beschleunigungsverfahren, kann sich Bayern auch damit rühmen, daß eben dieses Verfahren aufgehoben wurde und selbst das geändert wurde: 'Entsprechende Vorschläge hat der Bundesrat unter maßgeblicher Beteiligung der Bayerischen Staatsregierung erarbeitet und bereits am 19.12.1980 als Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens im Deutschen Bundestag eingebracht' (Pressekonferenz von Staatsminister Pirkel, 5.5.1982). Der Vorschlag des Landkreisesverbandes Bayern vom 26. Juli 1982 basiert auf diesen Entwicklungen: 'Die unerwünschte Integration (Asylsuchender) in die deutschen Lebensverhältnisse (ist durch) bewußt karge lagermäßige Unterbringung zu verhindern. Sie muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden. Eine Arbeitsaufnahme ist im Interesse abschreckender Zustände (abzulehnen).'

So kann die Bayerische Regierung stolz auf die Abschreckungsmaßnahmen sein: Im Vierteljahr 1982 wurden 15% weniger Asylanträge als im vergleichbaren Zeitraum 1981 gestellt.

Die CDU-CSU/FDP Koalitionsregierung nimmt diese Beispiele als Vorbild für ihr weiteres Programm auf und sagt: 'Um dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam zu begegnen, sind weitere Maßnahmen erforderlich, insbesondere: die Asylbewerber erhalten für die Dauer des Asylverfahrens grund-

Fortsetzung nächste Seite



jeweiligen Grenzschutzes überlassen werden, was die Folge hat, daß ohne eine Überprüfung Zurückweisungen erfolgen. § 25 des neuen Asylverfahrensrechts sagt, daß jeder Asylbewerber seinen Paß bei der Ausländerbehörde hinterlegen muß. Damit will man angeblich das 'Fälschen' oder gar das 'Verlieren' von Pässen unterbinden. Bis August 1982 gab es verschiedene Definitionen des Aufenthalts von Asylbewerbern in der Bundesrepublik. Die Duldung bedeutet gewissermaßen das Absehen von Abschiebemaßnahmen. Das Bundesverwaltungsgericht plädierte auf eine *Aufenthaltserteilung für Asylbewerber*. Der Gesetzgeber jedoch wehrte sich dagegen, womit der § 20 entstand: *Aufenthaltserteilung für Asylbewerber nur für bestimmte Bezirke*.

In der Praxis sieht das so aus: ein Asylbewerber, der nach der 'Verteilung' in einem Sammellager lebt,

hat, ist diesen Behörden unter Umgehung des vorgesehenen Rechtsweges sofortige Abschiebung möglich. Die Begründung des anderweitig gefundenen Schutzes wird besonders häufig für die Abschiebung verwendet, wenn ein Flüchtling z.B. von einem Durchreiseland vorübergehend Papiere ausgestellt bekommen hat. 'Rechtsmißbrauch' ist eine Verwaltungsvorschrift-Formel ohne nähere Inhalt, die der Willkür des Grenzbeamten oder der Ausländerbehörde überlassen ist.

3. Grundrechtsunterlaufung: Ist der Antrag eines Flüchtlings an der Grenze angenommen worden oder hat er ihn direkt bei einer lokalen Ausländerbehörde gestellt, so haben diese in jedem Fall ein Vorprüfungsrecht, denn sie entscheiden zuerst einmal ob ein Asylbewerber überhaupt als solcher anerkannt wird. Erst nach der Vorprüfung wird der Antrag an die zentrale

flach, da die Auskünfte aus den Akten des Auswärtigen Amtes stammen, das sich hütet, Kritisches über z.B. die Türkei zu äußern. Das letztere fällt auch flach, da der Asylbewerber nicht informiert wird, wie und in welcher Form er seinen Antrag zu formulieren hat.

6. Grundrechtsunterlaufung: Gegen die Entscheidung des Bundesamtes konnte der Asylbewerber bis jetzt vor dem Landesverwaltungsgericht klagen. Seit August 1982 ist dies aber eingeschränkt worden. Offiziell heißt es, man wolle die Verfahren beschleunigen. Praktisch und inoffiziell heißt es: man macht kurzen Prozeß mit Asylbewerbern.

Mit einer solchen Klage befaßt sich beim Verwaltungsgericht nicht mehr eine Kammer (3 Berufs-, 2 Laienrichter), sondern ein Einzelrichter, wobei die Berufung gegen eine Ablehnung nur eingeschränkt möglich ist. Eine mündliche Verhandlung muß nun vor dem Verwaltungsgericht nicht mehr stattfinden. Das war die einzige Möglichkeit für einen Asylbewerber, sich direkt verteidigen zu können. Mit dem abschlägigen Urteil des Verwaltungsrichters wird der Asylbewerber abgeschoben. Was ihn erwartet, ist weitaus schlimmer als vor seiner Flucht, denn die Unterlagen über das Asylverfahren begleiten ihn nicht selten mit.

Und das alles, weil die Bundesrepublik angeblich von 'Scheinasylanten überflutet' ist. Hierzu ein Zitat: 'Das Asylproblem war im Grunde genommen nie

sätzlich keine *Arbeitslaubnis* - Sozialhilfe ist in Form von *Sachleistungen* zu gewähren." (SZ, 29.9.1982)

Allein die zweite Bestimmung widerspricht dem Leitsatz der Genfer Flüchtlingskonvention: "Ein Asylbewerber benötigt nicht nur Schutz, sondern auch Mindestlebensstandard."

Alle diese Maßnahmen und Verordnungen beinhalten

- Willkür des Grenzschutzes
- Willkür der Bürokraten (z.B. lautet es im § 20 Abs. 2 des Asylgesetzes, daß bezüglich der Wohnsituation Auflagen gemacht werden können. Das ergibt z.B. unmenschliche und erniedrigende "Hausordnungen" in Sammellagern, wo, wieder als Beispiel, die Dauer des An- und Auskleidens, sowie des Brausebades vorgeschrieben ist - wie in einem Sammellager in Aachen.)

- Abschreckung! Maximale Verschlechterung des Aufenthaltes, mit dem Ziel, diese Asylbewerber schlichtweg mit einem Tritt aus dem Land zu verjagen.

Das Ergebnis dieser Methoden sowie der Gesetzesänderungen: aus der Türkei wurden, obwohl keine genauen Angaben vorhanden sind, im Jahre 1981 bis ca. 5 % der Asylbewerber anerkannt, aus Indien 0 %. Im Fall der Türkei will man den Partner nicht vergrämen. Viele Asylanträge, deren Inhalte stichhaltig waren, wurden abgelehnt. Es sei hier nur das Mannheimer Oberverwaltungsgerichts-Urteil genannt, wo gesagt wurde, daß Folter kein Asylgrund sei. In dem Urteil gegen einen Asylbewerber aus der Türkei wurde gesagt, man wisse, daß es in der Türkei eine Militärdiktatur mit einem Militärrecht gibt. Man wisse auch, daß die Folter bei politischen Verfahren ein Regelfall ist. Aber nun sei Ruhe und Ordnung eingekehrt. Um diese aufrecht erhalten zu können, dürfe ein Staat sich gegen Separatismus wehren, mit Strafen drohen. Kein Staat könne seinen Bestand, seine territoriale Gesamtheit einer Bedrohung aussetzen. Also sei die Folter in diesem Fall keine politische Verfolgung.

Zur Folterbegründung wurde gesagt: Wenn der Staat Separatismus verfolgen darf, dann muß er sich effektiv wehren können. Dann kämpft der Staat nicht gegen politische Gedanken, sondern für die Wahrung seines Bestandes. Wenn der Separatismus im Untergrund arbeitet, muß der Staat alles ihm mögliche versuchen, um ihn zu bekämpfen. Dieses Urteil widerspricht der Definition des Bundesverwaltungsgerichtes, das besagt, daß eine politische Verfolgung von asylrechtlicher Bedeutung ist, wenn diese vom Staat selber ausgeht.

Das Mannheimer Urteil hat inhaltlich das bisherige Asylrecht verlassen, weil gesagt wird, daß nicht jede politische Meinung verteidigungswürdig ist.

Nach dem Bundesverwaltungsgericht ist aber jede politische Verfolgung eine Verfolgung: aufgrund dieser Tatsache wurde die Revision zugelassen.

Es ist schwer zu glauben, daß diese Revision neue oder gar verbesserte Ansätze im Asylrecht einleiten könnte. Alle Entwicklungen deuten darauf hin, daß noch massivere Verschärfungen, und das nicht nur im Asylrecht, eintreten werden. Es ist augenscheinlich, daß diese Gesetzesänderungen eng mit den politischen Maximen und der politischen Lage verflochten sind. Die Parteien, die seinerzeit dieses Grundgesetz befürwortet und legalisiert haben, gehen heute ohne Skrupel darüber hinweg und handeln sogar gegen das Gesetz.

Zweifelloos stehen alle, die an dieses antifaschistische Recht glauben, vor der Aufgabe, mit allen Mitteln gegen seine Aushöhlung zu kämpfen. Deshalb fordern wir:

Schluß mit der Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl!

amnesty international: Jede Folter ist politisch motiviert!

Angeichts der steigenden Zahl von Fällen, in denen Asylbewerber abgelehnt werden, obwohl sie im Heimatland mit Folterungen zu rechnen haben, fühlte sich die Sektion der Bundesrepublik von ai veranlaßt, zur Beachtlichkeit der drohenden Folter bei Asylverfahren Stellung zu nehmen. Insbesondere begründen die Richter die Ablehnung des Asylgesuchs damit, daß man unterscheiden müsse, ob die Motivation des folternden Staates eine politische sei, oder eine strafrechtliche, ai betont, daß schon dieser Ausgangspunkt falsch ist, denn "jede Folter ist als solche politisch motiviert", da sie den Menschen immer zu einem bloßen Objekt staatlichen Handelns herabwürdigt. Außerdem verstößt die Folter gegen Bestimmungen verschiedener internationaler Abkommen und Konventionen und nicht zuletzt auch gegen den Artikel I Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: "Die Würde des Menschen ist unantastbar". In diesem Grundrecht, das für alle Menschen gilt, gibt es keine Einschränkung oder irgendwelche Ausnahmen, bei denen die Unantastbarkeit aufgehoben werden könnte. "Ein Ziel, das staatliche Behörden mit dem Mittel der Folter verwirklichen wollen, kann daher aus völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Gründen niemals legitim sein." (ai)

Im übrigen ist zu beachten, daß selbst diejenigen, die eine Unterscheidung zwischen strafrechtlich und politisch motivierter Folter machen, zugeben müssen, daß gerade in Fällen mit politischem Hintergrund Folter und Mißhandlungen gehäuft vorkommen. Auch das Argument der Richter, die Folter sei, z.B. in der Türkei, ein allgemein kriminalpolitisches Phänomen, kann keine Ablehnung des Asylgesuchs rechtfertigen, denn die Folter stellt eine der Praktiken dar, "...die einer auf die Ermittlung strafrechtlich relevanten Verhaltens und dessen schuldangemessene Sühne ausgerichteten Straferechtspflege wesensfremd sind, weil sie letztlich auch die Überführung Unschuldiger zum Ziele haben." (OVG Saarland, zit. nach ai). Nach Auffassung von ai muß "in jedem Fall der drohenden Folter Asyl gewährt werden. Dies gilt unabhängig davon, welcher Staatsangehörigkeit der Asylsuchende ist." Der aus der zutreffenden Auffassung, daß politische Häftlinge schwerer gefoltert werden als andere gezogene Schluß des VGH Baden Württemberg, je gebräuchlicher die Anwendung von Folter in einem Land ist, desto weniger haben Flüchtlinge aus diesem Land Anspruch auf politisches Asyl, ist jedoch verfassungsrechtlich nicht begründbar.

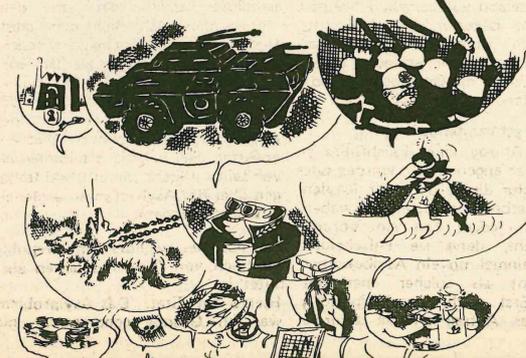
Derselbe VGH sagt auch: "Politischen Charakter hat die Strafverfolgung dann, wenn sie eingesetzt wird, um politisch Andersdenkende zu disziplinieren und einzuschüchtern, oder um Minderheiten zwangsweise zu assimilieren." (zit. nach ai). Genau dies geschieht mit den Kurden in der Türkei; sich als Kurde zu bekennen, die kurdische Sprache zu sprechen, seine Kultur zu pflegen reicht hier schon aus, um verurteilt und eingesperrt zu werden, weil dies alles als 'Separa-

tismus' bestraft wird. Dies gilt übrigens auch für Türken wie Ausländer, die sich in der Türkei mit dem Kundentum befassen, wie z.B. der deutsche Reiseleiter Ralph Braun. Eine Einschränkung politischer Grundrechte für bestimmte ethnische oder politische Gruppen ist nach Art. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jedoch nicht zulässig. Deswegen können dem widersprechende Gesetze eines Verfolgerstaates nicht als Maßstab dafür verwendet werden, ob der Asylbewerber sich eines kriminellen Vergehens schuldig gemacht hat.

Genau diese Maßstäbe legt aber der Hessische VGH an, wenn er in einer Urteilsbegründung schreibt: "Da separatistische Bestrebungen mit der Errichtung eines eigenen Kurdenstaates und hierauf gerichtete Propaganda nach den Vorschriften der Art. 141 und 142 des türkischen StGB bestraft werden können und es für die Unterscheidung zwischen einer Verfolgung kriminellen Unrechts und einer Verfolgung aus politischen Gründen entscheidend auf die Motive für die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ankommt (...), ist der Kläger nach Überzeugung des Senats nicht wegen seiner kurdischen Volkszugehörigkeit oder wegen seiner (...) politischen Gesinnung dreimal festgenommen (...) worden, sondern im Zuge gewöhnlicher strafrechtlicher Ermittlungen." Fast alle politischen Gefangenen in der Türkei werden nach Art. 141 oder 142 des türkischen StGB angeklagt und verurteilt. Wenn also die bundesdeutschen Gerichte in ihren Urteilsbegründungen die Rechtsauffassung der türkischen Militärgerichte übernehmen, bedeutet dies, daß die deutschen Gerichte die Praxis der politischen Verfolgung in der Türkei sichtlich verneinen.

Die Folter ist in der Türkei verboten. Jedoch sind die bekannten Hauptfolterzentren mit speziellen Folterinstrumenten ausgestattet. Somit ist auch die türkische Regierung für die Folterungen verantwortlich zu machen und kann sie nicht als "Übergriffe einzelner Polizisten oder Soldaten" bagatellisieren. Folter wird also planmäßig eingesetzt, und die türkische Regierung hat auch auf Drängen von ai bisher nichts dagegen unternommen.

Es werden zwar in der Türkei bekannte Folterer festgenommen, jedoch übernahm das Gericht in zahlreichen Fällen bereitwillig die Erklärung der Polizei, der Gefangene sei aus dem Fenster gesprungen und habe so Selbstmord verübt. Auch wenn Urteile ergehen, sind sie selten effektiv bzw. äußerst mild. So wurde z.B. der Polizist Enver Göktürk wegen Folter mit Todesfolge zusammen mit zwei seiner Kollegen zu einem Jahr Haft verurteilt, alle drei kamen jedoch noch vor der Urteilsverkündung frei. Enver Göktürk setzt seinen Dienst im Polizeipräsidium fort. Der Fall Mustafa Haskiris, der ebenfalls oft als Beweis für die Verfolgung von Folterern angeführt wird, ist bekannt. Er wurde zu 14 Jahren Haft verurteilt, aber schon aus der Untersuchungshaft entlassen und befindet sich seither auf der Flucht.



Skandalentscheidungen gegen Asylbewerber aus der Türkei

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hat nach dem Regierungswechsel in Bonn eine noch restriktivere Haltung gegen Asylbewerber aus der Türkei eingenommen, als je zuvor. Es ist bekannt, daß praktisch alle Flüchtlinge aus der Türkei als Wirtschaftsasylanten betrachtet werden. Aber nun hat das Bundesamt in mehreren eindeutigen Fällen eine Haltung eingenommen, die sowohl die faschistische Militärdiktatur in der Türkei legitimiert, als auch Folter und Todesstrafe gutheißt. Dies wird dann zur Begründung, um den Verfolgten keinen Schutz in der Bundesrepublik zu gewähren.

Wir haben in diesem Artikel exemplarisch zwei Fälle herausgegriffen. Der erste Fall bezieht sich auf den kurdischen Rechtsanwalt Serafettin Kaya und der zweite auf den Studentenführer Abdullah Bülent Uluer.

1. Serafettin Kaya

Der kurdische Anwalt Serafettin Kaya (zuletzt) in Diyarbakır tätig, verfuhr über eine bewegte Vergangenheit. Er hat sich 1977 um einen Sitz im Parlament beworben, war Vorsitzender der Anwaltskammer in Muş und hat in den 70er Jahren in unzähligen Prozessen Oppositionelle verteidigt. Diese Tätigkeit brachte ihn schließlich selber ins Gefängnis. Zwischen Februar und September 1981 verbrachte Serafettin Kaya seine Zeit zusammen mit einigen seiner Mandanten im berüchtigten Militärgefängnis von Diyarbakır. Diese Zeit hat er in dem Buch "Diyarbakır'da İskence" (Folter in Diyarbakır) beschrieben.

Nachdem ihm unter großen Risiken die Flucht ins Ausland gelungen war, wurde er vom Militärgericht in Diyarbakır in Abwesenheit zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren verurteilt. Serafettin Kaya hat praktisch mit dem Tag seiner Ankunft begonnen, die europäische Öffentlichkeit über die Zustände in der Türkei der Junta und in Türkisch-Kurdistan aufzuklären. Dies würde ihm bei einer Rückkehr in die Türkei automatisch angelastet werden.

Wie aber entscheidet das Bundesamt für politische Flüchtlinge? Ablehnung. Die Strafe wegen Organisationszugehörigkeit in der Türkei sei nicht politisch und der türkische Staat habe ebenfalls ein Recht, sogenannte separatistische Bestrebungen (Propaganda) im Ausland zu verfolgen. Der Anwalt von Serafettin K. stellt denn auch in einer Presseerklärung fest, daß hier wohl die Interessen der NATO den Ausschlag für eine Entscheidung des angeblich unabhängigen Amtes in Zirndorf abgegeben haben. Die Tatsache, die in der Außenung des Sachbearbeiters Dirnhofer zum Ausdruck kommt, ist dabei der eigentliche Skandal. Erst wollte Dirnhofer den Fall abgeben, weil er merkte, daß ein positiver Entscheid gefällt werden müsse. Als er dann seinen Entwurf nach 'oben' einreichte, wurde dieser Entwurf ihm zurückgegeben, mit der Auflage, ihn zu korrigieren.

Das Ergebnis ist erschütternd. Wie heißt es doch in dem Bescheid?

"Der Antragsteller wurde nämlich weder wegen seiner kurdischen Volkszugehörigkeit noch wegen seiner politischen Überzeugung verfolgt, sondern im Zusammenhang mit dem Verdacht, in Verbindung mit illegalen kurdischen Organisationen gestanden zu haben und aktiv die von diesen betriebenen separatistischen Tendenzen gefördert und unterstützt zu haben."

Organisationsmitgliedschaft ist also nichts Politisches, lautet hier die Konsequenz. Aber hier soll es wohl heißen, organisierte Tätigkeit mit

dem Ziel, einen Teil der Türkei aus dem Staatsverband zu lösen, ist kein politisches, sondern ein kriminelles Verbrechen. Das Bundesamt schwingt sich dabei zu einer Autorität auf, die entscheiden will, wer in der Türkei zu bestrafen ist und wer nicht.

An der Stelle, wo z.B. alle Angeklagten des Rizgarî-Prozesses (hier wurde Serafettin angeklagt) davon sprachen, daß es keine Organisation, sondern lediglich eine Zeitschrift des Namens gab, um die sich Sympathisanten scharten, weiß es das Bundesamt besser. Es war eine Organisation, selbst wenn viele solcher Organisationen den Eindruck eines Sympathisantenkreises erweckten. Weil Serafettin nun bei seiner Anhörung genau das Gleiche sagte, wie die Angeklagten in Diyarbakır, wird er ungläubwürdig, weil er laut Bundesamt die Tatsache einer real existierenden Organisation leugnet.



Asylsuchender Kaya

Das Bundesamt kann die Zustände in Türkei-Kurdistan auch besser beurteilen, als der erfahrene Anwalt. So wird eine Aussage von ihm schlichtweg als der Versuch interpretiert, "das Problem des kurdischen Terrorismus zu verniedlichen". Nach all diesen haarsträubenden Feststellungen kommt der Bescheid auf Seite acht zu dem Schluß, daß "die strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahmen, denen der Antragsteller ausgesetzt war, keine politische Verfolgung darstellen." Kurze Zeit darauf heißt es: "Auf die grundsätzliche Unterscheidung zwischen politischen bzw. nicht politischen Strafbeständen kommt es bei der asylrechtlichen Würdigung nicht an."

Dann kommt es aber ganz dick:

Die türkische Strafjustiz lege sich selber eine "Selbstrestriktion" auf und habe nur Urteile gegen wer wirklich als Gewalttäter erkannte Personen erlassen. Auch das Urteil gegen Funktionäre der Lehrervereinigung TÖBDER mit acht und neun Jahren Zuchthaus war als rechtmäßig dargestellt. Für Kurdistan werden sogar "generalpräventive Maßnahmen" als legal dargestellt, weil der türkische Staat das berechtigte Interesse hat, die Unabhängigkeitstendenzen der größten Minderheit zu unterbinden.

In diesem Zusammenhang wird dann auch die Folter gerechtfertigt, weil es dabei lediglich auf die Motivation des Verfolgerstaates ankommt. Wenn also ein Staat damit Verbrecher bestraft, dann ist das rechtmäßig.

Wie man politische Betätigung im Ausland als kriminelles Delikt darstellt, zeigen dann die nächsten Zeilen:

"Auch die Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung wegen separatistischer Tätigkeit nach der Ausrei-

Große Koalition gegen Ausländer

Fortsetzung von Seite 15

se aus der Türkei kann nicht als politische Verfolgung angesehen werden, weil es an einem der in Artikel I A Zif 2 Genfer Konvention näher beschriebenen Verfolgungsgründe fehlt."

Etwas weiter unten:

"Es muß deshalb als zulässig angesehen werden, daß der türkische Staat - anders als z.B. die Bundesrepublik Deutschland - separatistischen Bestrebungen schon dann mit Strafe droht, wenn sie, wie im gegebenen Fall, nicht auf Gewalttätigkeiten hinauslaufen, sondern lediglich in Form einer Meinungsäußerung sich manifestieren."

Hier werden klassische Asylgründe in ihr genaues Gegenteil verkehrt. Schon die Meinungsäußerung eines Menschen wird zum kriminellen Delikt, das nach einer Bestrafung verlangt. Die Türkei hat also nach dieser Rechtsprechung das gute Recht, alle Oppositionellen in die Kerker zu werfen. Personen die vor dem Faschismus aus Deutschland flohen, hätten unter einer solchen Rechtsprechung auch kein Asyl mehr bekommen.

2. Abdullah Bilent Uher

Bei dem 1952 in Kastamonu geborenen Studentenführer ist die Sachlage etwas anders. Er war auch in Gefangenschaft und wurde durch einen Staatsanwalt wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch er ist nach dem Militärputsch geflohen. Gegen ihn wird aber derzeit in der Türkei noch ein Verfahren durchgeführt, in dem er aber ganz sicher mit einer hohen Freiheitsstrafe rechnen muß.

Weiter kann A. Bilent Uher keine kurdische Volkszugehörigkeit geltend machen. Außerdem war er führend in der später verbotenen Jugendorganisation DEV-GENC tätig. Er hat also aktiv an der Aufbauarbeit einer oppositionellen Gruppe teilgenommen.

Das Bundesamt für ausländische Flüchtlinge verstrickt sich aber in der Begründung dieses ablehnenden Bescheides ebenfalls in Widersprüche. Zunächst einmal wird festgestellt:

"Soweit sich der Antragsteller auf asylrelevante Verfolgungsakte des Staates wegen seiner für DEV-GENC entfaltenen Aktivitäten, deren Mitbegründer und erster Vorsitzender er ab 1976 gewesen sei, beruft kann sein Vorbringen nicht zur Asylbegründung führen."

Das Bundesamt beruft sich dabei auf eine ihrerseits als feststehend gedeutete Erkenntnis, daß Dev-Genc eine von "vorherin verbotene Untergrundbewegung war, durch deren Bestrebungen sowohl türkisches Staatsrecht als auch Verfassungsrecht verletzt wurden." Dann widerspricht sich das Bundesamt selbst, indem es (nur am Rande) erwähnt, daß diese Gruppierung in der Anfangszeit sich in legalen Studentenvereinen organisiert hat. Kurz darauf aber kommt sie mit der ungeheuren Erkenntnis: "Die türkische Entwicklung ist der deutschen Formierung des linken Terrorismus der Bader-Meinhof-Gruppe vergleichbar."

Der Vorwurf eines Bankraubes wird Bilent U. dann so ausgelegt, daß er mit seiner angeblichen politischen

Überzeugung sowieso nur kriminell tätig gewesen sei. Als Beweis werden dann seine Worte auf einer Kundgebung zitiert, in der er von den "Opfern des revolutionären Kampfes" spricht. Damit habe er die ihm vorgeworfenen Straftaten verwirklicht. Eine ungläubliche Interpretation.

Wie inzwischen auch in vielen Verwaltungsgerichtsurlteilen festgestellt ist die Folter für das Bundesamt nichts Besonderes. Nachdem man lange Zeit die Existenz von Folter in der Türkei bestritt, weil man sonst vielleicht doch Verfolgte als Asylberechtigte hätte anerkennen müssen, verlegt man sich nun auf die Taktik, die Folter zwar als erwiesen zu betrachten, aber eine politische Verfolgung zu verneinen. Das geschieht entweder, indem man sagt, daß alle Gefangenen gefoltert werden, oder aber, daß keine politische Motivation hinter der Folter stehe. Im Falle von Bilent U. lautet das dann folgendermaßen:

"Bezweckt also die Strafandrohung doretwegen Ermittlungsmaßnahmen gegen einen Verdächtigen aufgenommen werden, nicht eine Verfolgung aus politischen Gründen, so können auch Beeinträchtigungen von Leib, Leben oder persönlicher Freiheit, im allgemeinen nicht als politische Verfolgung gewertet werden."

Mit der Begründung im Falle Uher wird aber nicht nur die derzeitige brutale Folterpraxis in der Türkei, sondern auch die große Anzahl an geforderten und vollstreckten Todesstrafen gerechtfertigt. Der Bericht hält abschließend fest:

"Daß für die zukünftigen staatlichen Maßnahmen die Folteranwendung, jedoch ohne politische Motivation wie oben dargestellt, nicht auszuschließen ist, daß dem Antragsteller auch möglicherweise als dem führenden Mitglied der hochverräterischen und terroristischen Gruppierung DEV-GENC deren Entwicklung und Inhalt der politischen Zielsetzung oben beschrieben wurden, die Todesstrafe droht. Diese Möglichkeit liegt jedoch im Rahmen der landesüblichen Strafrechtspflege aufgrund langfristiger bestehender gesetzlicher Normierung."

Kann es da noch menschenverachtendere Urteile geben? Diese Aussage heißt doch, foltert ruhig weiter, hängt die Leute auf, wenn es euch danach ist; wir im sogenannten 'freien Westen kümmern uns nicht darum. Vielleicht sind diese Leute der Überzeugung, daß man mit einem antifaschistischen Widerstand nur dann fertig wird, wenn man die Oppositionellen auch foltert und gegebenenfalls hinrichtet. Die deutschen Behörden müßten dann nach Demonstrationen nicht nur das Recht bekommen, die Kosten von den Teilnehmern einzutreiben, sondern sie auch so lange foltern zu können, bis man die Namen aller Beteiligten hat. Anschließend müssen dann in Deutschland auch die sogenannten Rädelsführer aufgehängt werden, damit hier endlich auch jegliche Kritik verstummt.

Die Bundesrepublik mit ihrem angeblich so liberalen Asylrecht steuert da in eine Entwicklung, die anscheinend überwindene Zustände nun aus dem Ausland wieder importieren will.

"Hier ist nicht Ruhe, sondern Unruhe die erste Bürgerpflicht!"

Herbert Bath, der so redet, ist Mitglied der SPD, Landesschulrat und mit oberster Beamter der Westberliner Schulverwaltung, gewöhnlich ein Vertreter von 'Ruhe', 'Ordnung', 'Sauberkeit' und Bekämpfer anti-autoritärer Erziehung. Doch hier redet er von etwas anderem, von dem, was er das Ausländerproblem nennt. Und da ist ihm die 'Ruhe der Deutschen' zuwider: Endlich solle "die säuerliche Nörgelei von Ausländerfeindlichkeit aufhören. Was erwartet man eigentlich konkret von den Deutschen? Sollen sie jeden neuen Ausländer mit offenen Armen empfangen, damit er sich ja integriert. Oder sollen sie brav und still zusehen, wie in wenigen Jahren aus 4,6 Millionen Ausländern sieben Millionen werden?"

Der Mann darf hoffen. So still und brav sind die Deutschen nicht: 'Türken raus!' und Schlimmeres kann man überall lesen, ehrenwerte Bürger gründen 'Bürgerinitiativen' gegen Ausländer, Hertha-Frösche werden 'unruhig' und zerstören einen türkischen Kaufmannsladen knapp 3 Wochen vor den Äußerungen des Herrn Bath. Deutschland erwacht schon...

Herr Bath redet so nicht nur am Bierisch, sondern in Anwesenheit der Presse in einem Vortrag der 'Bürgergemeinschaft e.V.', am 25.11.82, zu deren weiteren illustren (Präsidiums-)Mitgliedern der unvermeidliche Lummer, Senator in spe Hermann Oxfort (FDP), Parlamentspräsident Rebsch (CDU), Ursula Besser (MdB/CDU), Klaus Bodin (SPD) und Beamtenduvorsitzender Helmut Zierbach gehören. Baths Rede findet die ungeteilte Zustimmung der Anwesenden. Er hat offensichtlich nicht nur seine eigene Meinung formuliert, sondern das, was sich diese außerparlamentarische große Koalition der rechten Flügel aller etablierten Parteien als Ausländerpolitik vorstellt und durchsetzen will.

Sehen wir uns etwas genauer diese Vorstellungen an: Ausgangspunkt ist das, was Bath unbefangenes das 'Ausländerproblem' genauer das "Türkenproblem" (denn um die Türken geht es hauptsächlich) nennt. Die Wortwahl ist verräterisch: Wer die Angehörigen einer Gruppe oder eines ganzen Volkes als ein 'Problem' bezeichnet, von dem ist Schlimmes bei dessen 'Lösung' (Beseitigung) zu befürchten. Diese Befürchtungen werden bestätigt, wenn Bath darlegt, warum die Türken ein Problem sein sollen: Es seien zu viele, und sie seien "auch von besonderer Art" nämlich "Menschen gänzlich fremder Kultur und gänzlich fremden Glaubens", was sie auch hier beibehalten wollten. Kurze: "Es handelt sich mitten in unserem Land um eine schleichende Landnahme durch eine fremde Bevölkerung." Dieses endlich einzusehen, diene "allein der Sicherung des Rechts der Deutschen, in einem deutschen Staat und einem deutschen Land zu leben und nicht in einem Vielvölkerstaat... Unsere Kinder sollen als Deutsche in ihrem Vaterland frei, friedlich und unangefochten leben können."

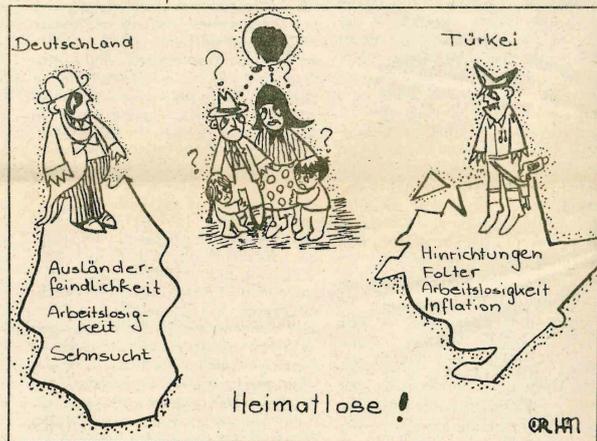
Der Eindruck, der mit diesen Worten hervorgerufen wird, ist eindeutig: Uns droht die Gefahr nicht mehr von außen, vom "gelben Asien" her; nein, die asiatischen Erbauer sind schon unter uns; dabei kämpfen sie nicht einmal offen, sondern nehmen unser christliches Abendland sich schleichend, hinterwärts weg. Und so geht das weiter, werden unsere Kinder unterjocht im Unfrieden ihr Leben fristen müs-

sen... Der Tonfall ist allzu bekannt. Es ist der Tonfall, mit dem der "innere Feind" aufgeblasen wird, auf dem sich alle Unzufriedenheit und alle Aggressionen mit verheerender Wirkung ablenken lassen. Bath ist alt und klug genug, die Tradition seiner Worte zu kennen. Also behauptet er schnell, das alles sei keine Ausländerfeindlichkeit. Denn diese gebe es eigentlich sowieso nicht; was als solche bezeichnet werde, sei nur "eine natürliche und legitime Art des Reagierens" der Deutschen. Daß die Deutschen schon einmal zur Erhaltung der "arischen Rasse" "natürlich reagiert" und dabei Millionen Menschen ermordet haben, verhindert solche Worte offenbar nicht. Im Gegenteil: Der 1. Vorsitzende der "Bürgergemeinschaft", Hermann Kreuzer, formuliert sogar noch unter Bezugnahme der jüngsten deutschen Geschichte: "Schuldgefühle dürften nicht dazu führen, daß man versuche, an den Türken gutzumachen, was man an den Juden verbrochen habe." Also wieder: Deutsche, laßt eure moralischen Skrupel fahren, reagiert natürlich und legitim, 'wehrt euch' - diesmal gegen die Türken... Bath weiß dabei, daß die "natürliche Reaktion" sich nicht im

wobei innerhalb dieser Grenze die Zahl der Ausländer aus den Nicht-EG-Staaten gesondert festgelegt werden soll. Die noch verbleibenden, volkswirtschaftlich benötigten ausländischen "Arbeitskräfte" haben sich gefälligst beruflich einzugliedern, Deutsch zu lernen und sich der Rechtsordnung anzupassen, obwohl ihre Rechte weitgehend durch das Ausländerrecht beschnitten bleiben. Bei Ausländern handle es sich nämlich nicht um "Mitbürger, sondern um Mitmenschen", womit denn die Menschen wieder einmal in erste und zweite Klasse aufgeteilt wären.

Bath konkretisiert seine Vorstellungen nicht weiter. Etwas davon ist schon durchgesetzt worden oder wird gerade durchgesetzt (z.B. der Lummer-Erlass; Kindernachzug nur noch bis zum Alter von sechs Jahren).

Er übertrifft aber alles, was an ausländerfeindlichen Maßnahmen diskutiert wird, noch dadurch, daß seine Vorschläge durch keinerlei Rücksicht auf humanitäre Belange der Ausländer eingeschränkt werden. Messen können sich Bath und seine politischen Spitzengenie aus der "Bürgergemeinschaft" freilich von Sprachgebrauch, Argumentation



reden und Brüllen von 'Türken raus' erschöpft. Er legitimiert alle schon geschehenen oder zukünftigen Gewalttaten gegen Ausländer von vorneherein mit dem Satz: "Wenn es nach der Phase der sozialen Distanzierung, in der die Deutschen aus den Ausländervierteln wegziehen, zur Phase der sozialen Aggression kommt, wird die Schuld nicht bei den Betroffenen zu suchen sein, sondern bei den politisch Verantwortlichen, die es zu derartigen Mißständen ('schleichende Landnahme' und 'Überfremdung') haben kommen lassen."

Baths eigene ausländerpolitischen Maßnahmen zeichnen sich dagegen durch eine Eiseskälte aus, die auf jede verschleiende Humanitätsfloskel verzichtet: "Tatsächlich sind die ausländischen Arbeiter als Arbeiter gerufen worden", hält er dem bekannten Max-Frisch-Zitat, daß die ausländischen Arbeiter als Menschen gekommen seien, entgegen. Diskussionen um eine freiwillige Begrenzung der Ausländerzahl, etwa durch die von der CDU propagierte 'Rückkehrförderung', sieht er als "Ablenkung und Zeitverschwendung". "Als eigentliche Lösung zur Begrenzung der Zahl der Ausländer verbleiben nämlich nur Maßnahmen die für die Betroffenen unangenehm und die auch aus unserem Rechtsempfinden nicht unstrittig sind."

Konkreter: Verbot des Zuzugs von Kindern und Ehegatten, Verbot der Zuheirat, grundsätzliche Möglichkeit, hier lebende, volljährig werdende Ausländer abzuschleichen, Erschwerung der Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis und eine gesetzliche Obergrenze für den Aufenthalt von Ausländern,

und Forderungen her mit den zahlreichen ausländerfeindlichen Pamphleten aus der rechtsradikalen Ecke, wie z.B. der NPD- 'Bürgerinitiative Ausländerstop'.

Zu befürchten ist, daß die Bath-Rede nur den Anfang darstellt, mit den Weihen von Spitzenpolitikern und nicht aus der rechtsextremen Sektiererecke heraus die Ausländerfeindlichkeit kräftig anzuehnen. Gedroht wurde schon vom "Bürgergemeinschafts"-Vorsitzenden Kreuzer, "den Politikern vor das Schienbein zu treten", wenn sie nicht auf den Bath-Kurs einschwenken. "Wir kriegen schon die Deutschlandhalle mit 12.000 bis 14.000 Leuten voll, die uns unterstützen."

Angesichts dessen fragen wir: Warum ist Bath trotz seiner Rede, die der Würde des Menschen ins Gesicht schlägt und damit Grundgesetz und Schulgesetz widerspricht, nicht entsprechend der Forderung der GEW suspendiert worden? Warum ist Bath noch nicht aus der SPD ausgeschlossen?

Wir fordern die öffentliche Distanzierung seitens des Senats, seitens des Abgeordnetenhauses und insbesondere seitens der Mitglieder der Bürgergemeinschaft Lummer, Besser, Rebsch und Oxfort vom Ton und Inhalt der Bath-Rede.

Leserbrief zu der Diskussion in den letzten Ausgaben

Wie groß sind die Illusionen der türkischen Linken?

Die Diskussion "Wo ist unser Kopf— Wo sind unsere Füße?" wird bestimmt durch die Härte und Brutalität des faschistischen Systems in der Türkei.

Trotz des Wütens und Tobens des türkischen Staatsapparates ist es notwendig, nüchtern und klar die Situation und die eigenen Kräfte einzuschätzen, sowohl in der Türkei als auch im Ausland.

Im Kern geht es in dieser Diskussion um folgende Fragen: Ist es realistisch, daß das faschistische Regime in der Türkei in absehbarer Zeit gestürzt werden kann? Ist die Alternative hierzu die bürgerlich demokratische Republik? Oder gibt es zum gegenwärtigen politischen und ökonomischen System der Türkei nur die Alternative eines langwierigen Volkskrieges mit dem Ziel einer antiimperialistischen und anti-feudalen und radikaldemokratischen Herrschaftsform (Stichwort: Neue Demokratie). Wie schätzt die türkische Linke in Europa (insbesondere in der BRD) ihre Möglichkeiten und Kräfte ein, vom Ausland her zum Sturz des faschistischen Regimes entscheidend beizutragen?

Ich denke, daß innerhalb der türkischen Linken die Illusion stark ist, daß das Regime in Kürze gestürzt werden kann, oder doch zumindest gewaltige Auseinandersetzungen kommen werden.

Dies bringt K. (Hamburg) in seinem Leserbrief (türkei information Nr. 15, S. 15/16) zum Ausdruck, wenn er als gedachtes Beispiel die Situation beschreibt, in der die türkische Linke den Schwerpunkt ihres Kampfes auf den Bereich der Ausländerpolitik gelegt hat, während in der Türkei "der Widerstand (...) beträchtliche Ausmaße erreicht (hätte)".

Hierin kommt die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch den Kampf der türkischen Linken schwerpunktmäßig in der Ausländerpolitik (oder sogar noch weitergehend: in allen sozialen Bewegungen in der BRD) der antifaschistische Kampf in der Türkei geschwächt werden könnte, wenn nicht sogar die fehlende Unterstützung aus dem Ausland entscheidend sein könnte für Sieg oder Niederlage des Widerstandes.

Weder ist die politische Situation in der Türkei so, daß demnächst die Machfrage gestellt werden wird, noch kann man davon ausgehen, daß es demnächst Widerstand "beträchtlichen Ausmaßes" (K.) geben wird.

Ohne Pessimismus verbreiten zu wollen oder mich als Hellsäher aufzuspielen, möchte ich einen Vergleich mit der Situation in Chile machen.

Seit fast zehn Jahren sitzt der Faschismus in Chile fest im Sattel, obwohl ihm einige westdeutsche Linke 1973 nur eine kurze Lebenszeit vorhergesagt haben.

Der Errichtung des chilenischen Faschismus ging der Sturz einer gewählten sozialistischen Regierung voraus. Die Empörung ging weit bis in das internationale bürgerliche Lager. In Chile selber gab und gibt es sozialistische Organisationen mit Masseneinfluß. Es gab sogar während der Errichtung der Diktatur bewaffneten Widerstand und vorher teilweise eine Vorbereitung auf die Illegalität (z.B. der MIR).

Trotz der Repression lebt der Widerstand in Chile natürlich weiter und

verstärkt sich. Das Regime wurde und wird von der großen Mehrheit des chilenischen Volkes klar abgelehnt. Aber es wäre eine falsche Annahme, zu glauben, daß so mir nichts dir nichts die Pinochet-Clique einfach abserviert werden kann.

In Chile orientiert sich der Widerstand an einem langwierigen bewaffneten Kampf.

In der Türkei ist die Ausgangslage der Revolutionäre sehr viel schwieriger. Der Militärputsch fand bei weitem nicht die Ablehnung wie der Putsch in Chile. Er wird ideologisch als notwendige Durchgangsphase für die "Rückkehr zur Demokratie" verkauft. In der Bundesrepublik bekam der Putsch selbst von der Sozialdemokratie ideologischen Flankenschutz. Und in der türkischen Bevölkerung selber stoßen zwar Folter und Gefängnis auf Empörung, aber gegenüber dem Militärregime wird von großen Teilen eine gewisse abwartende und neutrale Haltung eingenommen.

Hinzu kommt die zersplitterte Linke und die in Angriff genommene Zerschlagung der revolutionären Organisationen durch die Militärs. Sie versuchen, in der jetzigen Repressionswelle so aufzuräumen, daß in naher Zukunft keine nennenswerte Opposition mehr auftreten kann.

Die sozialistischen Kräfte in der Türkei werden Jahre brauchen, um sich neu zu sammeln und zu reorganisieren. Sie werden ebenfalls Jahre brauchen, um sich fest in den Massen zu verankern und die Arbeit in den Widerstandskomitees mit Perspektive und Erfolgsaussichten aufnehmen zu können.

Kenan Evren sitzt nicht nur diplomatisch geschützt fest in seinem Sattel. Die "freie Welt" steht hinter ihm. Nach der ersten Repressionswelle (weitgehende Zerschlagung der Organisationen, Schaffung allgemeiner Resignation, physische Liquidierung vieler Genossen/Genossinnen) wird er genügend Luft haben, um evtl. sogar kleine Zugeständnisse machen zu können. Er hat westliche Strategen und Berater genug, die wissen, wie man eine Militärdiktatur ständig zur "Noch-Nicht-Ganz-Demokratie" umfrisiert und verkauft.

Ich möchte hiermit keineswegs sagen, daß die Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen in der Türkei eingestellt wird. Ganz im Gegenteil. Diesbezüglich muß noch sehr viel mehr organisiert werden, gerade auch in den westdeutschen Sektoren. Die Solidaritätsarbeit darf jedoch nicht verbunden werden mit dem Schüren von Illusionen, daß nämlich der Kampf des Widerstandes in der Türkei demnächst "beträchtliche Ausmaße" annimmt und sogar mit dem Sturz zu rechnen ist. Die Solidaritätsarbeit muß sich in ihrer politischen und strategischen Ausrichtung inhaltlich an einem langfristigen Widerstandskampf orientieren. Falsche Hoffnungen verursachen nur Resignation.

Wenn man also die politisch und ökonomische herrschende Stabilität der Türkei voraussetzt, kann man davon ausgehen, daß der größte Teil der türkischen und kurdischen Familien und eben auch die Mehrheit der türkischen und kurdischen Linken auf unabsehbare Zeit in der Bundesrepublik leben werden. Und das Leben hier wird sicherlich nicht ruhiger werden.

Die voranschreitende kapitalistische Krise wird der Treibstoff wachsender

Ausländerfeindlichkeit und schärferer staatlicher Ausländerpolitik sein. Diese Politik geht in die Richtung des Wiedererstarkens eines Rassismus und der realistischen Möglichkeit der Schaffung einer ideologischen Grundlage einer zukünftigen faschistischen Massenbewegung.

Das heißt, daß dieses Klima in naher Zukunft "beträchtliche Ausmaße" oder "unerträgliche Ausmaße" annehmen wird, zuerst gegen die Ausländer, dann gegen die westdeutsche Linke.

Wenn K. in seinem Leserbrief schreibt, daß nicht der "subjektive Wille" bestimmt, wo der Schwer-



punkt der politischen Arbeit liegt, sondern dieser durch "die Dynamik und dem Kampf im betreffenden Aktionsfeld" bestimmt wird, so ist dem erstmal allgemein zuzustimmen.

Da von den Herrschenden in der BRD demnächst sehr viel Dynamik und Kampf im betreffenden Aktionsfeld "Ausländer" zu erwarten sein wird, ist überhaupt nicht zu verstehen, warum K. nicht konsequenter- und logischerweise zu dem Schluß kommt, daß der Schwerpunkt der türkischen Linken in diesem Aktionsfeld liegen muß.

Er stellt nämlich völlig unabhängig davon ein höherwertiges Prinzip in den Raum, indem er feststellt, daß die türkische Linke sich "nach dem Kampf im eigenen Land" (gemeint: Türkei) orientieren muß. Und diese Orientierung hat absolute Vorrangigkeit. Hier steht also der subjektive Wille nach Unterstützung des Widerstandes in der Türkei im Vordergrund.

So richtig es ist, daß "die türkische Linke nicht das Resultat des Klassenkampfes in der BRD" (K) ist, so richtig ist aber auch, daß sich die türkische Linke nicht wie eine traditionelle Exilgruppe begreifen kann.



Die Situation der türkischen Linken ist eine andere als z.B. die Situation deutscher Antifaschisten und Antifaschistinnen in Frankreich während des deutschen Faschismus.

Und eine andere Situation erfordert andere Aufgaben und Ziele. In der BRD leben ca. zwei Millionen Türken und Kurden und insgesamt 4,7 Mill. Ausländer. Diese besondere Situation für die türkische Linke bringt die besondere Verpflichtung mit sich, sich mit den fortschrittlichsten Kräften dieser Massen zu verbinden und den Kampf für ihre Interessen (nicht nur in der Ausländerpolitik, sondern in allen sozialen und politischen Fragen) aufzunehmen. Es sei denn, man hat Illusionen und denkt an eine schnelle Rückkehr in die Türkei.

Natürlich muß die Solidaritätsarbeit für die Gefangenen weiterhin im großen Umfang aufrechterhalten werden, um so viele Genossen und Genossinnen wie möglich vor Folter und Tod zu retten.

Gleichzeitig sollte aber Schrift für Schritt innerhalb der türkischen Lin-

In Hamburg sah es z.B. so aus, daß in der Fachgruppe Ausländer der Grün-Alternativen-Liste Hamburg (GAL) der Vorschlag gemacht wurde, daß die GAL die ausländischen Arbeiter (mit der Einschränkung, daß nicht alle politischen Strömungen zu gewinnen sind) organisieren soll. Dafür soll die GAL ein Programm für die Ausländer erstellen. Mal abgesehen davon, welch zweifelhafte Rolle die "Programme" haben, so kommt doch hierin eine Unkenntnis über den derzeitigen Entwicklungszustand der westdeutschen demokratischen Bewegung und der GAL zum Vorschein.

Die GAL ist keine Organisation im eigentlichen traditionellen Sinne. Sie ist eine Bündnisgemeinschaft von Gruppen und Individuen und eine Klammer der bedeutendsten oppositionellen Strömungen und hat sich seit ihrem kurzen Bestehen stark auf die Auseinandersetzung mit der SPD und dem Parlament konzentrieren müssen.

Sicherlich hat die GAL für die demokratische Bewegung eine große Anziehungskraft und genießt auch unter Ausländern Sympathien.

Sie ist aber, und das gilt ausnahmslos für alle Bereiche, jeweils nur so stark und aktiv, wie die Kräfte des jeweiligen Bereiches in ihr vertreten und aktiv sind. Mit anderen Worten: die GAL ist eine gewisse Zusammenfassung von aktiver Kräfte, die gemeinsam zwar Aktivitäten organisieren können, aber nicht in der Lage sind, bisher nicht aktive Menschen zu organisieren. Die GAL hat keinen ideologischen Grundkonsens, sondern als Grundlage die Bereitschaft, ins Parlament zu wollen und ein Programm, daß auf ideologischen und politischen Kompromissen beruht. Abgesehen vom Charakter der GAL, die in dieser Form wenig mit einer sozialistischen Organisation zu tun hat, kann die GAL also den Anspruch der Organisation vieler ausländischer Arbeiter nicht erfüllen. Sie könnte nicht mal den Anspruch erfüllen, die wesentlichen Teile der westdeutschen Linken in Hamburg zu organisieren.

Die westdeutsche Linke hat auch bislang keinen nennenswerten Durchbruch zur Arbeiterklasse herstellen können. Dies liegt nicht nur an der westdeutschen Linken, sondern hat auch etwas zu tun mit dem relativ hohen Lebensstandard und der festen Anbindung der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie.

Wieviel schwerer wäre diese Aufgabe im Hinblick auf den ausländischen Teil der Arbeiterklasse, wenn nicht sogar völlig aussichtslos. Niemand wird leugnen können, daß die Ausgangslage für die türkische Linke etwas günstiger ist.

Die sozialistischen Reste der westdeutschen Linken sind z.Zt. arg geschwächt: der proletarische Internationalismus ist "den Bach runtergegangen"; die "Ausländerfrage" hat nicht die Bedeutung, die sie haben mußte; Rückzug ins Private; das Erblühen aller möglichen grünen, ökologischen, rosafarbenen oder bunten Ideologien usw. usf. sind eine Seite der Entwicklungen der letzten Jahre.

Dieses ständig zu beweinen, zu bedauern oder mit lässiger Überheblichkeit vorzuwerfen, wird nicht helfen. Besser ist es schon, zu sehen, daß es auf der anderen Seite konstruktive und konsequente Ansätze gibt, jenseits jeglicher Humanitätsduselei eine Front gegen die staatliche Ausländerpolitik aufzubauen.

Dies ist langfristig nur dann erfolgreich, wenn die linken und demokratischen Kräfte aller Nationen (die in der Bundesrepublik sozusagen ihren ständigen Aufenthaltsort haben) dabei an einem Strang ziehen.

Mit solidarischem Gruß
Rainer, Hamburg

Grundlinien der Sowjetischen Außenpolitik oder

mit welcher Unterstützung hat eine Befreiungsbewegung in der Türkei zu rechnen?

Da dieses Gespräch noch vor dem Einmarsch der israelischen Truppen im Libanon erfolgte, konnten die letzten Entwicklungen im Nahen Osten nicht mit diskutiert werden. Dennoch finden sich in diesem Gespräch einige wesentliche Punkte, die derzeit in der Linken der Türkei auch diskutiert werden.

Gespräch mit Ursula Schmiederer, Osnabrück

FRAGE: Ich habe zunächst ein paar allgemeine Fragen für dich. Wie sind z.B. die Grundprinzipien der Außenpolitik der Sowjetunion (SU)? Häufig wird nämlich gesagt, daß die Außenpolitik eines sozialistischen Landes auch sozialistisch sein müßte, d.h. Unterstützung von Befreiungsbewegungen und so. Woran kann man erkennen, daß die Außenpolitik irgend-eines Landes sozialistisch ist?

Also, was eigentlich sozialistische Außenpolitik sein könnte, das weiß ich auch nicht. Wenn man davon ausgeht, daß im Sozialismus der Staat immer schwächer werden und absterben soll, in die Gesellschaft eingeht, dann müßte es dort ja eine ganz andere Außenpolitik sein. Aber das haben wir nirgends, also kann sozialistische Außenpolitik doch allerhöchstens eine bestimmte Art von internationaler Solidarität sein.

Wenn man sich das anschaut, dann findet man bei der SU in dieser Richtung nichts. Also mindestens seit Beginn des Stalinismus gibt es keine wirkliche Unterstützung von echten Revolutionen durch die SU und erst recht nicht mehr nach dem 2. Weltkrieg. Es sei denn, es gab Befreiungsbewegungen wie die angolische oder die Frelimo in Mosambik, die dann von selber gekommen sind und um Hilfe gebeten haben. Aber sonst kümmert sich die SU außenpolitisch nicht um Revolutionen, das würde ich wirklich behaupten.

Die kubanische Revolution hat nie überhaupt etwas mit der SU zu tun gehabt. Oder Algerien. Im Gegenteil, über die kommunistische Partei Frankreichs haben sie sogar gegen den Befreiungskrieg der Algerier gearbeitet. Ich denke, man sollte von vornherein nicht groß von Solidarität reden, wenn man von Außenpolitik redet. Die Auflösung der Internationalen war auch nicht zufällig.

Also, die SU unterscheidet in ihrer Außenpolitik. Sie sagen, innerhalb des Blocks hat man spezielle Beziehungen, nach dem proletarischen Internationalismus. Dies sind spezielle brüderliche Beziehungen, mit denenja auch Interventionen gerechtfertigt werden können. Das gilt aber für Afghanistan nicht und wurde auch nie so begründet. Die Freundschaftsverträge werden hier als Grund angeführt, weil Afghanistan nicht zum Block gehört und ein neutrales Land war.

Für die kapitalistischen Industrieländer gilt das Prinzip der friedlichen Koexistenz für die Beziehung zu Ländern mit anderer Gesellschaftsordnung, wozu lange Zeit auch China gehört hat bzw. immer noch gehört.

Dann gibt es da noch die Beziehungen zu einem Teil der 3. Welt. Hier sagt man dann, es sind mehr solidarische Beziehungen, die aber in der Regel sehr konventionell ablaufen. Schließlich gibt es da noch die Machtpolitik der SU natürlich. Ich weiß also nicht, was man unter sozialistischer Außenpolitik bei der SU finden kann. Die SU macht meiner Ansicht nach eine ganz klare Interessenpolitik und da kann man nun dafür sein oder dagegen, das macht sie eben.

FRAGE: Kann man das eine Staats- oder Großmachtpolitik nennen?

Ja genau, Großmachtpolitik. In den letzten 10 Jahren war es für die Bestimmung der eigenen Politik der SU sehr wichtig, daß der Nixon und Kissinger 1972 nach Moskau führen und dort zugestanden haben, daß die SU eine gleichrangige Großmacht ist, also daß es zwei Großmächte gibt. Vorher sagten die Amerikaner immer, die SU ist nicht so groß wie wir, so wie jetzt Reagan wieder sagt, wir müssen wieder die Nummer eins werden. Aber damals wurde gesagt, sie sind gleichrangig und darauf besteht die SU, sowohl politisch als auch militärisch.

Von dieser Politik läßt sie nicht ab und in der 3. Welt ist es eine ganz klare Interessenpolitik. Dabei sind die jeweiligen Interessen natürlich unterschiedlich. Ich denke, in Äthiopien oder im Jemen sind es ganz klar strategische Interessen und in solchen Gebieten wie Angola, Mosambik auch, wegen Südafrika. Sonst sind es eben machtpolitische Interessen, oder z.T. auch ökonomische, aber die sind nicht so wichtig, glaube ich.

FRAGE: Woher kommt diese Politik? Welchen Ursprung hat sie? Wenn man z.B. von den USA redet, dann haben sie ganz bestimmte wirtschaftliche und politische Interessen als kapitalistisches Land. Welche Gründe hat die Staatspolitik der SU, einfach die Erhaltung der Koexistenz, oder?

Also, ich weiß das auch nicht so genau, man kann das nicht so einfach wie bei einem kapitalistischen Land erklären. Da ich eben nicht der Meinung bin, daß die SU kapitalistisch ist - und das kann man nachweisen - kann man die Außenpolitik der SU nicht erklären. Was man aber sicher erklären kann, das sind meiner Meinung nach zwei Punkte. Einmal ein gesellschaftlicher Punkt und ein internationaler.

Auf der gesellschaftlichen Ebene kann man es von der bürokratischen Struktur der gesellschaftlichen Organisationen erklären. Dort gibt es eine enorme Machtballung in wenigen Gremien, Parteispitze, ZK, oder sogar in wenigen Händen. Die Machtballung macht es dann leicht, sich für diese oder jene Politik zu entscheiden. Eben auch nach außen um seine Position zu behaupten.

Der zweite Punkt ist dann ein internationaler. Mit Ausnahme von Afghanistan, wo eine andere Situation war, hat die SU nie einen internationalen Krieg angefangen. Wohl aber hat sie eine furchtbare Angst vor der Einkreisung. Diese Angst ist traditionell. Die gab es nach 1917 und nach dem 2. Weltkrieg. Der Westen hat ja lückenlos um die SU und um China herum seine Stützpunkte aufgebaut, in der Türkei und so. Ich meine, Afghanistan kann man auch damit erklären, daß sie froh sind, wenn da irgendwo ein Loch ist. Heute ist das anders. Da ist Vietnam und der Mittlere Osten mit dem Iran. Aber nach dem 2. Weltkrieg war das eindeutig. Ich finde schon, daß man sich die neuere Großmachtpolitik der SU damit erklären kann, daß sie versucht, diese Einkreisung einfach zu durchbrechen. Die Idee war einfach, sie durch militärische Rüstung zu durchbrechen.

FRAGE: Was für eine Politik verfolgt die SU gegenüber dem Westen und der USA? Macht sie klare Unterschiede? Versucht sie z.B. die Widersprüche anzuheizen?

Also, das machen sie schon im Prinzip, um die Nato auseinander zu dividieren. Ich meine, warum auch nicht? Die wären ja schön dumm, es gibt für sie keinen Grund, das nicht zu versuchen. In einem Buch von Artov, Mitglied des ZK oder der Akademie, kommt ziemlich klar zum Ausdruck, daß sie unterscheiden.

Sie sagen, die USA und die SU, das sind die zwei Großmächte. Sie bestimmen das Schicksal der Welt, denn sie haben die Zerstörungskapazität und das Machtpotential. Im Prinzip wird auch gesagt, daß man Weltordnungsfunktion hat, und das natürlich anders als sonstige Länder. Erstens weil sie größere Verantwortung haben, also militärisch und mit dem ganzen Vernichtungspotential; aber auch, weil sie die zwei größten Staaten sind.

Das ist eigentlich eine Machtkonzeption. Ich finde immer, die erinnert so an die Zeit vom Wiener Kongreß, so 1814 folgende, Mächtekonferenz und so.

Das ist eher dort zu verankern, wenn man überlegt, was das für historische Parallelen hat. Also ein sehr konventionelles Machtprinzip eigentlich. Das nennt man in der Wissenschaft den Großmacht-Bilateralismus.

Die Beziehungen zu den europäischen Ländern, den Mittelmeeren, sind zunehmend von ökonomischen Interessen geprägt. Die gesamte europäische Entspannungspolitik der SU kann man sehr gut durch ihre ökonomischen Interessen erklären. Denn die SU glaubt die gesellschaftliche Krise bei sich und in den übrigen Ländern des RGW durch zwei Momente oder zwei Mittel lösen zu können. Das eine ist "Produktivitätssteigerung", wie sie das nennen, d.h. also eine stärkere Ausbeutung der Produzenten. Das andere ist Technologieimport. Von dem Modernisierungsprogramm in Polen durch Giersek haben sie sich z.B. sehr viel erhofft. Sie meinen mit dem Import kapitalistischer Technologie sozusagen den Kapitalismus einzuholen. Das funktioniert nicht, aber das ist der Versuch. Das Interesse haben sie auch bei der USA, vor allem wenn es um Großtechnologie geht, Computertechnik und so, was eigentlich nur aus den USA kommt. Aber wie gesagt, kommt da immer noch dieser Großmachtstatus hinzu. Für sie gibt es zwei Großmächte, die anderen kommen erst danach.

FRAGE: Gibt es in der sowjetischen Außenpolitik besondere Phasen, besonders nach dem 2. Weltkrieg, z.B. bis '60, nach Chruschow, bis '70 oder so? Gibt es besondere Wendepunkte?

Was die Phasen nach dem 2. Weltkrieg anbetrifft, so hat Stalin bis Mitte der 50er Jahre eine kontinentale Sicherheitspolitik betrieben, es war in diesem Sinne keine internationale Politik. Unter Chruschow hat dann meiner Meinung nach eine Globalisierung der sowjetischen Außenpolitik stattgefunden. Also nicht nur wegen der Kuba-Krise, obwohl sie das deutlichste Beispiel ist. Bei Stalin und in der StaMoKap-Theorie der zwei Lager, da kam die 3. Welt noch gar nicht vor. Es gab nur solche, die für die SU waren und solche, die dagegen waren.

Die Dritte Welt hat Chruschow zusammen mit Bulganin 54/55 entdeckt. Da haben sie überhaupt ihre erste Reise nach Asien gemacht. Danach fingen sie überhaupt erst an, eine Konzeption für die 3. Welt zu entwickeln. Von daher auch Globalisierung, das Interesse für die Regionen der Welt, die nicht unmittelbar an die SU grenzen.

Ich würde dann sagen, daß diese Außenpolitik in den letzten 10 Jahren so in der ganzen Art konservativ geworden ist. Das hat meiner Ansicht nach damit zu tun, daß die inneren Probleme auch immer größer geworden sind, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen. Nach der Anerkennung als Großmacht hat sich bezüglich der Entspannungspolitik in Europa und der Interessenpolitik in den Ländern der 3. Welt nichts mehr verändert. Diese Politik hat sich quasi nur stabilisiert.

FRAGE: Man hat davon geredet, daß Helsinki für die sowjetische Außenpolitik ein Wendepunkt gewesen sei. Es heißt, daß die SU bei Helsinki für Koexistenz und Nichteinmischung gewesen sei und die Breschnew-Politik nach Helsinki sich stärker für eine Unterstützung der Befreiungsbewegungen interessiert hätte.

Helsinki, finde ich, ist kein Datum. Bei Helsinki hat sich in der sowjetischen Politik nichts geändert. Ich wüßte auch gar nicht, welche Erklärung es dafür geben sollte. Wichtig war eigentlich nur für Europa die Entspannungssituation. Aber da waren die Ver-

träge mit Deutschland wichtiger, die Verträge mit Polen und dann der Ungarn-Vertrag, wo die BRD zum ersten Mal die Nachkriegsgrenzen in Europa anerkannt hat. Das war auch die Voraussetzung für Helsinki. Sonst hätte das gar nicht stattgefunden. Aber das ist mehr auf die europäische Situation bezogen, nicht so sehr auf die 3. Welt.

FRAGE: Kann man denn von einem Wendepunkt in der sowjetischen Außenpolitik sprechen, z.B. eine Einmischung in das imperialistische Lager, eine starke Unterstützung von Bewegungen in der 3. Welt?

Kann man nicht. Meiner Meinung nach ist das eine völlig opportunistische Politik der SU. Wenn eine Befreiungsbewegung wie die MPLA selbst kommt und sagt, helft uns, dann ist das ihre Sache. Die haben aber gegen die Portugiesen gekämpft und dann gehen sie sinnvollerweise auch nicht zu den Franzosen und sagen zu denen, helft uns. Das ist ja auch eine alte Kolonialmacht. Aber daß die SU selbst nach politischen Kriterien sich aussucht, wen sie unterstützt, dafür gibt es keine Belege.

Also, das sieht man jetzt in Afghanistan, da haben sie hintereinander alle unterstützt. Dann Ägypten, dort haben sie den Nasser unterstützt, aber auch den Sadat, bis der sie rausgeschmissen hat. Oder Somalia und Äthiopien. Hier haben sie beide unterstützt, erst Somalia und dann Äthiopien, obwohl sie ewig miteinander Krieg führen. Das ist wirklich opportunistisch, da ist keine Linie drin. Ich glaube, für die SU ist der Aspekt wichtiger, überhaupt Einfluß zu haben. Vielleicht wirklich aus militärstrategischen Interessen, um den Weltimperialismus zu schwächen. Äthiopien ist da eindeutig.

FRAGE: War denn vielleicht die Sache mit Ägypten 1970 ein solcher Wendepunkt?

Aber da hat sich die sowjetische Politik nicht geändert, sondern Ägypten hat sich geändert. Der Sadat hat eine andere Politik gemacht und hat die Sowjets rausgeschmissen. Von irgendeiner Politik den Ländern der 3. Welt gegenüber kann man sowieso frühestens ab '55 reden. Das kann man am besten im Programm der KPdSU auf dem 22. Parteitag 1961 nachlesen.

Da hatten sie eine doppelte Politik. Das eine war der "nicht-kapitalistische Weg", die antiimperialistische und nationale Revolution. Hier ist der Kernpunkt, daß die Länder erst einmal politisch unabhängig werden, eigene Staaten bilden, also eine anti-imperialistische Befreiung. Dadurch sind sie im Prinzip schon einmal natürliche Verbündete der SU, eben aufgrund des antiimperialistischen Charakters und mit der Hoffnung, daß sich dies auch ökonomisch zeigen wird, d.h. daß sie aus dem Weltmarkt ausscheren. Das ist aber so gar nicht eingetreten.

Das Problem der meisten 3. Welt-Länder ist ja, daß sie politisch unabhängig sind, aber ökonomisch immer noch im kapitalistischen Weltmarkt verankert sind. Und sie haben wenig Möglichkeiten rauszukommen, es sei denn, sie machen wirklich eine soziale Revolution.

Dazu gab es dann noch eine ausgesprochene Neutralismus-Konzeption. Die Friedenszone, die der Chruschow auch erfunden hat. Die Friedenszone, das waren die Blockfreien. Die wurden eigentlich immer nur in den Ländern der 3. Welt gesehen. Das war die Idee. Sie werden unabhängig und dann auch zu Verbündeten und das Kräfteverhältnis dreht sich zugunsten der SU.

Das Konzept hat sich Anfang der 70er Jahre ungefähr geändert. Hin zu dieser Differenzierung der 3. Welt-Länder mit 'sozialistischer Orientierung' und der Rest, der für sie nicht so interessant ist. Da gibt es eigentlich kein Ereignis, an dem das festmachen könnte. Das war eine allmähliche Veränderung. Weil sie gemerkt haben, daß die Rechnung so nicht aufgeht, d.h. daß die unabhängigen Staaten nicht unbedingt soziali-

stisch werden.

Es gibt noch eine Problematik der SU in ihrer Politik gegenüber der 3. Welt. Das kann man an dem ägyptischen Beispiel ganz gut zeigen. Denn so wie die rausgeschmissen worden sind aus Ägypten, so geht kein kapitalistisches Land raus. Die SU ist einfach ökonomisch dort nicht so verankert, wie es die imperialistischen Länder sind. Das ist auch eine Erklärung dafür, warum sie dann Panzer brauchen. In Chile konnte der Pinochet putschen, da brauchte man keinen einzigen amerikanischen Panzer. Das macht ITT, oder der CIA über ITT.

Insofern ist der sowjetische Einfluß auf Länder der 3. Welt längst nicht so ausgeprägt. Wenn ein Land seine Politik ändert, dann ist eben auch der Einfluß der SU da oder weg. Nun ja, Kuba ist derzeit von der SU abhängig, weil sie den Zucker verkaufen müssen. Vermutlich auch Vietnam, weil sie sonst nirgendwo Geld kriegen, nachdem man sie zerschlagen hat. Also die SU hat nie eine andere Strategie für die 3. Welt gehabt als eben den berühmten 'nicht-kapitalistischen' Weg.

FRAGE: Das wollte ich auch fragen. Man hat eigentlich gesagt, daß sie nach dieser Sache mit Ägypten die These von der 'nicht-kapitalistischen' Entwicklung nicht mehr vertreten.

Das stimmt auch. Da gibt es jetzt andere Schwerpunkte. Sie haben aber eigentlich immer unterstützt, wo ein 'nationaler Weg' eingeschlagen wurde, allerdings regional unterschiedlich. In Lateinamerika nicht so sehr wie im Mittleren Osten, Asien und so. Aber sie haben zum Beispiel nie gefragt, ob dort die Kommunisten umgebracht werden oder nicht. Das hat übrigens die Chinesen auch nie gestört. Deswegen haben sie nie die Beziehungen abgebrochen. Man hat da immer gesagt, wo eine solche Entwicklung ist, und dafür waren Ägypten und Algerien Musterbeispiele, da wird unterstützt.

Jetzt stellt man fest, daß sie nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip arbeiten. Jetzt nennt man das Länder mit 'sozialistischer Orientierung', die vorzugsweise unterstützt werden. Was das jeweils ist, ist natürlich schwierig auszumachen.

Das sind dann also Länder, die von sich selber sagen, sie seien sozialistisch, z.B. Libyen, Syrien, Algerien, in Afrika eben Angola, Mosambik, bis jetzt auch Äthiopien, in Guinea ist es wohl vorbei, Ghana war auch eine Zeitlang dabei. Das sind tatsächlich also Länder, in die mehr Entwicklungshilfe reinfließt, es mehr Verträge gibt, ob ökonomische oder politische. Während man mit den lateinamerikanischen Ländern, mit Ausnahme von Kuba, im wesentlichen Handelsbeziehungen hat. Da hat sich was verschoben, das ist richtig. Das heißt aber nicht, daß diese Länder moskauhörig sind. Also das kann man von Algerien nicht sagen, man kann es eigentlich von Libyen und Syrien auch nicht sagen.

FRAGE: Kann man eigentlich sagen, daß die SU aufgrund der inneren Schwierigkeiten international gesehen auf dem Rückzug ist?

Das meine ich auch mit dem stärker konservativen Charakter in den letzten zehn Jahren. Dem Chruschow hat man eigentlich immer nachgesagt, daß er eine abenteuerliche Politik macht; und in gewisser Weise war es das auch. Also es war nicht nur die Kuba-Krise, die besonders dramatisch war, es war auch die Berlin-Krise in Europa. Meiner Ansicht nach kam das natürlich nicht, weil der Chruschow eine abenteuerliche Politik gemacht hat. Von der amerikanischen Seite wollte man Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre einfach nicht sehen, daß sich da was ändert. Chruschow war dabei nur darauf aus, diese Großmachterkennung zu erreichen.

Dazu gehört auch ganz bestimmt die Berlin-Krise, also einfach dicht zu machen, damit die DDR nicht ganz ausblutet. Das Mittel, mit dem Chruschow seine Politik verfolgt hat, waren eben Krisen.

Fortsetzung nächste Seite

Aber eine weitergehende Einmischung im internationalen Bereich, das fängt meiner Ansicht erst nach Stalin an und ist jetzt wieder im Zurückgehen. Ich meine, daß kann man einfach damit erklären, daß sie nicht die Potenz haben. Aufgrund der inneren Probleme, im eigenen Lager. Das zeigt sich dann als konservative Tendenz, darauf bestehen, was man hat, aber sonst nichts verändern. Dazu verhält man sich in der 3. Welt opportunistisch, wenn es also nicht viel kostet, sozusagen. Also die angolische Befreiungsbewegung kommt und sagt, helft uns. Wenn man dann sogar die Kubaner noch schicken kann, oder die Kubaner da einbringen, dann kostet es wirklich nicht viel. Dabei kann man sehen, daß das Spektrum der Staaten, die Entwicklungshilfe bekommen, immer kleiner geworden ist. Es hat sich nicht ausgedehnt, sondern ist kleiner geworden.

Die Länder der 3. Welt sind ökonomisch nicht so interessant wie der Westen. Mit wenigen Ausnahmen. Bei Angola vermutet man, daß dort Bodenschätze sein könnten. Aber z.B. Äthiopien, die haben ja nichts zu bieten außer Sand. Und wenn, dann sind es strategische Interessen. Aber ökonomisch sind die meisten Entwicklungsländer nicht attraktiv. Was sie dorthin exportieren, das sind Maschinen. Aber auch da versuchen sie etwas umzudirigieren. Damit sie hier überhaupt noch etwas auf die Beine stellen können. Sie wissen nicht, was sie nach Europa exportieren sollen, Rohstoffe und Halbfertigprodukte, das was sie selber aus den Entwicklungsländern bekommen.

FRAGE: Ist der Widerspruch zwischen Ost und West, zwischen der SU und den USA ein positives Element für die Befreiungsbewegungen?

Ja, das glaube ich schon. Das schafft einen Raum für diese Bewegungen. Die können die beiden Seiten auch ausspielen. Das machen viele Entwicklungsländer inzwischen. Es ist ja auch nicht so, daß sie sich für den Osten oder für den Westen entscheiden. Ich habe mal irgendwo gelesen, wie sie das ausdrücken, "wir reiten auf zwei Kamelen", lautet der Spruch. Ich denke, man kann nachweisen, daß die Entwicklungsländer selber diese Strategie zunehmend fahren. Bis hin zu Libyen oder Algerien, die an sich eine starke Beziehung zur SU haben.

Bei den blockfreien Ländern war das sowieso immer eine Strategie, zwischen den Blöcken zu operieren, oder außerhalb der Blöcke.

FRAGE: Für eine sozialistische Politik, die wir als Befreiungsbewegung vertreten, kommt das nicht infrage, daß wir mit unserem Feind, den USA, ins Gespräch kommen. An diesem Punkt taucht aber eine andere linke Position auf, die behauptet, es gibt zwei Lager, das kann man nicht ändern und deswegen muß man sich für eines entscheiden. Es heißt, wenn wir gegen die Imperialisten kämpfen, dann müssen wir gute Beziehungen zur USA haben. Wir müssen sie als strategischen Bündnispartner sehen und dürfen sie nicht offen kritisieren.

Also ich weiß nicht. Na ja, es gibt natürlich den Ost-West-Konflikt, aber den haben wir nicht nur in den Ländern der 3. Welt als Problem, wir haben es auch hier in Europa lange Zeit gehabt. Wir haben immer gedacht, zwar ist es nicht der Sozialismus, den wir uns vorstellen, aber es ist Sozialismus und wenn man gegen die Amerikaner ist, muß man sich mit diesem realen Sozialismus verbünden. Für die Linken in Westeuropa, in der Bundesrepublik ist diese Diskussion aber gelaufen. Wir sagen, das war immer eine falsche Entscheidung, die man von uns verlangt hat. Wir haben mit denen genau so wenig zu tun, wie mit den anderen. Natürlich sieht das u.U. für Länder in Lateinamerika anders aus, für die ist natürlich die Präsenz der Amerikaner eine ganz andere als hier. Aber für ein entwickeltes kapitalistisches Land, also wir, sind doch nicht für den Sozialismus, damit die eine Herrschaft durch eine andere ersetzt wird. Sondern wir sind Sozialisten, weil wir gegen Herrschaften sind.

Nun ist sicherlich die Ausbeutung durch die SU nicht so, wie durch den Imperialismus. Aber da sie Interessenpolitik macht - und das muß man wirklich betonen - und nicht international solidarische Revolutionspolitik, verfolgt sie ihre Interessen und zwar knallhart. In Angola wird das Meer leergefischt. Es gibt Verträge, Ausbeutungsverträge mit Mosambik, die unangenehm, einfach nachteilig für diese Länder selbst sind. Das ist nicht dieselbe Ausbeutung, als wenn die Multis drinsitzen und den Reichtum aus dem Land ziehen, aber es ist eben auch nichts, was man als Sozialismus bezeichnen könnte.

Ich denke, es kann eher nur eine taktische Frage sein, nicht eine grundsätzliche Frage, weil man dann zum richtigen Block gehört. Also ich denke mir, man sollte mit beiden so wenig wie möglich zu tun haben.

FRAGE: Einen dritten Weg entwickeln.

Ja, genau. Und das denke ich, gilt auch für uns hier, nicht nur für die Länder der Dritten Welt.

FRAGE: Noch eine Frage zu Jalta. Man könnte ja einmal das Beispiel Polen umdrehen und sagen, daß meinwegen die Türkei aus der NATO ausschert. Wie würde sich die SU verhalten? Würde sie sich im Interesse des 'status quo' raushalten oder würde sie aktiv eingreifen, vielleicht sogar einen Krieg riskieren?

Auf keinen Fall. Also, es gibt von der SU kein Indiz dafür, daß sie das tut. Ganz im Gegenteil. 'Status quo' ist die Voraussetzung für alles. Das behauptet ich glatt weg. Nicht nur im eigenen Lager, sondern mindestens dort, wo der Ost-West-Konflikt zusammenkommt. Das kann man für die SU seit 20-30 Jahren nachvollziehen. Dieser 'status quo' war für sie immer unanrührbar. Der Westen hat es ja auch kapiert. Nicht erst seit Polen, da ist ja schon Ungarn 1956 gewesen. Und ich bin der Meinung, daß die SU keine Revolution in Westeuropa, also im NATO-Bereich, unterstützen würde, wenn das hieß, man verändert die territoriale Aufteilung. Also, es gibt keinen Anlaß, daran zu glauben.

Die SU ist auch nicht an Revolutionen interessiert. Was anderes sind Neutralismustendenzen, solange sie die Blockaufteilung nicht tangieren. Eine atomwaffenfreie Zone könnte man schaffen, oder so etwas. Also, das muß man sich einfach aus dem Kopf schlagen, daß die SU noch irgendwo, wen sie es jemals gehabt hat, revolutionäre Interessen in der Welt hat. Sie hat es gehabt, bis Polen '22, da war es vorbei. Der komische Feldzug nach Polen war das Einzige, wo sie dann dachten, jetzt zetteln sie hier die Revolution an. Seitdem gibt es nur Abschiebungspolitik. Da ging das eigene Land immer allen anderen voran. Durch Stalin war das sowieso klar.

Es hält sich ja hartnäckig, daß die SU das Interesse hat, revolutionäre Bewegungen zu unterstützen. Das stimmt nicht. Es ist ihr Angst und Bange. Es kostet sie auch nur. Kuba kostet sie einen Haufen Geld und bringt sie da unten in schrecklich blöde Situationen. Die wirklichen Revolutionen laufen ja auch nicht nach dem Muster, das sich die SU vorstellt. Schon gar nicht in der Dritten Welt, da laufen sie ganz anders, es sind auch keine so angenehmen Verbündeten. China ist dafür der beste Beweis. Das kann man allgemein so sagen, daß das praktisch seit dem 2. Weltkrieg so ist. Der Stalin hat die kommunistische Internationale geopfert, damit er seine zweite Front bekam (1942). Das weiß man inzwischen, daß dies das Opfer war, was sie

verlangt haben, um die zweite Front aufzubauen. Das hat ihm nichts ausgemacht. Es ging eben um die SU.

Auch von daher ist eine Aussage, wenn wir gegen den Imperialismus sind, dann müssen wir uns an die SU halten, völlig unsinnig. Die SU ist kein Verbündeter. Wenn man dann einen eigenen Sozialismus macht, wie es der Mao ab '58 mit den Kommunen und dem großen Sprung nach vorn gemacht hat, dann kriegen sie Krach. In Osteuropa gab es keine Revolution. Da war es die Rote Armee, die für den Sozialismus, das Sozialismustmuster gesorgt hat, d.h. das Grundmuster des Sozialismus, wie er in der SU war. Kuba z.B. waren für sie liberale Kleinbürger, die dort eine Revolution machten, also der Che und Castro.

FRAGE: Werden sie nicht doch erfolgsversprechende Befreiungsbewegungen unterstützen?

Also, je stärker die Schwierigkeiten im Innern werden, desto weniger Solidarität gibt es für andere. Die können ja die Machtstrukturen nicht ändern. Und so lange, wie sie die Machtstrukturen nicht ändern, kommt die Krise immer wieder, so richtig zyklisch. Das kann man nachverfolgen. Alle fünf bis zehn Jahre ist da der Teufel los. Jetzt haben sie die dritte Mißernte hintereinander. Und je stärker diese Probleme werden, umso stärker muß sich die SU auf sich selbst konzentrieren. Umso uninteressanter werden die Dritte Welt-Länder.

FRAGE: Was mich interessiert, ist, ob die gemeinsame Grenze mit der SU für die Linke in der Türkei besondere Konsequenzen hat. Ist für Sie das Zusammengehen mit der SU die einzig vorstellbare Lösung, oder können Sie sich eher ein finnisches Modell vorstellen?

Der Antikommunismus ist natürlich auch in der Türkei sehr stark. Einige Gruppen nützen das für sich aus. Da sind die peking-orientierten Gruppen, aber die sind praktisch nicht mehr auf der politischen Bühne. Bei uns sind deswegen aber auch einige albanienorientierte Gruppen ganz stark. Es sind militante Bewegungen, die nicht mit Westeuropa oder Lateinamerika zu vergleichen sind. Sie waren unter den Studenten sehr aktiv und haben auch die Bauern gut organisiert. Sie bezeichnen die SU als imperialistisch. Die Diskussion um die SU begann bei uns 1973/74.

Dann gibt es natürlich die TKP und vier weitere (bis zum Putsch legale) moskauorientierte Parteien. Und es gibt eine dritte Linie, auf der wir stehen. Wir sagen, die SU befindet

sich in einer Phase der Rückkehr zum Kapitalismus. Sie betreibt außenpolitisch gesehen eine Großmachts-, eine Staatspolitik, in der ihr eigener Staat absoluten Vorrang hat. Deswegen gehen wir auch davon aus, daß die SU zwar nicht unser Feind ist, daß wir sie aber ideologisch bekämpfen müssen.

In dieser dritten Linie sind aber auch Gruppen zu finden, die meinen, daß man zwischen den 'Schablonisten' der TKP und der SU differenzieren muß. Bei ihrer Kritik an der SU gehen sie nach dem türkischen Sprichwort 'den gebrochenen Arm im Armel verborgen halten', vor. Sie meinen, sonst würde man auf Spielball der Imperialisten und ohne die Hilfe der SU könnte man in der Türkei keine Revolution machen.

Im großen Spektrum herrscht auch innerhalb der Intellektuellen die Meinung, daß man versuchen sollte, sich mit der SU gut zu stellen.

Es stimmt natürlich, daß wir als Befreiungsbewegung vielleicht Hilfe aus der SU bekommen, wenn wir stark genug sind, die Lage in der Türkei zu verändern. Aber daran können wir m.E. nicht unsere Politik ausrichten.

Aber ich meine, historisch hat das einfach keine Begründung. Selbst bis hin zu Afghanistan. Das war ja eine seltsame Revolution. Aber die ist auch unabhängig von der SU entstanden. Wo immer Revolutionen entstehen, haben die eigentlich mit der SU nichts zu tun.

FRAGE: Wie steht es denn um das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Kann man wenigstens davon reden?

Also, ich weiß nicht, reden tun sie viel davon. Aber was davon dann wirklich übrig bleibt? Ich bin auch der Meinung, ob man nun die SU imperialistisch nennt oder nicht, ich habe das in dieser Zeit einmal nachverfolgt. Ich finde es auch erschreckend, wie fantasioslos sie zur Zeit die internationale Situation einschätzen. Mir ist eigentlich noch nichts in die Finger gekommen, was über ihr klassisches Schema hinausginge. Und dabei kann man ja sagen, da sind die ganzen Schwierigkeiten, einmal Mittlerer Osten und so. Was dort zur Zeit passiert, das ist eine gewaltige Umverteilung, im internationalen Maßstab. Da ist es gar nicht so falsch, wenn der Schmidt sich an 1914 erinnert fühlt. Sie aber antworten überhaupt nicht darauf. Das haben sie überhaupt noch nicht kapiert, sondern sie haben da einfach ein Schema, in das sie das reinpressen. Das wäre halt auch eure Aufgabe, daß ihr mal euer Land anschaut, was da eigentlich los ist. Das ist viel wichtiger.

Flughafenausbau in Kurdistan

Der Türkei fällt immer mehr die Funktion eines Sprungbretts für die US- und NATO-Truppen im Nahen Osten zu. Die dem US-Verteidigungsministerium nahestehende Zeitschrift 'The Armed Force' berichtete im November '81, daß die "schnelle Eingreiftruppe" der USA in der Türkei stationiert werden soll. In diesem Zusammenhang gewinnt eine jüngste, im Rahmen der NATO erzielte Übereinkunft zwischen der Türkei und der USA besondere Bedeutung. Diese Übereinkunft sieht vor, daß die USA in der Türkei u.a. in den kurdischen Städten Van, Bitlis und Mus zehn Flugplätze aus- bzw. neubauen. Der Botschafter der USA in Ankara, Robert Strausz-Hupe, kommentierte dies folgendermaßen: "Gemäß dem neuen Abkommen zwischen der Türkei und den USA wird auf den modernisierten Flughäfen militärisches Gut gelagert werden." (Cumhuriyet vom 16.11.82).

Damit gab aber der US-Botschafter etwas zu, was der Kommandeur der schnellen Eingreiftruppe, General Robert Kington, schon vor einem Jahr als sein dringlichstes Problem genannt hatte: "Wir können in zwei Tagen eine Luftlandebrigade in den Nahen Osten transportieren. Im Falle einer Krise können wir innerhalb von zwei Wochen eine ganze Division

im Nahen Osten stationieren. Um diese Operationen durchzuführen, brauchen wir in der Region Lagerungsmöglichkeiten für schweres Material." (Cumhuriyet vom 20.12.81).

Die Stationierung der schnellen Eingreiftruppe in der Türkei wurde bisher von offiziellen Stellen dementiert. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die Lagerung von Kriegsmaterial nur eine Vorstufe zur Stationierung von Bodentruppen ist.

Die Absichten des Westens werden besonders deutlich in einer Studie "Die Sicherheit des Westens - Neue Aufgaben und Dimensionen", die die Direktoren der außenpolitischen Forschungsinstitute der USA, Großbritannien, Frankreichs und der BRD gemeinsam verfaßt haben. Im März '81 wurde die Studie von Außenminister Genscher offiziell begrüßt und ihre Ziele gebilligt.

Die Studie betont die wirtschaftliche Abhängigkeit der westlichen Industrieländer von "einer zunehmend labilen und unbeständigen Dritten Welt", wobei ausdrücklich insbesondere die Golfregion erwähnt ist. "Wenn (nun) westliche Interessen auf dem Spiel stehen", so die Direktorenstudie weiter, "sollten Europa und die Vereinigten Staaten

hinsichtlich der Notwendigkeit westlicher Interventionsfähigkeit einzig sein und Schritte unternehmen, um das dafür erforderliche Instrumentarium zu verbessern."

Ferner werden in der Studie Überlegungen angestellt, wie die Kosten für eine Interventionstruppe zwischen den USA und den europäischen Staaten aufgeteilt werden sollen. Es wird vorgeschlagen, "eine arbeitsteilige Politik einzuschlagen, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten... und/oder Unterstützung für die amerikanischen schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um Verstärkung bestehender westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden." Zudem wird eine Stärkung der Wirtschaftshilfe für Pakistan, Ägypten und die Türkei vorgeschlagen.

(Zu der Studie: zit. nach: blätter des iz3w', Nov. '82, Seite 31 ff.)

Sowohl die gewaltsame Durchsetzung des Flughafenausbaus in Frankfurt als auch die militärische Unterstützung des diktatorischen Regimes in der Türkei durch die Bundesregierung ordnen sich ein in die Kriegspolitik von USA und NATO.

Der BRD kommt im Rahmen des arbeitsteiligen globalstrategischen Konzepts von USA und NATO u.a. die Aufgabe zu, die Türkei als NATO-Brückenkopf in Richtung Naher Osten und SU militärisch zu stärken. Innerhalb der BRD sollen zur schnellen Verstärkung der NATO-Streitkräfte Flughäfen ausgebaut werden, so zum Beispiel in Frankfurt mit der Startbahn-West. Der Frankfurter Flughafen ist schon heute die Drehscheibe der NATO-Logistik: "Auf dem 365 Hektar großen Militärgelände stapeln sich Paletten mit Panzerteilen für die Türkei, Jeeps für Spanien, Triebwerke für Italien, Munition für die Bundesrepublik." (Stern vom 24.9.81.)

KEIN FLUGHAFENAUSBAU IN TÜRKISCH-KURDISTAN !!

KEINE STARTBAHN-WEST IN FRANKFURT !!



Fortsetzung von Seite 8

befinden, vor wichtigen Schritten in Richtung dafür, den vereinigten Willen unserer Völker und die gemeinsame politische Linie zu schaffen und zu entwickeln, den revolutionären Widerstand zu organisieren und zu festigen. Es ist selbstverständlich ein Teil unserer revolutionären Verantwortung, die Solidarität mit allen anderen revolutionären, demokratischen, patriotischen und fortschrittlichen Kräften zu suchen, um diese Aufgaben zu erfüllen. Die FKBCD hat sich, während sie sich in der Gründungs- und Aufbauphase befindet und noch nicht alle die Kräfte beinhaltet, die sie in sich vereinen soll, in dieser Hinsicht wichtige Aufgaben gestellt. Die FKBCD ist sich bewußt, daß sie nicht die einzige Form ist, diese Aufgaben zu verwirklichen und ruft alle revolutionär-demokratischen Kräfte, alle, die den Kampf gegen die Junta und den herrschenden Machtblock aufnehmen wollen, zur Einheit und zum gemeinsamen Kampf auf. Für Jeden, der Verantwortung fühlt gegenüber dem kurdischen und dem türkischen Volk, die gezwungen sind, unter einem der grausamsten Regime zu leben, gegenüber der Arbeiterklasse und allen Werktätigen, die unter harter Ausbeutung zu leiden haben, bedeutet es eine Notwendigkeit, ja eine Ehre, an diesen Bemühungen teilzunehmen. Es darf nicht vergessen werden, daß es eine Existenzvoraussetzung für jeden Revolutionär, Demokraten, Progressiven und Patrioten ist, an diesem Kampf gegen das Junta-Regime für eine alternative Demokratie teilzunehmen.

FATSA

eine Stadt, in der jeder 30. auf der Anklagebank sitzt

Zweieinhalb Jahre nach dem brutalen Angriff auf das selbstverwaltete Fatsa hat jetzt in Amasya der Prozeß gegen 759 Einwohner aus dieser 23 000 Einwohner zählenden Stadt begonnen. Gegen 268 von ihnen wird die Todesstrafe gefordert (u.a. auch gegen den Bürgermeister Fikri Sönmez).

In einem der größten Prozesse, die die Türkei unter der faschistischen Militärherrschaft erlebt, wird nicht nur die Organisation 'Devrimci Yol' angeklagt, sondern es ist das Prinzip der Selbstverwaltung, die Bevölkerung von Fatsa selber, die hier auf der Anklagebank sitzt.

Als das Kriegsgericht in Amasya zusammentrat, um den für diese Stadt größten Prozeß zu eröffnen, da stellte man als erstes fest, daß das gewählte Gerichtsgebäude (ein eigens im Gelände der 15. Infanteristenbrigade hergerichteter Saal) zu klein für die Zuhörerschaft war. Ganze 70 Angehörige und über 750 Angeklagte fanden in dem Raum neben der Presse und anderen Beobachtern Platz. Viele der 10 Busse aus Fatsa waren umsonst gekommen.

Die Fatsaner haben sich aber ans Warten gewöhnen müssen. Denn nach der als 'Punkt-Operation' bekannt gewordenen Aktion gegen das selbstverwaltete Fatsa sind nun schon zweieinhalb Jahre vergangen, in denen auf die Eröffnung des Prozesses gewartet wurde. Viele Fragen sind seitdem unbeantwortet geblieben. Hat man die maskierten Faschisten, die bei der Aktion am 11.07.80 eingesetzt wurden, inhaftiert, oder laufen sie frei herum? Wieviele Menschen aus Fatsa wurden in der Zwischenzeit ermordet? Werden die Folterter der Inhaftierten jemals zur Rechenschaft gezogen?

Eigentlich vollkommen überflüssige Fragen, wenn man sich die heutige Praxis in der Türkei anschaut. Natürlich laufen die maskierten Faschisten immer noch frei herum. Sie haben den Herrschenden damals ja auch 'nur' 6 Personen zeigen können, gegen die ein Haftbefehl ausgestellt wurde (bei mehr als 400 Verhaftungen). Nach dem Putsch vom 12.09.80 aber hat sich die Verfolgung in und um Fatsa erheblich verstärkt. Es wurden mehr als 1000 Menschen vorübergehend inhaftiert und wenigstens 12 Menschen sind von der Gendarmerie oder dem Militär bei den Operationen erschossen worden. Gegen sie wird heute nicht mehr verhandelt. Aber würden sie noch leben, so säßen sie heute mit auf der Anklagebank und müßten mit der Todesstrafe rechnen.

Auch gegen die Folterter wird man nichts unternehmen. Noch vor dem Putsch wurde bekannt, daß der unabhängige Bürgermeister, Schneider



Fikri Sönmez, Bürgermeister von Fatsa

Fikri, schwer gefoltert wurde, so schwer, daß sein Vater, den man nicht zu ihm ließ, an einem Herzversagen starb. Alle weiteren Folterungen hat man in der Öffentlichkeit erst gar nicht erwähnt. Wer weiß schon, daß das Tourismusbüro zum Folterort in Fatsa wurde, daß man die Gefangenen in Drahtkäfigen in das Schwarze Meer herabließ, wo sie gerade so lange unter Wasser blieben, daß sie nicht starben? Folter ist eben ein Charakterzug der Junta, und das gilt auch für Fatsa. Geständnisse erzwingen wollte man gerade auch in Fatsa, aber wenn man sich die Pressemeldungen anschaut, so ist zu erkennen, daß nicht viel aus den Gefangenen "herauszuholen" war. Denn ein Modell der Selbstverwaltung läßt sich nicht so einfach in ein "Terroristenest" verwandeln.

Warum Fatsa ?

Die Kreisstadt am Schwarzen Meer war für die Türkei und auch über die

Landesgrenzen hinaus einleuchtendes Beispiel, wie man Ansätze des Sozialismus schon zu Zeiten kapitalistischer Herrschaft praktizieren kann. Das Selbstverwaltungsprinzip, mit den 11 Stadtteilkomitees in der Stadt hatte auf die Umgebung abgefärbt, und es existierten 35 Kommunen, die in ähnlicher Weise sich selbst verwalteten. Fatsa überzeugte durch großartige Leistungen, wie den Straßenbau durch Sumpfgebiete, bzw. Säuberung vom Schlamm, oder das Volksfestival.

Alles, was sich zwischen Dezember 1979 und Juli 1980 in Fatsa abspielte, war der konservativen Demirel-Regierung und dem in Lauerstellung wartenden Militär ein solcher Dorn im Auge, daß sie schon vor dem Landesweiten Putsch in Fatsa zuschlugen. Dabei beseitigten sie nicht nur alle Strukturen der Selbstverwaltung, sondern führten auch gleich wieder die alten Ausbeutungsmechanismen für die Kleinproduzenten der Haselnüsse und anderer landwirtschaftlicher Güter ein. Faschisten wurden über das Büro der Zeitung 'Hergün' wieder in die Stadt gekarrt, DEMAS, die Genossenschaft für Meeresprodukte bekam eine reaktionäre Führung (u.a. mit einem MHP-Anwalt).

Der mit überwiegender Mehrheit von 62% gewählte Bürgermeister aber ging in Haft. Dem 50-jährigen Schneider Fikri wird vorgeworfen, der Anführer der 'terroristischen' Vereinigung 'Devrimci Yol' in der Region zu sein. Fatsa wurde nicht nur vor dem Putsch, sondern selbst noch im November 1982 (kurz vor der Prozeßeröffnung) in den öffentlichen Medien als Musterbeispiel für eine 'Hochburg der Anarchie und des Terrorismus' dargestellt. In vielen seiner Reden hat Juntachef Kenan Evren immer wieder auf die Gefahr der Idee von Fatsa für das System hingewiesen. Über Fatsa sollen die Russen versucht haben, die Türkei zu infiltrieren. Die Militanten in Fatsa seien so gut bewaffnet gewesen, daß selbst der Generalstab der Türkei einen höheren Kurs fliegen mußte, um nicht von unten beschossen zu werden. Am 18.12.80 wurde ein Sonderprogramm im türkischen Fernsehen ausgestrahlt, für das den ganzen Tag im Funk geworben wurde. Man wollte die 'Grausamkeiten' in Fatsa darstellen.

Dabei war aber zu gut bekannt, daß mit den Faschisten praktisch auch die Gewalt gegen Andersdenkende aus

der Stadt verbannt worden war. Es gab allerdings in der Umgebung noch einige Provokationen, die man als Begründung für den Einmarsch in Fatsa in den Vordergrund spielte. In Fatsa selber aber hatte der Bürgerkrieg vor dem Einmarsch ein Ende gehabt. Das Militär brachte ihn dann wieder in die friedliche Stadt, in der nicht mal ein Schuß fiel. Die aktiven Kämpfer hatten sich schon vorher in die Berge zurückgezogen, wo einige von ihnen noch heute den Kampf ums Überleben führen.

Mit Fatsa sind die Militärs bis heute nicht fertig geworden. Sie haben zwar mehr als 1000 Personen festnehmen können, sie konnten aber keine wesentlichen Verbrechen in der Stadt nachweisen. Niemand hat sich mit

dem Militär auf eine Schießerei eingelassen und so die Vernichtung riskiert. Die Junta weiß inzwischen, daß Fatsa nicht auf der militärischen Ebene zu besiegen ist. Deshalb wird der ideologische Kampf weitergeführt.

Als die reaktionäre Zeitung 'Tercüman' im November 1982 eine 9 Tage andauernde Artikelserie über Fatsa produzierte, da kam kein Protest aus den Kreisen der angeblich so rechtsstaatlich denkenden Militärs, obwohl hier in der Öffentlichkeit eine Diffamierungskampagne geführt wurde, die nicht ohne Auswirkung auf den Prozeß bleiben wird. Es steht zwar jetzt schon fest, daß die Angeklagten mit hohen Strafen zu rechnen haben, aber selbst eine Verurteilung der Fatsaner bedeutet noch keinen Sieg der Junta. Denn die Idee von Fatsa wird weiterleben. Wenn nicht in Fatsa, so wird es in Zukunft wieder ein, zwei viele Fatsas geben, in der Türkei oder anderswo!



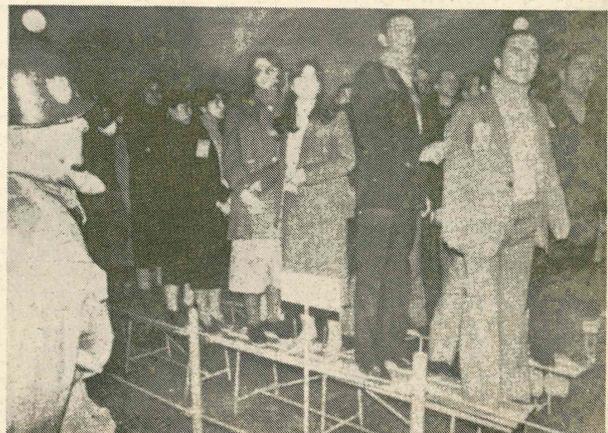
Fatsaner versammeln sich vor dem Gerichtsgebäude



Der 55-jährige Yusuf Tiken und sein Sohn Ahmet sollen zum Tode verurteilt werden. Die 60-jährige Neriman Önder erwartet eine langjährige Haftstrafe



Fatsaner versammeln sich vor dem Gerichtsgebäude



Außer den 100 nichtinhaftierten wurden 659 Angeklagte des Saales verwiesen